



Politische Berichte

Nummer 17 / 11. Jahrgang

17. August 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

Imperialistischer Aufmarsch am Golf

Imperialisten wollen sich die Ölquellen mit Gewalt sichern / Bundeswehr ins Aufmarschgebiet

Mit einem in der Geschichte des Mittleren Ostens beispiellosen und durch keinen UNO-Sanktionsbeschuß gedeckten Truppenaufmarsch haben die imperialistischen Mächte auf die gewaltsame Besetzung und Annexion Kuwaits durch den Irak reagiert. Ihr Ziel ist, sich die Ölquellen der Region

Bereits Mitte letzter Woche hatten die USA 4000 Fallschirmjäger und etwa 120 Kampfflugzeuge nach Saudi-Arabien verlegt, von denen der größte Teil in der Nähe der Stadt Chafil an der kuwaitisch-irakischen Grenze in Stellung gingen. Nach Berichten der „New York Times“ will die US-Regierung die nächste Woche 50000 Mann nach Saudi-Arabien und in den Golf entsendet haben. Das wäre der größte Truppeneinsatz der USA im Ausland seit dem Vietnam-Krieg. In Saudi-Arabien, aber auch auf Zypern und in der Türkei wurden zusätzlich zahlreiche US-Bomber stationiert. Die französische Regierung hat ebenfalls einen Flugzeugträger mit Begleitschiffen in den Golf entsendet. Großbritannien soll Jagdbomber und Flugabwehrbatterien in die Golf-Region verlegt haben, britische Kriegsschiffe sind auf dem Weg.

Bundesregierung und Bundeswehr sind an dem imperialistischen Aufmarsch mehrfach beteiligt. So hat die Bundesregierung den USA die Nutzung aller US-Einrichtungen in der BRD für den Nachschub von Truppen und Waffen zum Golf gestattet. Ende letzter Woche beschloß das Bundeskabinett die direkte Verlegung von Einheiten der Bundesmarine ins östliche Mittelmeer. 500 Marinesoldaten, fünf Minensuchboote und zwei Versorgungsschiffe wurden in

notfalls mit Gewalt zu sichern. Auch Bundeswehreinheiten sind von der Bundesregierung in Marsch gesetzt. Die Bundesregierung scheint fest entschlossen, den Konflikt zu nutzen, um die Bundeswehr in den ersten Kriegseinsatz ihrer Geschichte zu befähigen.

Marsch gesetzt. Regierungssprecher Klein schloß auf einer Pressekonferenz nicht aus, daß diese Einheiten womöglich auch in den Golf verlegt werden, wo sie z. B. bei einer Seeblockade gegen den Irak eingesetzt werden könnten. Schon vorher hatte der CSU-Abgeordnete Lowack die Beteiligung der Bundeswehr auch an einer direkten militärischen Aktion im Rahmen der UNO gegen den Irak befürwortet. Auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, der CDU-Abgeordnete Stercken, befürwortete eine Entsendung westdeutscher Kriegsschiffe in den Golf. Inzwischen scheinen sich diese Vorstöße zu einem festen Plan zu verdichten: Wenn auf der WEU-Tagung am 20.8. ein gemeinsamer Beschuß zustande kommt, will die Bundesregierung Bundeswehreinheiten direkt in den Golf kommandieren. Erstmals in der Geschichte der BRD würde damit die Bundeswehr direkt an einer gewaltsamen Intervention beteiligt sein.

Der Aufmarsch der USA und der übrigen NATO-Staaten erweckt den Eindruck, als hätten die Imperialisten auf eine solche Gelegenheit für eine militärische Intervention im Mittleren Osten geradezu gewartet. Die Aggression des Irak gegen Kuwait bot dazu den willkommenen Vorwand, die Sanktionsbeschlüsse der UNO, obwohl in ihnen mit

keinem Wort von einer militärischen Aktion gegen den Irak die Rede ist, den geeigneten propagandistischen Rahmen. Die Imperialisten scheinen fest entschlossen, eine Kraftprobe nicht nur mit dem Irak, sondern mit der gesamten islamisch-fundamentalistischen Bewegung in den arabischen Ländern einzugehen. Die US-Truppen richten sich offensichtlich auf einen langen Aufenthalt in der Region ein. Ein Ziel dabei zeichnet sich schon ab: Zur Kontrolle der Ölreichtümer soll eine neokoloniale „Schutztruppe“ in der Region installiert werden.

Für die Errichtung einer solchen „Ordnung“ im Mittleren Osten, deren Hauptzweck die fortdauernde Sicherung des imperialistischen Zugriffs auf die Ölreserven der Region ist, könnte die Türkei rasch eine Schlüsselrolle einnehmen. Nicht nur, weil sie dem Irak im Falle eines militärischen Konflikts jegliche Wasserzufuhr durch den Euphrat abschneiden könnte. Die Türkei stellt auch die Bodentruppen, die im Falle eines Krieges gegen den Irak in Marsch gesetzt werden müßten. In Erwartung solcher Aufgaben hat das türkische Parlament in dieser Woche die Regierung ausdrücklich ermächtigt, türkische Truppen im Ausland einzusetzen und türkische Stützpunkte ausländischen Truppen zur Verfügung zu stellen. — (rül)

Berlin (DDR): 80000 protestieren gegen BRD-Wahlrecht



80000 Menschen protestierten am 8. August in Berlin (DDR) gegen die reaktionären Wahlrechtsbestimmungen, die die BRD in der DDR durchsetzen will. Sprecher der AL Westberlin,

der PDS, des Neuen Forums, der Vereinigten Linken, des unabhängigen Frauenverbands und der Mediengewerkschaft der DDR verurteilten besonders die 5%-Sperrklausel. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Zelte für Wohnungslose

Anfang August hat die Kölner Stadtverwaltung begonnen, Zelte für Wohnungslose aufzustellen. 46461 Menschen seien in Übergangsunterkünften untergebracht. Alle „menschenwürdigen Möglichkeiten“ einer Unterbringung seien erschöpft, erklärte das Wohnungsamt. Zusätzlich habe man bisher in 2400 Fällen eine Zwangsräumung durch die Bevölkerung der Wohnung verhindert. Dies sei seit Ende Mai durch das Oberverwaltungsgericht Münster untersagt. Bevor Wohnungen beschlagnahmt würden, so das Gericht, müßten die Wohnungssuchenden in Zelten und Containern untergebracht werden. — (rül)

Faschisten dürfen in der DDR kandidieren

Faschistische Parteien und Organisationen dürfen auf dem Gebiet der DDR künftig uneingeschränkt politisch tätig sein und kandidieren. Das zwischen der BRD und der DDR abgeschlossene Wahlrechts-Abkommen sichert dies ausdrücklich. Zeitgleich mit Bekanntwerden dieser Klausel im Wahlrechtsabkommen, mit der die Bundesregie-

rung faschistischen Parteien in der DDR den Weg gebahnt hat, teilte das Oberste Gericht der DDR mit, daß der von der DDR-Volkskammer gestellte Verbotsantrag gegen die „Republikaner“ zurückgezogen sei. Auch vom Ministerrat und der Generalstaatsanwaltschaft liege kein Verbotsantrag mehr vor, so daß das im Februar von der Volkskammer ausgesprochene Betätigungsverbot für die „Republikaner“ in der DDR gegenstandslos geworden sei. — (rül)

Trennung von Staat und Kirche gefordert

Eine strikte Trennung von Staat und Kirche haben mehrere Verbände, darunter der Deutsche Freidenker-Verband, freireligiöse und freigeistige Verbände in einer gemeinsamen Erklärung verlangt. „Im Rahmen des Vereinigungsprozesses der beiden deutschen Staaten“ fordern sie u.a. die Aufhebung des staatlichen Einzugs der Mitgliedsbeiträge der Kirchen über die Kirchensteuer, die Aufhebung des Religionsunterrichts an den Schulen, keine staatlich finanzierte Ausbildung von Geistlichen, Aufhebung der Militär- und Anstaltsseelsorge als staatliche Leistung, Beendigung der Mitwirkung der Kirchen in mit staatli-



Nach Oskar Lafontaine schwenken auch andere Teile der SPD auf eine reaktionäre Grundgesetzänderung beim Asylrecht ein. NRW-Arbeitsminister Heinemann sprach sich für eine Grundgesetz-Einschränkung aus, NRW-Innenminister Schnoor befürwortete weitere gesetzliche Einschränkungen. Damit zeichnet sich im Bundesrat eine Zustimmung der SPD-Mehrheit zu weiteren Angriffen auf das Asylrecht ab.

November-Mobilisierung

Radikale Linke-Initiative fruchtbar

Die Radikale Linke hatte auf ihrem Kongress an Pfingsten beschlossen, auf eine neuere Demonstration und Aktionswoche gegen das Projekt Anschluß und seine Folgen zu orientieren. Als Termin genannt wurde „um den 9. November herum, dem Tag der Reichspogromnacht“. Seither fanden drei Treffen, organisiert vom Büro Siggi Frieß in Bonn, zur Demo-Vorbereitung statt. Die Aktionseinheit, die sich zusammenfand, entspricht weitgehend dem inneren Kreis, der die Demonstration am 12. Mai in Frankfurt/M. vorbereitete (Linke Grüne, Ex-Grüne/ÖkosozialistInnen, KB, VSP, Autonome, AntimperialistInnen u.a.).

Die ersten zwei Treffen waren geprägt von fruchtbaren Debatten, wie breit das Bündnis sein müsse und inwieweit Abstriche an der radikalen Gegnerschaft zu dem neu sich bildenden imperialistischen Deutschland erforderlich seien. Beim letzten Treffen, am 12.8., waren dann KB-Mehrheit und DKP, die diese Debatte vor allem geführt hatten, nicht mehr anwesend. (Wie sagte Onkel Wehner: „Wer rausgeht, muß wieder reinkommen“). Bisher zeichnet sich folgendes ab:

— Das Bündnis ruft zu einer Demo in Westberlin am 3. November 1990 auf. Andere Ortvorschläge (Leipzig) sind aus der Debatte; der Terminvorschlag 9. November wurde u. a. aus Rücksicht auf eine Kritik von Auschwitz-Komitee und VVN zurückgenommen. Es bleibt aber bei dem Ziel, diese Demo in den Zusammenhang zur Reichspogromnacht zu stellen. In Westberlin selbst gibt es bereits eine breite Aktionseinheit, die diese

Demo mitträgt.

— Das am 12.8. einstimmig beschlossene Demo-Motto lautet:

„Gegen das Vergessen — gegen das Feiern — Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ (Paul Celan)“

Kontrovers diskutiert wurden u.a., ob der Zusatz lauten sollte: „Demonstration der Gegner und Gegnerinnen der deutschen Wiedervereinigung“ (Mehrheit) oder „... des imperialistischen Deutschland“ (Minderheit; u.a. VSP).

— Ein Aufruf-Entwurf liegt seit dem 12.8. vor. Er konnte erst in Teilen diskutiert werden. Die endgültige — beschlußfassende — Diskussion findet beim kommenden Treff der Aktionseinheit statt: am Sonntag, 26.8., in Westberlin, 10h, Mehringhof.

— Diskutiert wurde die Notwendigkeit einer kurzfristigen Aktion gegen die Anti-Asylrechtsoffensive Lafontaines, evtl. direkt in Lebach. Konkreteres hoffentlich am 26.8.

— Beschlossen wurde ein Brief an das Frauenbündnistreffen, das eine Anti-Annexionsdemo mit Schwerpunkt Frauenthemen in Berlin zum ev. selben Termin beabsichtigt. In diesem Brief werden die InitiatorInnen gebeten, den seit Pfingsten weitgehend feststehenden und inhaltlich nicht veränderbaren (Reichspogromnacht!) Termin der Demo gegen Großdeutschland zu berücksichtigen und für eine zeitliche Entzerrung der zwei Projekte zu sorgen, damit „Kräfte aus unserem Bündniskreis sich mit der Frage der Beteiligung an Eurer Aktion auseinandersetzen können“. (W.W., VSP)

8. September: Demonstration gegen Militärputsch in der Türkei

Aus Anlaß des 10. Jahrestages des Militärputsches in der Türkei ruft ein großes Bündnis türkischer und kurdischer Organisationen zur Demonstration am 8. September in Köln auf. Darunter: EKIM, TKP/B, KAWA, PKK, SVP, TDKP, Am 11.8. einigten sich in Bonn VertreterInnen und Vertreter von Kurdistansolidaritätsgruppen und antiimperialistischen Zusammenschlüssen aus zwölf Städten in der BRD, von Komitees gegen den Düsseldorfer Prozess, des Koordinationsausschusses der Kurdistan-Solidaritätsgruppen sowie der Volksfront und des BWK auf einen gemeinsamen Aufruf für einen internationalistischen Block unter den Forderungen: „Solidarität mit dem bewaffneten nationalen Befreiungskampf in Nordwest-Kurdistan und den Kämpfen der werktätigen Massen in der Türkei! Verhindern wir neue Militärhilfen der BRD an die Türkei! Sofortige Einstellung des Düsseldorfer ‚Kurdenprozesses‘ und sofortige Freilassung aller inhaftierten Kurdiinnen und Kurden! Hoch die internationale Solidarität!“ Die Demonstration findet statt am: Samstag, 8. September, 10 Uhr, Ebertplatz, Köln. — (stb)

Aktuell in Bonn**Rüstungsdeals**

Die israelische Regierung will am 19. August endgültig über die Bestellung zweier BRD-U-Boote der Dolphin-Klasse entscheiden. Begründet wird der Bedarf mit den wachsenden arabischen Seestreitkräften. Laut SPD — die jetzt trotzdem auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verzichtet — der „größte Rüstungsskandal der Geschichte“: Der Täusch- und Störsender „Cerberus“ für das Kampfflugzeug „Tornado“. Stoltenberg mußte vor dem Verteidigungsausschuß jahrelange Täuschung des Parlaments zugeben — Millionen gingen unter der Hand u. a. an den israelischen Geheimdienst.

Menschenvieh?

Die etwa 3200 Flüchtlinge aus Albanien, die vor etwa dreieinhalb Wochen von der BRD aufgenommen worden waren, sind bislang nicht als politische Flüchtlinge anerkannt. Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sind bisher ergebnislos. Damit sind die Albaner noch nicht einmal als „Kontingentflüchtlinge“ anerkannt, was ihnen wenigstens einen Anspruch auf Sprachkurse sichern würde. Stattdessen sind alle Flüchtlinge in Wohnheimen eingesperrt und zum Nichtstun verurteilt. Offenbar will die Bundesregierung sie, nachdem sie sie zur Flucht aus Albanien ermuntert hatte, nunmehr in einen völlig rechtslosen Hungerstaat ähnlich dem der Sinti und Roma drücken.

„Transitkrieg“

Mit einem „Transitkrieg“ wollen Bundesregierung und bayerische Landesregierung auf ein Fahrverbot für Schwerlastwagen im Transitverkehr in Teilen Österreichs reagieren. In Tirol gilt nach Bekanntwerden schwerer Schäden an einer Autobahnbrücke zusätzlich zu dem schon im letzten Winter verhängten Nachtfahrverbot für Schwerlastwagen ein generelles Fahrverbot für Schwerlastwagen. In Abstimmung mit der Bundesregierung verhängte darauf die bayerische Staatsregierung die Sperre der deutschen Zufahrten zum Achsenpaß und zum Fernpaß und drohte mit weiteren Blockaden. Nach dem 6. September soll ein weiteres Treffen zwischen Vertretern Bayerns und Österreichs stattfinden.

Länder-Neuordnung

Bayern und NRW haben im Bundesrat Anträge zur Änderung des Grundgesetzes eingereicht, um eine Neuverteilung der Stimmrechte im Bundesrat zu erreichen. Bislang haben die Bundesländer im Bundesrat mindestens drei Stimmen, höchstens fünf. Nach Annexion der DDR hätten dadurch die DDR-Länder im künftigen Bundesrat 19 von dann 64 Stimmen, weniger als ein Drittel. Selbst das ist NRW und Bayern zu viel. Beide Länder beantragen eine Spreizung der Stimmen auf drei bis acht Stimmen (An-

trag NRW) oder drei bis sieben Stimmen (Antrag Bayern). Gemeinsam ist beiden Anträgen die Absicht, im Bundesrat das Stimmrecht der DDR-Länder so klein wie möglich zu halten.

Subventionen

Am 8. August kündigte Wirtschaftsminister Haussmann (FDP) die Ausweitung des Förderhöchstsatzes der geltenden sog. „Zonenrandförderung“ (3,2 Mrd. DM jährlich bisher) von 23 Prozent für gewerbliche Investitionen auf das gesamte Gebiet der DDR an, und zwar mindestens für fünf Jahre und möglicherweise rückwirkend. Bis Mitte 92 soll es außerdem eine Zusatzpräferenz geben. Die Höchstförderung könnte 29 Prozent betragen. Zusätzlich sollen „wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen“ der DDR-Kommunen gefördert werden. Haussmann weigerte sich, die entstehenden Belastungen für Bund und Länder zu beziffern.

Nachkarten

Finanzminister und CSU-Chef Waigel sprach vergangenen Sonntag im ZDF von der Notwendigkeit eines „zweiten Nachtragshaushalts“ für 1990 in einer Größenordnung von „etwas über zehn Milliarden Mark“. In der Bundestagsdebatte am gleichen Tag hat der SPD-Vorsitzende Vogel Kohl und der Regierungskoalition Täuschung vorgeworfen: Alle ihre Angaben über den Finanzbedarf der DDR seien „meilenweit“ von der Realität entfernt.

Wahlgesetz

Der Obmann der Grünen im Bundestag-Ausschuß „Deutsche Einheit“ Häfner kündigte am 12. 8. eine Verfassungsklage an, falls der Wahlvertrag für die gesamtdeutsche Wahl im Dezember in der jetzigen Fassung gültig wird (hierzu findet am 23. August eine Sondersitzung des Bundestages statt). Da der Gesetzentwurf darauf abzielt, bestimmte Parteien aus dem Parlament zu halten, sei seine Verfassungswidrigkeit offenbar (5-Prozent-Klausel und „Huckepack“-Verfahren: Listenverbindungen von Parteien, die nicht im jeweiligen Land konkurrieren).

Was kommt demnächst?

Am 20. 8. reist Genscher nach Moskau, um über das Truppenabzugsabkommen mit der UdSSR zu verhandeln. Am gleichen Tag beginnt in Paris die Konferenz der WEU, u. a. mit Beratungen über die Intervention am Golf. Am 23. 8. berät der Bundestag in einer erneuten Sondersitzung in 2. und 3. Lesung über den Wahlvertrag mit der DDR, falls vorher die Volkskammer diesem Vertrag im zweiten Anlauf zugestimmt hat. Am 24. 8. soll dann der Bundesrat das Wahlgesetz verabschieden. Am 12. 9. ist die letzte Runde der „2 + 4“-Gespräche geplant. Am 14. 10. sind Landtagswahlen in Bayern und in der DDR, evtl. mit gleichzeitigem Anschluß der DDR nach Art. 23 GG.

Ersatzlose Streichung der §§ 129 und 129a!

Der Wahlkampf sollte zur Unterstützung der Parlamentsinitiative der Grünen genutzt werden

Zwischen 1980 und 1988 hat die Bundesanwaltschaft fast 3000 § 129a-Verfahren eingeleitet. Der Großteil davon kam nie zur Anklage. Gerade das macht deutlich, daß der

Paragraph der Willkür verfolgungswütiger Behörden Raum schafft. Im Mai nun haben die Grünen eine Initiative für die ersatzlose Streichung der §§ 129 und 129a gestartet.

wirken, wie er damals von kommunistischer Seite angestrebt wurde. Durch das Einschreiten der Strafjustiz konnten die illegale KPD und ihre Tarnorganisationen im wesentlichen zerschlagen werden.“ (1) 125 000 Ermittlungsverfahren wurden damals gegen Kommunisten geführt, viele nach § 129; 7000 wurden verurteilt.

— Die Ergänzung durch Artikel a 1976 hat die Waffe § 129, deren Aufgabe seit jeher war, „die Staatsfeinde zu treffen und unschädlich zu machen, bevor sie in Aktion treten“ (2), weiter geschärft. Der unter Strafe gestellten „Unterstützung“ und „Werbung“ für eine „terroristische Vereinigung“ fehlt jede Tatbestandsbestimmtheit; die Strafbarkeit ist noch weiter ins Vorfeld der Vorbereitung konkreter strafbarer Handlungen vorverlegt. (3)

Teile der politischen Opposition haben sich aufgrund der jüngeren Geschichte des § 129a womöglich daran gewöhnt, daß er mehr oder weniger ausschließlich gegen bestimmte, d.h. vor allem anti imperialistische und autonome Strömungen angewandt wurde, sie

oder gar das Strafmaß niedriger werden muß. Süßmuth führt als ähnlich gelagertes Beispiel das Betäubungsmittelgesetz an. Die Höhe der Strafmöglichkeiten bei Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz steht aber, obwohl im „Nebenstrafrecht“ geregelt, den geltenden Strafbestimmungen im § 218 in keiner Weise nach. Auch hier sind lange Gefängnisstrafen, für die Ärzte sogar der Entzug der Approbation möglich.

Im Zuge der Einverleibungsmaßnahmen der BRD gegenüber der DDR ist die Auseinandersetzung um den § 218 auch unter den bürgerlichen Parteien erneut aufgeflammt. In der DDR gibt es bekanntlich die Fristenregelung: Innerhalb der ersten zwölf Wochen ist ein Schwangerschaftsabbruch straffrei und kostenlos. Die CDU/Ost hat betont, daß sie keinen Wert auf eine Änderung hin zum westdeutschen § 218 legt. Von Seiten der CDU/CSU in der BRD wird nun unablässig betont, daß in einem geeinten Deutschland die DDR-Regelung auf keinen Fall auf Dauer bestehen bleiben könnte. In der BRD-SPD wie auch in der FDP mehren sich Stimmen, die für die Fristenregelung eintreten. Der Westberliner Senat möchte in Gesamtberlin die Fristenregelung einführen. Der ursprüngliche Plan, die Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch in den 2. Staatsvertrag aufzunehmen, konnte nicht durchgehalten werden. Bis Ende August 1990 soll nun eine Einigung darüber erzielt werden.

In diese Diskussion hat sich Rita Süßmuth mit einer 13-seitigen Denkschrift „Schutz des ungeborenen Lebens — Ein dritter Weg“ eingeschaltet. Die Denkschrift wurde in der bürgerlichen Presse so dargestellt, als wolle Süßmuth die generelle Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs abschaffen. Das ist aber überhaupt nicht der Fall. Sie bezieht sich ausdrücklich auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum § 218 und bleibt bei der Indikationslösung. Ihr Trick besteht in dem Vorschlag, den § 218 aus dem Strafgesetzbuch herauszunehmen. Das heißt aber überhaupt nicht, daß damit die Strafbarkeit fällt

oder gar das Strafmaß niedriger werden muß. Süßmuth führt als ähnlich gelagertes Beispiel das Betäubungsmittelgesetz an. Die Höhe der Strafmöglichkeiten bei Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz steht aber, obwohl im „Nebenstrafrecht“ geregelt, den geltenden Strafbestimmungen im § 218 in keiner Weise nach. Auch hier sind lange Gefängnisstrafen, für die Ärzte sogar der Entzug der Approbation möglich.

Im Grunde bewegt sich Süßmuth mit ihrem Vorschlag in Richtung der Lebensschützer, denn sie schlägt ein umfassendes „Lebensschutzgesetz“ vor, das den Embryo wie auch das behinderte und sterbende Leben unter den Schutz des Staates stellen soll. Süßmuth stellt Frauen, die sich in der Notlage einer ungewollten Schwangerschaft zum Abbruch entschließen, damit auf eine Stufe mit Mörderin an Behinderten und alten Menschen. Allerdings drückt sie das nicht so hart aus. Sie sagt vielmehr: Wären die Frauen besser über Hilfen aufgeklärt worden, dann hätten sie sich nicht zu einem Abbruch entschließen müssen.

Daß eine Notlage nicht immer eine materielle Notlage sein muß, die zum Abbruch zwingt, das erkennt Süßmuth nicht an. Darüberhinaus: Tatsächlich wirksame Hilfsmaßnahmen, die einen Schwangerschaftsabbruch aus materiellen Gründen nicht mehr notwendig machen, werden nicht genannt, denn statt lediglich, wie in dem Positionspapier getan, unbestimmt von einer Erhöhung des Kindergeldes und einer Verlängerung des Erziehungsurlaubs zu reden, wäre die Forderung nach einem Kinder geld, das den tatsächlichen Kosten für die Kinderversorgung entspricht, dring

lich. Erforderlich wäre der Rechtsanspruch auf einen Kindergarten- und Kinderkrippenplatz, das Recht auf Wohnung zu erschwinglichem Preis. Auch die alten und behinderten Menschen bedürfen für ein menschenwürdiges Leben mehr als nur des Schutzes ihres Lebens — sie bedürfen vielmehr bestimmter Rechte, z. B. auf ausreichende Versorgung unabhängig vom Geldbeutel oder der Gnade einer Sozialhilfestelle.

Einiges davon ist in der DDR verwirklicht worden: Kinderversorgungseinrichtungen, subventionierte Kinderkleidung, Recht auf Wohnung, Behindertenrente von mindestens 330 DM für alle Behinderten. Zug um Zug werden diese Sozialleistungen nun abgeschafft. So wundert es nicht, daß gerade gegenwärtig in der DDR die Schwangerschaftsabbruchzahlen stark zunehmen. Die Zeitung „metall“ berichtet in ihrer Ausgabe vom 27. Juli, daß 70 Prozent der neu Arbeitslosen in der DDR Frauen sind. Bekannt wurde das Schicksal einer Frau, die jahrelang wegen Kinderwunsch in ärztlicher Behandlung war. Nun wurde sie schwanger und mußte sich zu einem Abbruch entschließen, weil ihr Mann arbeitslos ist, sie selbst um ihren Arbeitsplatz fürchten muß.

In Ihren Versuchen, den Strafparagrafen 218 gesamtdeutsch durchzusetzen, bauen die Lebensschützer auf Propagandahetze gegen die DDR: Es wird gesagt, die dortige Regelung könne auf keinen Fall so bleiben, die Frauen seien nicht richtig beraten worden, viele Frauen kämen gleich mehrmals in ihrem Leben zu einem Schwangerschaftsabbruch. Schließlich sei der Schwangerschaftsabbruch kein Mittel der Empfängnisverhütung. Medizinisch betrachtet gibt es tatsächlich bis heute kein ideales Mittel zu Empfängnisverhütung. Es gibt wirklich viele ernsthafte medizinische Gründe, weshalb eine Frau eine Antibabypille nicht einnehmen kann, bei der Spirale ist es ebenso, eine Sterilisation des Mannes kommt erst in späteren Jahren in Frage. So gesehen, kann ein schonend und fachgerecht durchgeföhrter Abbruch einer Schwangerschaft in möglichst frühem Stadium zwei- oder dreimal im Leben durchaus der Gesundheit einer Frau besonderer Nutzen als jahrelange Einnahme der Antibabypille.

Bei all dem sollte nicht vergessen werden: Die Klage der bayerischen Staatsregierung vor dem Bundesverfassungsgericht gegen angeblich zu lasche Handhabung des § 218 liegt weiter an. Gerade vor kurzem wurde ein Neuwieder Frauenarzt zu 250 000 DM verurteilt wegen Verstoßes gegen § 218. Zu großen Hoffnungen, in einem Gesamtdeutschland sei der Kampf gegen den § 218 leichter, sollte man sich nicht machen.

Quelle: Ausführliche Dokumentation des Süßmuth-Papiers im Infodienst Gesundheitspolitik 17/90 — (elf)



Demonstration in Ost-Berlin gegen Übernahme des § 218 in der DDR.

ÖTV: BRD-Galeerensklaverei

Sklavenartige Arbeitsbedingungen auf Zweitregister-Schiff

Als einen „Fall moderner Galeerensklaverei“ hat die Gewerkschaft ÖTV die Arbeitsbedingungen indischer Seeleute auf bundesdeutschen Zweitregister-Schiffen angeprangert. Zum Beweis legte die ÖTV ein Schreiben vor, das auf Veranlassung der Lübecker Reederei Heinrich Beutler KG an den Kapitän des im bundesdeutschen Zweitregister eingetragenen Motorschiffes „Birk“ gerichtet war. Das Schreiben stammt von der Hamburger Seeleutevermittlungsfirma Maritim Expert Service GmbH & Co und hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Kapitän Habermann, nach einem Gespräch mit Herrn Beutler (Schiffseigner des MS Birk, d. Red.) möchte ich Sie bitten, den Punkt 3 des Briefes an die Inder zu ändern. Damit die Gefahr der Flucht vermindert wird, halten Sie die Heuerzahlung für mindestens 4 Monate zurück. Nur ein kleines Taschengeld kann gezahlt werden aus geleisteten Überstunden.“

Alle Inder, die jetzt eingestellt werden, müssen vor einem Notar in Bombay folgendes unterschreiben:

„Ich (Name des Seemanns) gebe feierlich folgende Erklärung ab:

1. Ich bin von Beruf Seemann und freiwillig an Bord des Motorschiffes ... gekommen.

2. Ich habe — alles inbegriffen — eine Monatsheuer von 250/300 US-Dollar sowie einen US-Dollar pro Überstunde gefordert und akzeptiert. (...)

3. Ich werde in den ersten 6 Beschäftigungsmonaten meine Heuer nicht annehmen, sondern nur einen Teil der Heuer, (...)

4. Ich werde das Schiff nicht verlassen und während der ersten 6 Monate nicht an Land gehen sowie nach Erledigung meiner Dienstaufgaben an Bord bleiben. Nach Ablauf der 6 Monate steht es allein im Ermessen des Kapitäns / Reeders, uns Landgangausweise auszustellen.

5. Ich werde jeglichen illegalen Fluchversuch unterlassen.

6. Darüberhinaus verpflichte ich mich, jegliche Nahrung zu mir zu nehmen, die an Bord serviert wird, und ich werde mich nicht an irgendwelchen gewerkschaftlichen Aktivitäten beteiligen.

Unterschrift des Seemanns.“

Am 7.7.1990 sind vier indische Seeleute in Brunsbüttel von Bord der „Vimeta“ geschickt worden, ohne daß ihnen die Heuer ausgezahlt wurde. Über die ÖTV haben sie bisher in einem Prozeß erfolgreich die Bezahlung eines Heimfluges erreicht. Der Prozeß um die ausstehende Heuer steht noch aus.

Quelle: ÖTV Pressedienst Nr. 39 — (obj)

Quellenhinweis: Gesetzentwurf der Grünen, Drucksache II/7139, 15. 5. 90; (1) DRIZ 1979, 363, zitiert nach der Drucksache, S. 13; (2) Bundesjustizminister Dehler 1950, zitiert nach Pol. Ber. 24/85, S. 32; (3) s. dazu BGH-Urteil vom 10. 10. 1978 — (scc)

Revanchismus gewinnt an Boden — Taktische Arbeitsteilung zwischen Einpeitschern und Einseifern

Dokumentiert: Kohl spricht beim Revanchistentreffen / Trotz Pfiffen besteht Einheit über nächstes Aggressionsziel: Polen

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Rede Helmut Kohls bei der Gedenkstunde aus Anlaß der Verkündung der „Charta der Vertriebenen“ vor 40 Jahren am 5. August 1990 in Stuttgart. Aus dem Umstand, daß Kohl dort auch Pfiffe erntete, schließen nicht wenige und verbreiten insbesondere interessierte Kreise der BRD-Presse, Kohl habe jetzt die Anerkennung der polnischen Westgrenze „gegen Widerstand der Vertriebenenverbände durchgesetzt“. In Wirklichkeit handelt es sich um nichts anderes als imperialistische Arbeits- und Rollenverteilung, sozusagen zwischen Einseifer und Einpeitscher: Die Bundesregierung seift die internationale und inländische Öffentlichkeit ein, wobei sie rein taktisch argumentiert, was die Anerkennung der Grenzen angeht, nach dem

Wir stehen vor einer einmaligen Chance: Wann waren wir Deutschen für die vor uns liegenden Aufgaben besser gewappnet als heute? Und wann war das internationale Umfeld für die Überwindung der Teilung unseres Vaterlandes günstiger als gegenwärtig? Zum tiefgreifenden Wandel in Deutschland haben zahlreiche Faktoren beigetragen. Ich will davon einige wichtige besonders hervorheben:

An erster Stelle nenne ich den Zusammenhalt des Westens. Wir konnten unsere Politik stets auf dem festen Fundament unserer — von Konrad Adenauer ins Werk gesetzten — Einbindung in die Gemeinschaft freiheitlicher Demokratien betreiben. Geschlossenheit und Standfestigkeit des Bündnisses in den Zeiten schwerer Bewährungsproben haben sich ebenso ausgezahlt wie jetzt die weitreichenden Beschlüsse des NATO-Gipfels in London ...

Zur friedlichen Revolution in der DDR wäre es nicht gekommen, wenn nicht Polen und Ungarn mit tiefgreifenden Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorangegangen wären. Der Erfolg der Reformbewegungen in Polen und Ungarn war eine Voraussetzung für den Erfolg der Reformbewegung in der DDR. Sie haben auch den Anstoß zur friedlichen Revolution in der Tschechoslowakei gegeben ...

Zum Recht des deutschen Volkes auf den eigenen Weg gehören sowohl die Entscheidung, in einem gemeinsamen Staat zusammenzuleben, als auch die Freiheit zu wählen, welchem Bündnis dieser gemeinsame Staat angehören soll. Für beides hat die Sowjetunion jetzt den Weg freigegeben. Der Durchbruch erfolgte bei meinen Gesprächen mit Präsident Gorbatschow im Kaukasus. Das Recht der Deutschen, sich wiederzuvereinigen, hatte Präsident Gorbatschow bereits bei unseren Moskauer Gesprächen im Februar ausdrücklich anerkannt. Von entscheidender Bedeutung war auch, daß die Deutschen ihren Anspruch auf Wiederherstellung der staatlichen Einheit in freier Selbstbestimmung nie aufgegeben haben. Und hier möchte ich gerade auch dem Bund der Vertriebenen meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen. Er hat sich

auch in Zeiten, als dies so manchem nicht mehr opportun erschien, mit allem Nachdruck dafür eingesetzt, am Wiedervereinigungsauftrag unseres Grundgesetzes festzuhalten. Diese Beharrlichkeit wurde in der Vergangenheit allzu oft als entspannungs- und friedensfeindlich diffamiert. Heute können wir indessen mit Genugtuung feststellen: Nicht jene haben recht behalten, die die Präambel des Grundgesetzes als „Formelkram“ verspotteten, sondern jene, die stets „Einheit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ wollten.

Schließlich erwähne ich unsere Politik für die europäische Einigung. Auch sie gehört zu den Voraussetzungen, die der Freiheit, den Menschenrechten und der Selbstbestimmung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zum Durchbruch verholfen haben ...

Ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa — das ist unser Ziel. Im Rahmen der „Zwei-plus-vier“-Gespräche werden wir — das steht heute bereits fest — volle Souveränität für das vereinte Deutschland erreichen ... Deutschland, gelegen in der Mitte Europas, hat mehr Nachbarn als jeder andere europäische Staat. Deshalb ist es natürlich, daß wir Deutsche uns dem Ziel der Einigung Europas mehr als andere verpflichtet fühlen. Wir wissen, daß das vereinte Deutschland im politischen und wirtschaftlichen Gefüge des Europa von morgen ein besonderes Gewicht haben wird. Dies festzustellen, hat nichts — wie manche behaupten — mit nationalistischen Träumen von einer dominierenden Rolle Deutschlands auf dem europäischen Kontinent zu tun. Es geht hier vielmehr um die besonderen Pflichten, die uns aus unserer Lage im Herzen Europas erwachsen ... Zum Ansehen unseres Landes hat der unabdingte Friedenswillen der deutschen Heimatvertriebenen maßgeblich beigetragen. Mir ist kein Fall bekannt, in dem Menschen, denen ein so großes Unrecht zugefügt wurde, so früh und so klar jeden Gedanken an Rache und Vergeltung von sich gewiesen hätten ...

Das polnische Volk soll wissen: Ein freies und vereintes Deutschland will Polen ein guter Nachbar und ein zuverlässiger Partner auf dem Weg nach Eu-

Motto: Erst muß jetzt die DDR in die Scheuer gefahren werden, dann sehen wir weiter. Indem Kohl aber behauptet, die von der Anti-Hitler-Koalition im Potsdamer Abkommen völkerrechtlich besiegelter Aussiedlung deutscher Minderheiten, auch aus Polen, sei „Unrecht“ gewesen, welches nie anerkannt würde, trifft er sich wieder mit der Einpeitscher-Position der Revanchisten, die fieberhaft an Konzepten der Einmischung und Rekolonisierung gegenüber Polen arbeiten: angefangen von „Wahlbeteiligung der Deutschen in Polen“ an den „gesamtdeutschen Wahlen“ bis hin zum „stufenweisen“ Aufbau eines „selbstständigen, souveränen, europäisch institutionalisierten Territorium ohne Grenzen zwischen den Volksgruppen“ (Czaja in Stuttgart). — (mab, maf)

ropa sein — einer Gemeinschaft freier Völker, die nicht an Oder und Neisse enden darf. Dazu gehört, daß die Grenzen nicht in Zweifel gezogen und nicht verschoben werden. Nur wenn sie umstritten sind, verlieren sie ihren trennenden Charakter. Wir wollen Grenzen einen neuen zukunftsweisenden Charakter verleihen — nicht den der Entzweiung, sondern den der offenen Wege und der Begegnung in Freiheit. Der Deutsche Bundestag hat am 21. Juni dieses Jahres — gemeinsam mit der Volkskammer der DDR — eine unmißverständliche Botschaft an Polen gerichtet: Die Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft, ist endgültig. Sie wird durch Gebietsansprüche von uns Deutschen weder heute noch in Zukunft in Frage gestellt. Dies wird nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit in einem Vertrag mit der Republik Polen völkerrechtlich verbindlich bekräftigt werden ...

Ich bin mir bewußt — und will es hier erneut aussprechen —, daß die Parlamentsentschließung vom 21. Juni viele Menschen in unserem Land tief geschmerzt hat ... Wir müssen aber ebenso offen aussprechen: Wer die historische Chance nutzen will, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden, der muß auf die Frage der polnischen Westgrenze eine klare Antwort geben. Dies erwarten nicht nur die Polen von uns. Dies erwarten ebenso alle unsere Nachbarn und Partner in Europa und vor allem die Vier Mächte — also die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion. Niemand soll sich täuschen: Wir stehen vor einer ganz klaren Wahl. Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit ...

Wir blicken zurück auf eine lange gemeinsame Geschichte, in der die Städte und Dörfer Schlesiens, der östlichen Brandenburg, Pommerns, West- und Ostpreußens und anderer Landschaften für Deutsche Heimat waren. Sie haben dieser europäischen Kulturlandschaft ihr unverwechselbares Gepräge gegeben ... Die 700jährige Geschichte und Kultur des deutschen Ostens ist und bleibt Bestandteil des Erbes der ganzen deut-

schen Nation. Dies festzustellen, ist ein Gebot der historischen Wahrhaftigkeit ... Wahrheit ist — und das darf nicht verschwiegen werden: Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat war ein großes Unrecht. Es gab dafür keine Rechtfertigung, weder moralisch noch rechtlich. Niemand kann von uns erwarten, daß wir Jahrzehnte danach erklären, die Vertreibung sei rechtmäßig gewesen. Solche Zumutungen werde ich stets mit allem Nachdruck zurückweisen ...

Ich wünsche mir, daß bei uns in Deutschland und in Polen schon bald die Voraussetzungen geschaffen werden, die Zukunft eines deutsch-polnischen Miteinanders im vereinten Europa in einem umfassenden Vertrag über gut-nachbarliche und freundschaftliche Beziehungen besiegen zu können. Es ist mein fester Wille, einen solchen Vertrag im Laufe des Jahres 1991 auszuhandeln ... Zu den großen Aufgaben der Zukunft wird es gehören, den wirtschaftlichen Wandel in Polen auf dem Weg zu einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft weiterhin zu unterstützen. Es darf nicht zu einem unvertretbaren Wohlstandsgefälle zwischen dem Gebiet der heutigen DDR und Polen kommen. Es liegt ja auch in unserem Interesse, daß unsere polnischen Nachbarn ebenfalls Anschluß finden an die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte im freien Teil Europas. Ich könnte mir beispielweise neue Formen regionaler Zusammenarbeit vorstellen, wie sie erfolgreich bereits in den südlichen, westlichen und nördlichen Grenzregionen unseres Vaterlandes betrieben wird: mit Frankreich oder Luxemburg, mit Österreich oder der Schweiz — und mit anderen Nachbarn. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt, und ich sehe hier wichtige Aufgaben auf die Länder der DDR zukommen, die sich demnächst auf dem Boden der heutigen DDR bilden werden. Auch den Vertriebenen wächst hier eine neue Aufgabe zu. Wir werden ihren Rat auch in Zukunft brauchen und suchen: Sie bringen — ich betone dies noch einmal — alle Voraussetzungen mit, um neue Brücken zu bauen ...

Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 311/90 vom 5.8.1990

Bleiben Grenzen von 1937 im Grundgesetz?

Im Vorfeld der dritten Zwei-plus-vier-Gespräche am 15./16.7.1990 in Paris hatten die USA mit Zustimmung Frankreichs und Großbritanniens erklärt, „Washington werde Deutschland solange nicht die völlige Souveränität gewähren, solange ein Grenzvertrag mit Polen nicht abgeschlossen sei“ (FAZ 18.7.1990). Das meint Helmut Kohl, wenn er in seiner Rede vor den Revanchistenverbänden erklärt: „Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit“ (siehe Dokumentation). Gleichzeitig aber hat die Bundesregierung offensichtlich eine entscheidende Schwächung der polnischen Forderungen in Paris durchsetzen können: „Erstmals hatte Warschau Außenminister Krzysztof Skubiszewski mit am Tisch der Staatsmänner-Runde sitzen dürfen ... Als die versammelte Runde noch über den Modalitäten grübelte, wie denn nun das Zustandekommen eines deutsch-polnischen Grenzvertrages nach der Vereinigung zu garantieren sei, da schlug die Stunde Hans-Dietrich Genschers. Diese Diskussion, sagte der Bundesaußenminister und hieb mit der Faust auf den Tisch, „geht gegen meine Ehre“ ...

Nichts war übrig geblieben von den polnischen Forderungen, die noch am Vormittag Gastgeber Roland Dumas einen eher zähen Verhandlungstag erwarten ließen. ... Eigentlich hatte Warschau dem vereinten Deutschland abverlangen wollen, sämtliche Erwähnungen der deutschen Grenzen von 1937 zu tilgen und die einschlägige Rechtssprechung über einen Fortbestand dieser Grenzen aufzuheben. Da wäre bis hin zu Verfassungsgerichtsurteilen gegangen. Doch als Krzysztof Skubiszewski am Abend auf der Abschlußkonferenz darauf angesprochen wurde, klang plötzlich alles ganz anders. Die Verfassung, so der Pole, sei das höchste Gesetz eines Staates. Daran dürfe von außen nicht gerüttelt werden.“ (Frankfurter Rundschau 19.7.1990)

Jetzt wird Genscher am 18.8.1990 nach Moskau reisen, um die letzten Zwei-plus-vier-Verhandlungen am 12. September vorzubereiten. Das geplante „Deutschland-Dokument“ wird ein ratifizierungsbedürftiger Vertrag sein. „Ob sechs Parlamente oder nur fünf den Zwei-plus-vier-Vertrag ratifizieren werden, hängt vom Zeitpunkt des Beitrags der DDR ab. Wenn die Volkskammer dann nicht mehr besteht, werden es nur fünf sein. Die Unterschrift aller sechs Außenminister, auch Meckels, wird aber als unerlässlich betrachtet“ kommentiert die FAZ vom 9.8.1990.

Damit ist klar, daß die DDR-Einverleibung durch die BRD von Seiten der Siegermächte der Anti-Hitler-Koalition inzwischen vollständig abgesegnet wird, sofern die BRD in dem geplanten Völkerrechtsdokument die Grenzen Polens anerkennt. Folgende weitreichende Fragen sind damit aber keineswegs geklärt:

Erstens: wird sich das Zwei-plus-vier-Abschlußdokument auf die Grenzregelung des Potsdamer Abkommens beziehen? Wird die BRD im Rahmen dieses Vertrages bzw. in dem geplanten Grenzvertrag zwischen dem neuen Großdeutschland und Polen den bereits 1952 zwischen der DDR und Polen auf Grundlage des Potsdamer Abkommens geschlossenen Görlitzer Vertrag (endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze) übernehmen müssen oder beiseite fegen können? Die sowjetische Zeitung „Prawda“ nahm nach den Kohl-Gorbatschow-Gesprächen Mitte Juli immerhin noch auf diesen Umstand Bezug: „Bei den dritten Zwei-plus-vier-Gesprächen in Paris wurde das Prinzip der europäischen Stabilität — die Unverletzlichkeit der Nachriegsgrenzen — bestätigt, wie sie schon in Helsinki und zuvor in Jalta und Potsdam begründet worden war.“

Zweitens: ist offen, ob die BRD die damit notwendig werdenden Grundgesetzänderungen bezüglich der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 und der deutschen Staatsbürgerschaft überhaupt vornehmen und welche imperialistischen Einmischungsrechte sie über „deutsche Volksgruppenrechte“ womöglich in den geplanten Verträgen plazieren wird. Das wäre das genaue Gegenteil der „Nachkriegsordnung von Potsdam“, in der die Aussiedlung der deutschen Minderheiten als Hort von jahrhundertelanger Einmischungs- und Kolonialpolitik eindeutig als völkerrechtlich verbindlich festgelegt worden war.

Die Faschisten werden nachziehen

Wie die Regierung den Rechtsboden aufbereitet

In der BRD finden sich zur Zeit Beispiele von schönem Familiensinn. In alle vier Windrichtungen zerstreute Verwandtschaften suchen sich und studieren angegiltes Papier. Der Umsturz in der DDR kann alles in bares Geld verwandeln. Da sieht man, was Erinnerung wert sein kann, und so haben auch die Verbände der aus dem östlichen Europa rückgewanderten Deutschen spürbar Aufwind. Ihre Diskussion zielt einstweilen nicht auf eine breite Öffentlichkeit. Noch geht es um die Formulierung einer Strategie. Aber die Debatte wird nicht isoliert geführt. Beifällig bringt der „Bayernkurier“ (11.8.1990) über den Stand der Dinge:

„Czaja erläuterte die Vision einer „Europäisierung“ der deutschen Ostgebiete. „Wir stellen zur Diskussion, in einem Teil des umstrittenen Gebietes stufenweise ein selbständiges, souveränes, europäisch institutionalisiertes Territorium ohne Grenzen zwischen den Volksgruppen aufzubauen. Ihre eigenen Anliegen sollen sie dort souverän regeln, übergreifende Fragen innerhalb dieses Territoriums in ausgewogenen Staatsorganen mit europäischer Schlichtungshilfe. Hier könnte ein Brückenpfeiler für den so notwendigen Wiederaufbau der erschütterten Ordnungen, den Abbau der Gegensätze von zwei Jahr-

hunderten und von Chaos und Not stehen.“

Der Kern dieses Verlangens besteht in einer Forderung, an andere Staaten, Gebiete abzutreten, und die einzige Begründung dafür ist, daß Angehörige der deutschen Sprachgruppe irgendwann in diese Gebiete siedelnd eingedrungen waren und sich — frage nicht mit welchen Methoden — auch eine Zeitlang halten konnten. Von dieser Forderung betroffen fühlen können sich vor allem die Polen, aber auch die Tschechoslowaken müssen sich nicht sicher wähnen. So dann paßt das Modell für fast alle Balkanländer und schließlich auch die Sowjetunion.

Die „Süddeutsche Zeitung“ bringt am 13.8.1990 einen Artikel, in dem es u.a. heißt:

„Ein Vertreter der deutschen Volksgruppe in der Sowjetunion hat den Wunsch geäußert, daß der sowjetische Teil Ostpreußens um Königsberg (Kaliningrad) zum autonomen Siedlungsgebiet der Sowjetdeutschen deklariert werden soll.“

Den deutschen Ostagenturen in der BRD geht es um die Einrichtung autonomer deutscher Siedlungsräume, und die im östlichen Europa lebenden Menschen deutscher Sprachzugehörigkeit greifen jetzt dies auf. Warum?



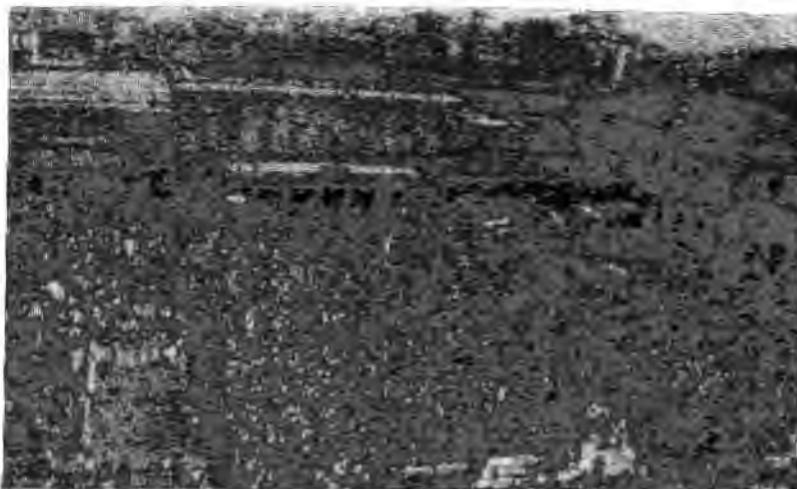
Kohl, Späth und Czaja am 5.8. in Stuttgart

Die Öffnung der Ostmärkte für Westwaren setzt die Binnenproduktion unter Druck. So soll im ersten Halbjahr 1990 z.B. in der DDR die Produktion um rund zehn Prozent gefallen sein. Die wirtschaftliche Verödung bereitet den Boden für Kapitalexport. In dem durch den Weltmarkt erzeugten Sumpf gründen Konzerne inselartige Ansiedlungen. Sie brauchen ortskundige Vertrauenspersonen. Da Kapital enteignet werden kann, ist eine politische Absicherung geboten. Die oben zitierte Diskussion versucht, die Kapitalexportbewegung mit einer territorialen, also notwendig politischen Siedlungsbewegung zu ver-

knüpfen. Residenten deutscher Konzerninteressen könnten sich dann nicht als Gäste in einem anderen Land aufhalten, sondern in einer neuen alten Heimat sich niederlassen.

Die deutschen Faschisten, die in der momentanen Phase des DDR-Anschlusses im Hintergrund gehalten werden müssen, werden demnächst wieder gebraucht. Vom Ministerpräsidenten Bayerns, der zur Vertreibung praktisch aller DDRler („Hobbypolitiker“) aus den staatlichen Ämtern aufruft, über den „Bayernkurier“ bis hin zur „Süddeutschen“ legt man den Faschisten Aufgaben vor, an denen sie wachsen können.

Internationale Umschau



Etwa 50 000 Menschen zählte die Kundgebung in Bologna am 2.8.1990 anlässlich des zehnten Jahrestags des Bombenanschlags von Faschisten auf den dortigen Bahnhof. Kurz zuvor waren vier Faschisten freigesprochen worden, die in erster Instanz wegen Beteiligung zu Haftstrafen verurteilt worden waren. Die Forderungen richteten sich gegen die Straflosigkeit zahlreicher faschistischer Attentate und die Verwicklung staatlicher Stellen. Zur gleichen Zeit übergab der faschistische MSI in der Kammer des Parlaments nach einer Schweigeminute, bei der von der Regierung fast niemand und von den Regierungsfaktionen nur wenige teilnahmen, dem Ministerpräsidenten eine Resolution, in der die Entfernung des Worts „faschistisch“ aus den Gedenktafeln in Bologna gefordert wird. Andreotti, anstatt die zynische Zumutung zurückzuweisen, erklärte sich mit dem Vorhaben einverstanden. — (rok)

Honduras: Streik von Bananenarbeitern bei Chiquita

Seit Ende Juni halten etwa 4000 Plantagenarbeiter in Honduras die Bananenplantagen und Grundstücke des US-Konzerns „Chiquita Brand International“ besetzt. Die Streikenden fordern eine Anhebung ihrer Hungerlöhne, bessere Arbeitsbedingungen und gewerkschaftliche Rechte. Nachdem es dem Konzern nicht gelang, die Arbeiter zum Abbruch ihres Streiks zu zwingen, griff honduranisches Militär ein. Anfang August griffen Militärs die Streikenden an und vertrieben sie von den Plantagen. Dabei wurden mehrere Arbeiter verletzt. Gleichzeitig verkündete die Regierung, sie werde dem US-Konzern die Einstellung von Streikbrechern und die Wiederaufnahme der Produktion unter militärischem Schutz gestatten.

Quelle: Handelsblatt, 6.8.90 — (rül)

DDR: Streik bei Verkehrsbetrieben

3500 Beschäftigte der Leipziger Verkehrsbetriebe traten am 9. August in einen zweistündigen Warnstreik. Kurz vorher waren die Tarifverhandlungen ihrer Gewerkschaft mit der Stadt- und Bezirksverwaltung und dem Verkehrsministerium gescheitert. Die Bus- und Straßenbahn-Fahrer und -Schaffner fordern eine monatliche Zulage von 250 DM, um den Reallohnverlust seit der D-Mark-Einführung auszugleichen. Für den Fall, daß die Stadt- und Bezirksverwaltung nicht nachgibt, haben die Arbeiter weitere Streikaktionen angekündigt. — (rül)

Pakistan: Regierung Bhutto abgesetzt

Der pakistaniische Staatspräsident Ishaq Khan hat am 6. August das Parlament des Landes aufgelöst, die Regierung unter Benazir Bhutto abgesetzt und über das ganze Land den Ausnahmezustand verhängt. Gleichzeitig besetzte die Armee Fernmeldeeinrichtungen und das Gebäude des Fernsehens. Der Staatspräsident setzte eine Übergangsregierung ein, die von dem bisherigen Oppositionsführer geleitet wird. Am 24. Oktober sollen Neuwahlen zum Parlament stattfinden. Nach westlichen Berichten soll die Absetzung der Regierung auf direktes Drängen pakistanischer Militärs zurückgehen, die der Regierung zu laches Vorgehen in Fragen der „inneren Sicherheit“ vorwerfen. Im Mai war die pakistaniische Börse nach zahlreichen Streiks von Lohnabhängigen gegen ihre Hungerlöhne für einige Tage geschlossen worden, weil die Kurse zusammenbrachen. Mit Freudenkundgebungen reagierten die afghanischen Exilgruppen im Norden und pakistaniische Fundamentalisten, die der Regierung schon seit einiger Zeit vorwarfen, gegenüber Indien im Kaschmir-Konflikt zu „weich“ aufzutreten. Stärkere Unterstützung reaktionärer fundamentalistischer Gruppen, verbunden mit einem landesweiten Ausnahmezustand: Mit diesen Mitteln will die neue Regierung die Unterdrückung der Lohnabhängigen und Bauern weiter verschärfen. — (rül)

Peru: Brutales Programm der Fujimori-Regierung gegen Arme

Die Fujimori-Regierung, die u.a. durch das Versprechen eines „sozial verträglichen“ Programms zur Bekämpfung der Inflation am 28.7. in Peru die Regierungsmacht erlangte, führt nun mit Hilfe des Militärs ein brutales „Sanierungsprogramm“ durch. Am 8.8. kündigte Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Hurtado die Aufhebung aller Preiskontrollen und Subventionen mit sofortiger Wirkung an. Unmittelbar danach stieg der Preis für Nudeln um das fünffache, Milch und Brot wurden dreimal so teuer, der Preis von Benzin schnellte um das 30fache in die Höhe. Seitdem ist in Lima der öffentliche Nahverkehr zusammengebrochen. Nach Regierungsplanung sollen etwa 75 Prozent der 22 Millionen Einwohner Perus bereits in wenigen Tagen „zwecks Inflationsbekämpfung“ keine finanziellen Mittel mehr haben. Am Tag nach der Verkündung wurden in Lima die Einkaufszentren geschlossen, auf den Straßen patrouillieren Panzer. Ebenfalls zwecks Aufstandsbekämpfung appellierte der Erzbischof Durand Flores an die Bevölkerung, in den Kirchen zu beten. Die arme Bevölkerung Perus, die buchstäblich nichts mehr zu essen hat, wehrte sich mit Plünderungen und Demonstrationen, bei denen in Lima mindestens drei, im Südosten Perus sechs Menschen von der Polizei erschossen wurden. In Lima wurden alleine am Freitag nach dem Inkrafttreten des Regierungsprogramms 6000 Menschen festgenommen. Am 11.8. kündigten die Gewerkschaftsvertreter des öffentlichen Dienstes, der Banken und des Bergbaus Generalstreiks an. Sie lehnten das Regierungsprogramm gänzlich ab und forderten Lohnerhöhungen, um die verheerenden Folgen dieser Politik auszugleichen.

Quellen: Neues Deutschland, 11./12.8.; taz, 11.8.; FAZ, 10.8., 11.8. und 13.8.90 — (uga)



3000 Delegierte von Altenverbänden, darunter zahlreiche Vertreter von gewerkschaftlichen Rentnervereinigungen, protestierten Ende Juli gegen drohende weitere Kürzungen bei der Gesundheitsversorgung für Rentner (Bild). Die Regierung plant, die Krankenversicherungszahlungen für Rentner unter dem Vorwand, das Haushaltsdefizit verringern zu müssen, weiter zu kürzen. Die Vertreter der Rentner forderten auf der dreitägigen Konferenz der Rentnerverbände in Chicago dagegen, stattdessen den Rüstungshaushalt zu kürzen oder die Steuern der Reichen zu erhöhen. Sprecher der Automobilarbeitergewerkschaft und anderer Gewerkschaften des Gewerkschaftsbundes AFL/CIO unterstützten sie dabei. — (rül)

Liberia: US-Militär-Intervention

Angeblich zum Schutz US-amerikanischer Bürger haben am 5. August US-Marinestreitkräfte in Liberia militärisch interveniert. Von drei vor der Küste Liberias kreuzenden US-Kriegsschiffen wurden nach US-Angaben 225 Marinesoldaten in die Hauptstadt Monrovia geflogen, um US-Staatsbürger zu evakuieren und US-Einrichtungen in der Hauptstadt militärisch zu schützen. Zwei Tage später hiess es in Washington, die Aktion sei „erfolgreich“ verlaufen. Tatsächlich waren zu diesem Zeitpunkt nach US-Angaben lediglich 61 US-Staatsbürger und ein Dutzend anderer Ausländer ausgeflogen worden. Etwa 500 US-Staatsbürger hielten sich trotz der angeblichen „Rettungsaktion“ weiterhin im Lande auf. Tatsächlich scheint die „Hilfsaktion“ eher ein Vorwand gewesen zu sein, um eine US-amerikanische Militärpräsenz im Lande aufzubauen. 200 der eingesetzten Marineinfanteristen blieben nämlich auch nach Abschluß der Aktion weiter in Monrovia, angeblich zum „Schutz der US-Botschaft“. Nach Presseberichten wurden bei der US-Aktion auch zahlreiche Akten von zwei Kommunikationseinrichtungen der CIA und des Pentagons außer Landes geschafft. Liberia war seit Jahren ein wichtiger „Horchposten“ der US-Aufklärung gewesen. Der noch amtierende Präsident Doe hatte den USA außerdem Landrechte für Sonderreinheiten der „Schnellen Eingreiftruppe“ eingeräumt. Das läßt vermuten, daß die angebliche „Rettungsaktion“ sich schnell zu einer ständigen Militärpräsenz ausweitet, um diese Landrechte und Spionagemöglichkeiten der USA auf dem Territorium Liberias mit militärischer Gewalt gegen jede Gefährdung durch liberianische Aufständische zu sichern. Nach Bekanntwerden der US-Militär-intervention trat in der gambischen Hauptstadt Banjul die 16 Staaten umfassende Wirtschaftsorganisation Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) zusammen, um über die Entsendung einer afrikanischen Friedenstruppe nach Liberia zu beraten.

Quellen: Neue Zürcher Zeitung, 7. bis 13. August 1990; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. August 1990 — (rül)

Zuspitzung im Konflikt um Golfplatz bei Montréal

Die Auseinandersetzung um den Golfplatz von Oka nahe Montréal, Kanada, spitzt sich zu. Die Mohawk-Krieger blockieren immer noch das Waldgebiet, in dem die Golfplatzweiterleitung geplant ist, für die Anerkennung ihres Rechtsanspruchs darauf. Nun errichteten auch die Stammesbrüder im nahegelegenen Kahnawake-Reservat eine Brückenblockade, die den Pendlerverkehr nach Montréal lahmlegt. Der kanadische Premierminister Mulroney kündigte am 8.8. den Einsatz der Armee gegen die Mohawk an und gab außerdem die Ernennung eines Vermittler für Verhandlungen bekannt. Die Mohawk fordern den Einsatz von internationalen Beobachtern als neutralen Mittlern. (Zu den Hintergründen der Auseinandersetzung siehe auch den Bericht auf der nebenstehenden Seite).

Quellen: taz und FAZ vom 10.8.90 — (uga)

Kurdistan: Neue Armee-Massaker

Beispiellose Terrorkampagne der türkischen Kolonialtruppen

Gedeckt durch die Ausnahmebestimmungen für die kurdischen Gebiete haben die türkischen Kolonialtruppen in den letzten Wochen offenbar ihren Terror gegen die kurdische Bevölkerung bedeutend verstärkt. Nach Berichten der bürgerlichen Presse sollen bis zu 60 „Guerillas“ bei Militäreinsätzen ums Leben gekommen sein. Der Großteil dieser „Guerillas“ dürften wie schon in der Vergangenheit kurdische Bauern gewesen sein, die sich weigerten, als „Dorfshützer“ für das Regime zu arbeiten, oder die einfach so auf den Feldern erschossen wurden.

Am 31. Juli berichtete die Zeitung „Yeni Halk Gergisi“ (Neue Wahrheit des Volkes) auf einer Pressekonferenz von weiteren Überfällen. Danach sollen türkische Einheiten in den letzten Tagen mehrere Dörfer zwischen Catak und Pervani regelrecht überfallen haben. Sämtliche Bewohner der Dörfer wurden mit Gewalt aus den Häusern getrieben. Danach wurden ihre Häuser restlos zerstört. Über die Zahl der Festgenommenen und Verletzten bei diesen Terrorangriffen liegen noch keine Angaben vor. In dem Gebiet um Catak, in dem etwa 5000 Kurden leben, sind im Augenblick 27000 Mann türkische Truppen stationiert.

Am 2. August berichtete die „Frankfurter Rundschau“ über die Lage im

„Neue Armut“ in der Schweiz

CVP-Studie geht von bis zu zehn Prozent Armen aus

Eine von der Christlichen Volkspartei (CVP) am 9. August vorgestellte Studie geht davon aus, daß bis zu 10 % der Bevölkerung in der Schweiz in Armut leben. Die von einer Arbeitsgruppe der konservativen Partei erstellte Studie baut auf eine Untersuchung aus dem Jahre 1982 auf, nach der „je nach Betrachtungsweise“ zwischen 170000 und 570000 der rund 9 Millionen Einwohner des Landes in wirtschaftlicher Not leben. Dieser doch große Spielraum kann zustandekommen, weil in der Schweiz keine staatliche Armutsgrenze existiert. Nach der Untersuchung sind Alleinstehende tendenziell stärker von wirtschaftlicher Not betroffen, darunter besonders alleinerziehende Frauen. Die Zahl „normaler“ Erwerbstätiger, die unter die Armutsgrenze fallen, nehme jedoch zu. Die Studie nennt als einen Grund dafür die „oft außerordentlich tiefen Löhne ... für ungelernte Arbeiter oder für das Verkaufspersonal“. Die Leiterin der Arbeitsgruppe erklärte, eine „erstaunlich große Schicht der Bevölkerung befindet sich ständig auf einer ‚Gratwanderung‘ und riskiere, wegen einer Krankheit oder einer unvorhergesehenen Aus-

gabe ‚abzustürzen‘.“ Über die Lage der ausländischen Arbeiter, mehr als 10 % der Bevölkerung und häufig in besonders elender Lage, gibt die Studie keine Auskunft.

Die CVP-Arbeitsgruppe geht davon aus, daß es „neben der materiellen Armut im engeren Sinn“ auch „eine Art psycho-soziale Armut“ gebe; darunter verstehen die Autoren „den Mangel an Kontakten zu Dritten und das Leben in Randgruppen“ — eine Unterscheidung, die nicht ohne Grund getroffen wird, denn die Christen-Partei will die Kritik an der Armut auf familienfördernde Pfade lenken: „Die Studie unterstreicht die Bedeutung der Institution Familie, weil sie dem Individuum Geborgenheit und Sinnvermittlung ermöglicht und ihm Solidarität und Verantwortungsbewußtsein vorlebt.“ Folgerichtig pochen die CVPler in erster Linie auf subsidiäre Aktivitäten. Darüberhinaus wollen sie ein garantiertes Mindesteinkommen geprüft wissen. Gewerkschaftliche Stellungnahmen zu der Studie liegen noch nicht vor.

Quellenhinweis: Zitate aus NZZ, 12./13.8.90 — (jug)

ANC: Bewaffneter Kampf beendet

Abkommen mit dem südafrikanischen Regime erzielt

Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) hat den bewaffneten Kampf gegen das südafrikanische Regime eingestellt. Am morgen des 7. August verkündeten die Verhandlungsführer des ANC und des südafrikanischen Regimes, Mandela und De Klerk, man habe eine Übereinkunft erzielt, die auf Seiten des ANC die Einstellung des bewaffneten Kampfes zur Folge haben werde. Das südafrikanische Regime werde alle politischen Gefangenen freilassen. Zusätzlich solle etwa 22000 Schwarzen, die seit dem Verbot von ANC und PAC 1960 das Land verlassen haben, die Rückkehr nach Südafrika gestattet werden.

Hinsichtlich der politischen Gefangenen hat das Regime den Bericht einer Arbeitsgruppe akzeptiert, die den Begriff politischer Gefangener in Anlehnung an die in Namibia mit der SWAPO vereinbarte Beschreibung definiert. Bis zum Monatsende soll die Arbeitsgruppe nun einen Plan für die Freilassung der politischen Gefangenen vorlegen. Die Freilassung dieser Gefangenen soll am 1. September beginnen.

Die Rückkehr aus dem Exil soll am 1. Oktober beginnen. Den Rückkehrern wird Straffreiheit zugesagt, jedoch soll über jeden Rückkehrertrag „individu-

ell“ entschieden werden. Bis zum 1. April nächsten Jahres soll diese Rückkehraktion beendet sein.

Die bürgerliche Presse spricht von vielen Zugeständnissen des ANC. So dauert der Ausnahmezustand in Natal weiter an. Bei den Sicherheitsgesetzen hat das Regime lediglich eine „Überprüfung“ zugesagt. Der ANC hat seine ursprüngliche Forderung nach einem „Waffenstillstand“ fallengelassen. Diese Forderung hätte auch eine weitgehende Einstellung der ständigen Polizei- und Armeeüberfälle auf Wohnsiedlungen der Schwarzen bedeutet. Stattdessen hat die Regierung De Klerk jetzt lediglich zugesagt, „Übergriffe“ der Polizei „streng“ zu verfolgen — eine seit Jahr und Tag von dem Regime ohne Folgen verwandte Rechtfertigungsformel.

Über Reaktionen der übrigen schwarzen Befreiungsorganisationen, insbesondere des PAC und der „Schwarzen Bewußtsein-Bewegung“, auf das Abkommen zwischen ANC und Regierung liegen nur spärliche Meldungen vor. Der PAC hat bereits angekündigt, er sei an die Vereinbarung des ANC nicht gebunden und werde seinen bewaffneten Kampf fortsetzen.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.8.90 — (rül)

Als Volk der Ersten Nationen von Kanada haben wir eine Vision von der Sorte Land, in der wir leben wollen und das wir zusammen mit anderen Kanadiern aufbauen wollen. Das ist bestimmt nicht die Sorte Land, die wir jetzt haben. Wo unser Volk nämlich auf die unterste Sprosse der Leiter der kanadischen Gesellschaft verwiesen ist, die schlimmsten Lebensbedingungen erleidet, die niedrigsten Einkommen, die schlechteste Ausbildung und Gesundheitsfürsorge hat und nur sehr deprimierende Aussichten für die Zukunft unserer Kinder bestehen.

Wir glauben jedoch an die Möglichkeit eines Umschwungs. Wir glauben nicht nur, daß wir uns aus diesen deprimierenden Umständen befreien können, sondern daß wir in diesem Prozeß auch erheblich zur Gesundheit, Wirksamkeit und Anständigkeit von Kanada beitragen

Kampf der Mohawk gegen Golfplatz in Oka

Über den Kampf der Mohawk gegen die Erweiterung des Golfplatzes in Oka nahe Montréal haben wir bereits in den beiden letzten Ausgaben berichtet. Sie blockieren bereits seit Monaten die Zufahrt zu einem Gebiet, auf dem die Gemeinde Oka ihren Golfplatz von 9 auf 18 Löcher vegöbern will. Auf dem Gebiet, beansprucht als Teil des Kanesatake-Reservats, liegen alte Grabstätten der Mohawk. Die bewaffnete Gesellschaft der Mohawk-Krieger (Mohawk Warrior Society) beteiligt sich an der Blockade. Als am 11. Juli die Polizei die Barrikade stürmen wollte, kam bei einem Schußwechsel ein Polizist ums Leben. Eine andere Gruppe von Mohawk besetzte die Mercier-Brücke, die jeden Tag von etwa 7000 Pendlern überquert wird. Die Brücke führt über das Kahnawake-Reservat. — Hier neuere Meldungen:

— Ende Juli: Kanada hat vor der UNO-Menschenrechtskommission für Ureinwohner eine Erklärung abgegeben. Die Kommission befäste sich in Genf mit der Situation in Oka. Der kanadische Botschafter erklärte, die Bundesregierung hoffe, dem Konflikt vielleicht noch in dieser Woche ein Ende machen zu können, indem sie das umstrittene Landstück erwirbt und an die Mohawks abtritt. Ottawa lasse sich durch die Demonstration von Gewalt von Seiten der Mohawk nicht einschüchtern. Die Regierung habe festgestellt, daß noch viel zu tun sei, um das Leben der Ureinwohner zu verbessern, und sie arbeite gegenwärtig an dieser Aufgabe.

— 2. 8.: Innu in Labrador verlangen das Zugeständnis ihrer traditionellen Fischereirechte, in Solidarität mit den Mohawk. Die Innu wollen ohne die vorgeschriebene Lizenz Fischfang betreiben. Ein Beamter erklärte, wegen dieses Verstoßes könnten die Indianer mit Geldstrafen in Höhe von Tausenden von Dollar belegt werden.

— Sympathieaktionen von Indianern in British Columbia an der Westküste Kanadas: Sperrung von Straßen, Brücken und Eisenbahnen, Verteilung von Flugblättern. In British Columbia beanspruchen die Indianer als ihr Stammland 73 Mio. ha, das sind rund drei Vierteln der Provinz.

— Quebec hat sich mit den drei Vorbedingungen der Mohawk für Verhandlungen einverstanden erklärt: ungehindelter Transport von Nahrungsmitteln und Medikamenten, freier Zugang zum Reservat für juristische und andere Ratgeber, *Zulassung internationaler Beobachter*.

— 3. 8.: Der Häuptling der Cree, Billy Diamond, bekräftigte den Anspruch der Ureinwohner auf 85 % der Provinz Québec. Die Provinz könnte sich nicht von sich aus einfach von Kanada trennen.

— 6. 8.: Der Ministerpräsident von Québec, Bourassa, hat den Indianern in Oka ein Ultimatum von 48 Stunden gestellt, um in Verhandlungen einzutreten. Im Verweigerungsfall würde die Regierung entsprechende Maßnahmen ergreifen.

— Die Mi'kmaq in New Brunswick stehen in Verhandlung mit der Landesregierung über Entschädigungen für Einkommensverluste durch die Verweigerung ihrer traditionellen Jagd- und Fischereirechte. Zu den Verhandlungen kam es nach der Blockade einer über das Reservat laufenden Landstraße.

— Der Aufkauf des umstrittenen Geländes in Oka wird von der Regierung an die Bedingung geknüpft, daß die Mohawk-Krieger die Waffen niederlegen und die Barrikade räumen. Das lehnen diese ab.

— Der Bundesminister für Indianerangelegenheiten Tom Siddon räumt in British Columbia ein, daß die bisherigen Verhandlungsmethoden unfair gegenüber den Ureinwohnern waren.

— 7. 8.: Die Mohawk weisen das Ultimatum von Bourassa zurück und fordern direkte Beteiligung des kanadischen Premierministers Mulroney.

— Die Québécker Ureinwohner planen, ihre Interessen bei der im Sommer in Genf stattfindenden Versammlung von Ureinwohnervertretern aus über 70 Ländern darzustellen.

— 8. 8.: Das Verteidigungsministerium dementiert die Meldung einer Tageszeitung, wonach die Armee in Alarmbereitschaft versetzt worden sei. In der Meldung hieß es, die Armee sei bereit, der Québécker Polizei bei einer gewaltsamen Lösung des Konflikts zu helfen.

— 9. 8.: Das Ultimatum der Québécker Regierung ist ergebnislos abgelaufen. Ureinwohnergemeinden in ganz Kanada halten Protestaktionen ab. Der Québécker Minister für Ureinwohnerangelegenheiten behauptet, die Mohawk würden zur Bedingung machen, daß der Konflikt vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag und vor die Vereinten Nationen gebracht wird. Die Mohawk sagen dazu, das sei eine gewollt enge Auslegung ihrer Position. Sie hätten allerdings von Anfang an erklärt, daß der Konflikt innerhalb von Minuten erledigt werden kann, wenn der Internationale Gerichtshof eingeschaltet wird. Kanadische Gerichtshöfe seien nicht zuständig, da die Mohawk sich nicht als kanadische Staatsbürger sehen.

— Die ideologischen Grundlagen der Mohawk-Krieger stammen von Louis Hall, 72 Jahre alt, der in Kahnawake lebt. Er hat in den 70er Jahren ein Manifest „Der Wiederaufbau der Irokesen-Konföderation“ verfaßt. Er wendet sich gegen den Einfluß des Christentums auf die Ersten Nationen und gehört seit 1969 der Langhaus-Tradition an.

— Der Oberste Richter des Berufungsgerichts, Alan Gold, wird von Premierminister Mulroney zum Vermittler in Oka ernannt. Zugleich kündigte Mulroney an, am Wochenende würde die Polizei auf Ersuchen der Provinz Québec an den Barrikaden in Kahnawake und Kanesatake von Militär abgelöst. Das Militär habe nur die Aufgabe, Gewalt zu verhindern.

— 10. 8.: Ein Mohawk-Berater bezeichnet die geplante Entsendung von Soldaten als Kanonenbootpolitik. Die Militärs werden nach offizieller Mitteilung Auskunft nur auf Anweisung des Vermittlers tätig werden; an eine Stürmung der Barrikaden sei nicht gedacht. Zuletzt wurde die Armee 1970 im Innern eingesetzt; damals erklärte Trudeau nach Anschlägen den Ausnahmezustand in Québec.

— 11. 8.: Bei den Mohawk soll die Meinung über die Entsendung von Militär unterschiedlich sein; die Person des Vermittlers wird unterstützt. Das Militär ist noch nicht eingriffen.

— 12. 8.: 2500 Bewohner von Montréal demonstrieren gegen die anhaltende Blockade der Mercier-Brücke durch die Mohawk.

— Der Vermittler Alan Gold hat Gespräche mit den Mohawk hinter den Barrikaden geführt, über deren Ergebnisse nichts mitgeteilt wurde.

Quelle: Radio Canada International

Kanada: Forderungen der Ersten Nationen nach Anerkennung ihrer souveränen Rechte

Der Kampf der Mohawk in Oka ist Teil der Auseinandersetzung um die kanadische Verfassung

Unter dem Titel *Drum Beat. Anger and Renewal in Indian Country* (Trommelschlag. Zorn und Erneuerung im Indianerland) ist im vergangenen Jahr ein Buch in Kanada erschienen, das in acht Fallstudien wichtige Konflikte zwischen Angehörigen der Ersten Nationen und dem kanadischen Bundesstaat aufarbeitet. Sie sind von beteiligten Häuptlingen oder sympathisierenden Wissenschaftlern verfaßt. Der Vorsitzende der Versammlung der Ersten Na-

tionen, Georges Erasmus, hat dazu ein Vorwort geschrieben, in dem er die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Indianern und Kanada in den letzten zwanzig Jahren darstellt und die Änderung der Politik der Ersten Nationen begründet. Das Vorwort steht unter der Überschrift „20 Jahre enttäuschte Hoffnungen“. Wir dokumentieren zentrale Passagen vor allem aus dem ersten Teil. (Eigene Übersetzung — mif)

können, zum Vorteil jeder Person in diesem Land.

Hierfür müssen wir zu der Vereinba-

rung des Zwei-Reihen-Wampum-Vertrags zurückgehen, der zwischen den Ersten Nationen und den neu angekommenen Europäern 1664 abgeschlossen wurde.

In ganz Nordamerika haben heute die Ersten Nationen ein gemeinsames Verständnis davon, worauf man sich damals einigte: Wir würden den Europäern erlauben, bei uns zu bleiben und eine bestimmte Menge unseres Landes zu benutzen, während wir auf unserem eigenen Land weiterhin nach unseren eigenen Gesetzen leben und unsere eigenen gesellschaftlichen Einrichtungen und Regierungssysteme aufrechterhalten würden.

Wir glauben alle, daß diese Vision heute noch immer sehr reell ist und daß wir als Erste Nationen unsere eigenen Regierungen mit Rechtsprechung über unser Land und unsere Leute haben müßten. (...)

Wir müßten darüber entscheiden, welche Art von Entwicklung wir in unseren Gebieten haben wollen, und daraus Vorteile ziehen, statt daß uns eine Entwicklung aufgezwungen wird, von der Außenseitende den Vorteil haben.

Wir müßten eigene Stammes-Gerichte haben. Wir brauchen unsere eigene Kinderversorgung und Sozialleistungen. Wir müssen selber unser Ausbildungswesen verwalten — damit haben wir

gungswahn deutlich: Regierungen können nichts ins Auge fassen, was zu einer Einschränkung ihrer Macht führen könnte, selbst wenn die Ausübung dieser Macht über Siedlungen der Ersten Nationen im ganzen Land erschreckende Ergebnisse zeitigt.

Für uns hat das Ausbleiben einer Antwort zu einer Krise geführt. So haben wir im Juni 1987, angesichts der schokkierenden Gleichgültigkeit, die während der 80er Jahre von kanadischen Regierungen auf allen Ebenen zur Schau getragen wurde, eine Konferenz der Ersten Nationen einberufen, um zu prüfen, was wir als nächstes unternehmen können.

Wir mußten vier niederschmetternde Fakten zur Kenntnis nehmen:

— Der Prozeß der Anerkennung und Behandlung unserer Forderungen nach Land und Ressourcen wurde willkürlich zum Stillstand gebracht.

— Die Ministerpräsidenten hatten uns kalt auflaufen lassen, als wir versuchten, gemeinsam mit ihnen die Rechte der Ureinwohner zu definieren, die in der Verfassung verankert sind. Aus dem Vorgang des Abkommens von Meech Lake zur Ergänzung der Verfassung wurden wir vollständig ausgeschlossen und ignoriert.

— Die meisten unserer Bemühungen zur Anregung von Veränderungen im wirtschaftlichen, sozialen und Ausbildungsbereich in unseren Siedlungen wurden von einer phantasielosen Bürokratie vereitelt, deren Entschlossenheit, an ihren Kompetenzen festzuhalten, nur von der Häufigkeit übertroffen wurde, mit der sie ihre Bereitschaft bekundete, diese Kompetenzen an die Ersten Nationen abzutreten.

— Trotz für uns günstiger Gerichtsentscheidungen weigerte sich Kanada immer noch, die Bestimmungen gültiger Verträge voll einzuhalten.

Enttäuscht darüber, daß auf unsere Leute in ganz Kanada rassistisch mit zweierlei Maß gemessen wurde, beschloß unsere Versammlung, daß die Zeit für den Übergang zur direkten Aktion gekommen ist. Das war keine leere Drohung, sondern ein feierlicher Beschuß, die Art von Druck zu schaffen, von der wir hoffen, daß sie die kanadischen Regierungen zurück an den Verhandlungstisch bringt.

Seit dieser Zeit hat es eine Reihe von Konfrontationen zwischen den Ersten Nationen und dem politischen und Gewaltapparat der herrschenden Gesellschaft gegeben. In diesen Konfrontationen haben unsere Leute entdeckt, daß gewaltfreie Aktionen des zivilen Ungehorsams nicht nur Begeisterung und Solidarität in unserem eigenen Volk auslösen, nicht nur mehr Aufmerksamkeit auf unsere Leiden lenken und beträchtliche öffentliche Unterstützung außerhalb unserer eigenen Siedlungen schaffen, sondern auch die gewünschte Wirkung haben. In diesen Konfrontationen haben unsere Leute entdeckt, daß die Regierungen bezüglich unserer Vorschläge eine Art Verfolgungswahn an den Tag gelegt haben. Dieser Verfolgungswahn scheint teilweise aus der Ökonomie zu kommen: Regierungen haben Angst davor, was unsere Vorschläge kosten könnten. Jedoch sind die versteckten Kosten, die durch deren Ignorierung entstehen — Sozialhilfe, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, ganz abgesehen davon, daß so viele unserer Leute nicht in der Lage sind, in dem Umfang zur Wirtschaft und zu den Kulturen Kanadas beizutragen, wie es richtig wäre —, bereits enorm.

Die direkten Aktionen, in denen sich unser Volk engagiert, haben viele Formen angenommen:

— Die Haïda von British Columbia stellen sich den Holzfällmaschinen in den Weg, die die Aufgabe haben, die uralten Wälder abzuholzen;

— Die Lubicon im nördlichen Alberta und die Teme-Augama Anishnabai in Nord-Ontario blockieren die Straßen in ihr angestammtes Land, um zu versuchen, die Regierung dazu zu zwingen, sie anzuhören;

— Die Mohawk von Akwasasne bekräftigen weiterhin ihr souveränes Recht, die internationale Grenze frei zu passieren, wie sie es seit ewigen Zeiten gemacht haben;

— die Mi'kmaq und Maliseet von Nova Scotia ignorieren die Bemühungen der Provinzregierung, alte Jagd- und Fischereirechte zu beschneiden, die kürzest-

lich vom Obersten Gerichtshof Kanadas bestätigt worden sind;

— die Gitksan-Wet'suwet'en im nördlichen British Columbia nehmen den Präsidentenfall eines Gerichtsverfahrens auf sich, um ihren Besitzanspruch auf und ihre Rechtshoheit über Land zu bekräftigen, das sie seit jeher bewohnen;

— die Innu von Labrador betreten einen NATO-Flugplatz als Teil ihres tapferen und einsamen Kampfes gegen die Tiefflüge von Jetpiloten, die die Tierbevölkerung gefährden, von der sie abhängig sind, und die eine Jagdkultur zu vernichten drohen, die seit Tausenden von Jahren besteht;

— Die Algonquin im Tal des Ottawa-Flusses errichten aus Enttäuschung über die Weigerung von Bundes- und Provinzregierungen, mit ihnen über die schonende Entwicklung ihres traditionellen Landes zu verhandeln, ihre Zelt auf dem Parlamentshügel, der Algonquin-Land ist, werden verhaftet und der öffentlichen Ruhestörung angeklagt und blockieren später Holzfällerstraßen in ihrem traditionellen Land.

Viele dieser Kämpfe haben andere Kanadier wachgerüttelt, die rasch begrieffen haben, daß es im besten Interesse der Nation Kanada liegt, zu einer gerechten und ehrenhaften Einigung mit den Ersten Nationen zu finden. Tausende von Kanadiern, vor allem in Umweltschutz- und Bürgerrechtsgruppen, Kirchen und einigen Gewerkschaften, haben erkannt, daß der Kampf der Ersten Nationen darauf abzielt, die blinde Macht der Industriemaschinerie zu dämpfen, die sich durch das kanadische Hinterland gewaltsam einen Weg bahnt.

Die Tatsachen zeigen: Seit der Entstehung der modernen indianischen politischen Bewegung haben die Regierungen konsequent den Nachdruck unterschätzt, mit dem das Volk der Ersten Nationen in allen Teilen Kanadas seine Forderungen nach Land, Ressourcen und Selbstregierung erhebt. Diesen Forderungen wurde in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts so wenig Aufmerksamkeit gegönnt, daß ein Kabinettsdokument aus den späten 60er Jahren davon ausgeht, die kanadische Regierung könnte sämtliche Landforderungen von Ureinwohnern für 11 Mio. Dollar abgelten. In einer neueren Schätzung ist man auf die Zahl 4,8 Mrd. Dollar gekommen. Auch wenn es um viel mehr geht als um Geld, gibt die Differenz zwischen den beiden Beträgen einen Begriff für die Wirklichkeitsferne der traditionellen Reaktion der kanadischen Gesellschaft auf Forderungen der Ureinwohner. Und das erklärt vielleicht die Panik, von der ancheinend heutige kanadische Politiker bei unserer Forderung nach gerechter Behandlung ergriffen werden.

Es ist eine Tatsache, daß die kanadischen Regierungen uns seit Generationen als eine verschwindende Rasse betrachtet und uns entsprechend behandelt haben. „Ich möchte das Indianerproblem loswerden“, erklärte der Stellvertretende Beauftragte für Indianerangelegenheiten, Duncan Campbell Scott, im Unterhaus Anfang der 20er Jahre. „Unser Ziel ist es, fortzufahren, bis es keinen einzigen Indianer in Kanada mehr gibt, der außerhalb des Staatskörpers steht, und bis es keine Indianerfrage und keine Indianerbeauftragte mehr gibt.“ Klarer konnte man das nicht sagen.

„Ehe ein Vierteljahrhundert vergangen ist, werden die Wilden vielleicht nicht mehr als eine Erinnerung sein!“ schrieb ein Beamter in Quebec 1897. „Ist es klug, für Bedürfnisse dieser sich verabschiedenden Rasse, die mehr fiktiv als real sind, die Interessen der Mehrheit des Staates zu opfern?“ Sein Argument wurde fast wörtlich im Urteil eines Berufungsgerichts von Quebec wiederholt, in dem Verfahren, das die Cree der James Bay gegen das Staudammprojekt der Quebecer Regierung anstrengten.

Wir Eingeborenen waren unsere ganze Geschichte hindurch solchen Argumenten ausgesetzt. Aber wir sind nicht verschwunden; wir haben überlebt, wie wir das auch schon lange vor der Ankunft der Europäer getan haben, gleichgültig gegen welche Übermacht. Leider haben die Regierungen bis heute unverantwortlich langsam gelernt, die Tatsache zu respektieren, daß wir immer da sein werden und daß unsere Forderungen nach Gerechtigkeit, Land, Ressourcen und Selbstbestimmung über unsere eigenen Angelegenheiten nie verschwinden, sondern fair und ehrenhaft behandelt werden müssen. (...)



Ein Mohawk-Silberschmied aus Oka, Québec. Der nebenstehend zitierte Georges Erasmus schreibt über die eigenständige Kultur: „Wir können berichten, daß eine stille kulturelle Renaissance stattfindet. Viele eingeborene Künstler sind tätig und sind im ganzen Land bekannt geworden, die Sprachen werden in größerem Umfang als je zuvor unterrichtet, unsere Alten sind wieder ein wichtiger Bestandteil unserer Kultur, mehr und mehr junge Leute blicken auf sie, um mit Hilfe ihrer Weisheit den Weg zu einer Lösung unserer vielen Probleme zu finden.“

auch bereits begonnen. (...)

Wir können nicht glauben, daß unsere Vision von einem Kanada, in dem wir eine besondere und konstruktive Rolle spielen, so weit von den Wünschen gewöhnlicher Kanadier entfernt ist, daß sie unerreichbar wäre. Dennoch haben wir in unserem Kampf zur Erreichung dieses Ziels in den letzten Jahren nichts als Rückschläge erlebt. Es wäre keine Übertreibung zu sagen, daß die Regierungen bezüglich unserer Vorschläge eine Art Verfolgungswahn an den Tag gelegt haben. Dieser Verfolgungswahn scheint teilweise aus der Ökonomie zu kommen: Regierungen haben Angst davor, was unsere Vorschläge kosten könnten. Jedoch sind die versteckten Kosten, die durch deren Ignorierung entstehen — Sozialhilfe, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, ganz abgesehen davon, daß so viele unserer Leute nicht in der Lage sind, in dem Umfang zur Wirtschaft und zu den Kulturen Kanadas beizutragen, wie es richtig wäre —, bereits enorm.

Noch bedrohlicher als die finanziellen Kosten unserer Vorschläge ist für die Regierungen das, was sie als Machtverlust betrachten. Da wird eine Art Verfol-

gungswahn deutlich: Regierungen können nichts ins Auge fassen, was zu einer Einschränkung ihrer Macht führen könnte, selbst wenn die Ausübung dieser Macht über Siedlungen der Ersten Nationen im ganzen Land erschreckende Ergebnisse zeitigt.



Widerstand gegen die Unterdrückung in den Gefängnissen

Das bayerische Justizministerium zeigt sich bisher gegenüber den Forderungen der Gefangenen unnachgiebig

München. Die Revolten und Beschwerden von Häftlingen in den bayerischen Gefängnissen nehmen zu. Bereits seit geraumer Zeit hat das Justizministerium allerdings die Ursache ausgemacht:

Etwa 60 Menschen nahmen am 11.8.90 an einer Kundgebung vor der JVA Stadelheim teil (siehe Bilder). Vor allem die Vorgeschichte dieser Kundgebung zeigt deutlich die Linie der zuständigen bayrischen Ministerien.

Anlaß für die Kundgebung vor der JVA Stadelheim war ursprünglich die Verlegung von Rolf Heißler von Straubing nach München. Am 3.8. wurden dann noch weitere 100 Häftlinge, die am 2.3. auf ein Dach in der JVA Straubing gestiegen waren, nach Stadelheim verlegt. An der Dachbesteigung nahm auch Bernd Rössner teil, der nach Berichten von anderen verlegten Häftlingen ebenfalls nach Stadelheim verlegt worden soll.

80 Häftlinge waren am 3.8. von per Hubschrauber abgesetzten USK-Kommandos vom Dach geholt worden, davor und danach sollen viele Häftlinge geprügelt worden sein. Die Dachbesteigung gelang, weil mit einem Abtrennungsseil aus dem Schwimmbecken viele Häftlinge auf das Dach gezogen werden konnten. Andere Häftlinge sorgten spontan für Verpflegung, Tabak etc. Über diesen Verlauf wurde eine Informationssperre verhängt, so war in der Presse nichts über den Einsatz der Hubschrauber und des USK zu finden. Das Unterstützungs-kommando (USK) ist eine Sondereinheit der bayerischen Polizei, der Bevölkerung wurde die Aufstellung dieser paramilitärischen Einheiten im Zuge der Schüsse an der Startbahn West auf Polizeibeamte verkauft, obwohl die Pläne schon vorher in den Schubladen lagen.

Nachdem es bei Vorgesprächen beim Münchner Kreisverwaltungsreferat, an dem auch das zuständige Polizeipräsidium München anwesend war, so aus-

einwirkung von außen. Allen, die die Forderungen der Gefangenen unterstützen, weht ein scharfer Wind entgegen. Sei es, daß die Arbeit des Petitionsausschusses des Landtags oder des Unter-

suchungsausschusses behindert wird, sei es, daß Demonstrationen oder Kundgebungen vor den betreffenden JVA's durch Auflagen oder zum Teil Polizeiangebote behindert werden.

fängnisarbeit eingerichtet.

Bedrohlich erscheint es, daß das Kreisverwaltungsreferat München versuchte, die Kundgebung vor der JVA Stadelheim in Aktionszusammenhang mit der RAF zu bringen und eine Verbotsdrohung gegen die Kundgebung aussprach. Als Begründung dafür wurde folgende Stellungnahme des Polizeipräsidium München hergenommen:

„Die Auswertung des Bekennerschreibens nach dem Sprengstoffanschlag auf den Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans Neuseil, am 27.7.1990 hat ergeben, daß es eines der Ziele der RAF ist, konkrete Forderungen der „Gefangenen aus RAF und Widerstand“ gewaltsam durchzusetzen. In dem Bekennerschreiben wird weiter darauf verwiesen, daß zur Durchsetzung dieses Ziels jede Initiative, die jetzt kommt, zählt. Die beabsichtigte Demonstration vor der JVA München-Stadelheim könnte von den Veranstaltern als eine solche Initiative verstanden werden.“

Daß dann die Kundgebung dann von Seiten der Polizei nicht behindert wurde, paßt erstmal nicht in dieses Bild, zeigt aber, daß es im Staatsapparat verschiedene Kräfte gibt und daß das offensive Vorgehen bei den Behörden und beim Verwaltungsgericht München sich auf jeden Fall bezahlt gemacht hat.

Der Kampf geht weiter, es gibt einige Vorschläge für das weitere Vorgehen:
* Bayernweite Demonstration im Herbst vor dem Justizministerium.
* Einrichtung von Gefangnisbeiräten, die rechtlich möglich sind.
* Noch mehr Beiträge von Gefangenen in der fortschrittlichen Presse, bis hin zur direkten Mitarbeit. — (chl)

fängnis gehabt und freie Befragung der Gefangenen durchführen können.

— Die Gefangenen, die sich dem Untersuchungsausschuß zur Verfügung gestellt hatten, z.B. D. Zloff, spürten die volle Wut der Justiz: er wurde unmittelbar danach nach Kaisheim verlegt, dann nach Stadelheim und jetzt nach Landsberg am Lech. Dies alles in kaum einem halben Jahr. Den anderen ging es ähnlich.

— Die unerklärlichen Selbstmorde haben sich inzwischen auf fünf erhöht.

— Das Haus 3, eine anstaltsinterne Psychiatrie mit folterähnlichen Spezialzellen zur Absonderung, in der hauptsächlich gefährliche Neuroleptika wie DapotumD und LeponeX 100 zwangsverabreicht werden, besteht immer noch.

— Kleinliche Aufschluß- und Besuchsordnungen sind trotz heftiger Proteste nicht gelockert worden.

— Schikanen vom Essen bis zum Duschen sind, auch nach Berichten von Zeitungen, an der Tagesordnung.

Viele fortschrittliche Menschen haben sich in Straubing und Aichach und anderswo zur Unterstützung der Knastis zusammengefunden und gegen diese Verhältnisse protestiert. Nichts desto weniger haben sich die Verhältnisse verschärft. Und weil es diese Verhältnisse sind und nicht einzelne „Drahtzieher“ wie Zloff oder Rolf Heißler, wie das Justizministerium es gerne hinstellt, gibt es weiterhin Unruhe in Straubing:

— Anfang Juli streikten die Knastis von

Rede aus dem AK Knast auf der Kundgebung vor der JVA Stadelheim am 11. August 1990

... wir sind hier, weil wir:

— Gegen die fortlaufende Verschärfung der Haftbedingungen in den bayerischen Knästen und anderswo protestieren.

— Uns mit den Forderungen der Gefangenen solidarisieren.

— Weil wir nicht hinnehmen, daß der Strafvollzug unserer Kontrolle entzogen ist und die Sträflinge unter Verschluß und Isolation gehalten werden.

— Weil wir zusammen mit den Knastis der Meinung sind, daß nur die Solidarität von denen drinnen und denen draußen stark genug ist, staatlicher Einschüchterung zu widerstehen und den Druck, der auf uns ausgeübt wird, zu brechen.

Wie sehr die Staatsmacht darauf bedacht ist, das Gefängnis als Staat im Staat mit eigenen undemokratischen Verordnungen und Gesetzen zu erhalten, zeigen die Auflagen zu dieser Kundgebung:

Die beantragte Lautsprecheranlage wurde untersagt, um die Gefangenen von jeder Öffentlichkeit abzuschneiden. Die Anmelder dieser Kundgebung wurden in die Nähe der Terroristenszene gerückt, um von vornherein jede öffentliche Solidarität mit dieser Kundgebung zu kriminalisieren.

Die Musikgruppe, die uns und den Gefangenen zur Erheiterung spielen

wollte, aus Solidarität mit den aufständischen Gefangenen, kann jetzt nicht auftreten.

Aber wir werden kundtun, wofür und wogegen wir sind, auf welcher Seite wir stehen:

1. Die Vorgänge in der JVA Straubing sind nicht Folge einer unfähigen Anstaltsleitung, sondern Zeichen für eine zunehmende Verschärfung der Haftbedingungen, die im Zuge verschärfter staatlicher Ausbeutungs- und Unterwerfungsmaßnahmen zu erklären sind.

Nachdem Anfang dieses Jahres ca. 300 Gefangene aus Straubing trotz massiver Einschüchterung von Seiten der Anstaltsleitung mit einer Petition an die Öffentlichkeit getreten sind, sich u.a. über die Absetzung ihrer gewählten Vertretung, über die Behandlungspraxis im Haus 3 und über ihre Arbeitssituation beschwert haben, ist ein Untersuchungsausschuß eingerichtet worden, der weit mehr an die Öffentlichkeit brachte, als es vermutet wurde. Und was ist geändert worden: rein gar nichts!

Der Untersuchungsausschuß mußte als demokratisches Feigenblatt herhalten, um die Öffentlichkeit zu beruhigen. Aber es gibt keinen Grund zur Ruhe, weder für die drinnen, noch für uns draußen:

— bis heute hat noch kein demokratisch legitimierter Ausschuß Zutritt zum Ge-

Presseerklärung

Bereits am 31.7.90 wurde im Auftrag des AK Knast, ein parteiunabhängiger Arbeitskreis, der sich u.a. mit den Zuständen in den bayerischen Knästen befaßt, vor der JVA Stadelheim eine Kundgebung angemeldet.

Mit der Kundgebung am 11.00 vor der JVA Stadelheim sollten folgende Forderungen unterstützt werden:

- Gegen die Zwangsverlegung von Rolf Heißler von Straubing nach München
- Für die Erfüllung der Forderungen des Knastaufstandes in Straubing
- Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen
- Zusammenlegung der politischen Gefangenen
- Schaffung von freien Gefangenkollektiven
- Solidarität mit den hungerstreiken Gefangenen in Spanien

Das Kreisverwaltungsreferat München verbot in einem Bescheid vom 8.8.90 den Einsatz eines Lautsprecherwagens, den Einsatz einer Verstärkeranlage und die Aufstellung einer Bühne.

Beim Verwaltungsgericht München konnte am 9.8.90 wenigstens das Aufstellen einer Bühne für die Redner durchgesetzt werden.

Das kommt einem Redeverbot nahe. Die Öffentlichkeit kann nur eingeschränkt in die Kundgebung einbe-

zogen werden. Die Gefangenen sollen die Kundgebung offensichtlich überhaupt nicht wahrnehmen können.

Daß auch in der JVA Stadelheim ein Aufstand befürchtet werden muß, liegt nicht an der Kundgebung, sondern an den tatsächlich vorhandenen Mißständen. Je nach Lage in der JVA will die Anstaltsleitung jetzt sogar die Umgebung der JVA zu einem Art Ausnahmegebiet erklären.

Nachdem die zuständigen Behörden befürchteten, daß die starken Auflagen dem Verwaltungsgericht unbegründet erscheinen könnten, versuchten sie den Veranstaltern durch unzureichende Hinweise aus Polizei- und Verfassungsschutzquellen zu unterstellen, daß sie rechtswidrige Kontakte unterhielten und mit der Kundgebung gewaltsame Ziele verfolgen würden.

Wie „normale“ Bürger angesichts solcher, bis zur Verleumdung reichender Behinderungen und Repressalien der Behörden noch ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen sollen, bleibt offen.

Die Veranstalter werden auch versuchen, eine Nichtigkeitserklärung von den Behörden bzgl. der beim Verwaltungsgericht eingebrochenen Voraussetzungen zu erreichen.

Für den Herbst ist bis jetzt u.a. eine große Kundgebung vor dem bayerischen Justizministerium vorgesehen.

— (AK Knast München, 10. August 1990)

Haus 2 der JVA Straubing. Als Rolf Heißler der Anstiftung bezichtigt wurde und in Arrest gesetzt wurde, unterschrieben ca. 360 von 800 Gefangenen eine Resolution für seine sofortige Überstellung in den Normalvollzug.

Vier Wochen später streikten wieder über einhundert Straubinger Gefangene und wurden mit Polizeigewalt vom Dach der JVA geholt. Diese hundert wurden vorgestern nach Stadelheim gebracht und in 16 Gruppen auf die verschiedenen Abteilungen verlegt. Die restlichen 700 Straubinger Gefangene sind seit Mittwoch unter Einschluß, d.h. sie dürfen die Zelle nicht verlassen, Arbeit und Hofgang sind untersagt, weil „Hinweise auf gefährliche Aktivitäten vorliegen“.

Welche Forderungen stellen die Gefangenen auf? Neben Forderungen zu Aufschlußzeiten, freie Programmwahl in Rundfunk und Fernsehen, freie Möglichkeit zum Briefschreiben, Besuche zu empfangen, zu telefonieren — schlicht Kontakt zur Öffentlichkeit zu haben —, werden in Presse und Rundfunk vor allem die Forderung nach Schlafierung des Hauses 3 genannt und die Forderung nach tariflichem Arbeitslohn und Aufnahme in die Renten- und Krankenversicherung.

Zur Abschaffung von Haus 3 braucht ich nichts mehr zu sagen.

Was ihre Situation als arbeitende Menschen angeht muß man wissen, daß heute ein Gefangener in der Regel nur 5 % des durchschnittlichen Monatseinkommens der BRD verdient, ohne dabei in die Kranken- oder Rentenversicherung aufgenommen zu sein. Diese „Zwangarbeit zum Spottpreis“ (die Grünen) kommt vor allem den Bediensteten zugute. Sie haben Anspruch z.B. auf 500 Arbeitsstunden im Handwerksbereich pro Jahr. So soll es auch bleiben, wenn es nach dem Straubinger Anstaltsleiter Otto ginge. „Der Strafvollzug darf nicht erstrebenswert werden“, warnte er auf einer Anhörung beim Bundestag, bei der eine annähernd tarifliche Bezahlung der Gefangenen erörtert wurde.

So hat sich z.B. der stellvertretende Anstaltsleiter von Straubing und der von Regensburg so sein Haus bauen lassen. Andere lassen sich ihre Wohnung renovieren, ihre Autos reparieren, ihre Gärten bestellen. 30 % Einsparung bei voller Qualitätsgarantie!

Verschärfe Haftbedingungen, billige Nutzung der Arbeitskraft — das ist allem ein Merkmal politischer Unterdrückung, wie wir aus der Geschichte wissen. In eindrucksvoller Weise hat eine Veranstaltungsreihe der Fachschaft Psychologie der Uni München nachgewiesen, daß die Methoden der Psychologen, die in Gefängnissen solche Maßnahmen flankieren sollen, denen ähnlich sind, die gebraucht werden, um die Ausbeutungsrate der Arbeiter in den Betrieben zu erhöhen.

Wir sind hier, um die Forderungen der Frauen und Männer in den bayerischen Gefängnissen zu unterstützen und öffentlich zu machen ...

entnommen aus NiD 17/1990

Gegen Revanchismus

Abschaffung der Revanchistenförderung gefordert

Elmshorn. Wir haben 1990 und es ist kurz vor dem 51. Jahrestag des Überfalls der faschistischen Armee auf Polen:

Günther Friedrich, Elmshorn, neuer Sprecher der pommerschen Landsmannschaft, wird seine Zustimmung zur Grenzziehung an Oder und Neiße nicht geben. Die Dittchenbühne e.V. fällt wie ganz selbstverständlich in Polen ein, unterschlägt bei ihrer Reiseankündigung in den „Elmshorner Nachrichten“ die polnischen Städte- und Ortsnamen und hält die reichsdeutschen Bezeichnungen parat. Du gehst die Schulstraße in Höhe Rathaus an einem grauen Gemäuer entlang: „Deutschland in den Grenzen von 1937“ ist zur Stelle. Den Bahnhof erreicht, gibt es schon wieder Orientierungshilfen: Reichenberg, Breslau, Memel, Königsberg, Danzig und nicht zuletzt Stargard mit genauen Kilometerangaben. Alles das markiert, wie es sich in Wirklichkeit in dieser Stadt mit der Anerkennung der polnischen Westgrenze verhält. Nämlich gar nicht.

Aber da hat es doch einmal vor fünf Jahren, nachdem ein Antrag des Antifaschistischen Bündnisses zur Aufhebung der revanchistischen Stargard-Patenchaft, vorgetragen von der WGE, scheiterte, eine von der SPD beantragte Absichtserklärung gegeben: „Die Stadtverordneten erklären: 1. Die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens ist endgültig und unantastbar.“ Daraus folgt, ohne Atem zu holen, der folgenschwere Satz: „Sie erklären, daß 2. die Kultur- und Traditionspflege“ aus den ehemals deutschen Ostgebieten fördernswert ist

Diese „Kultur- und Traditionspflege“ hat nur leider die Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze zu ihrem höchsten Kulturgut erhoben. Also einen Schritt zurück und gleich wieder einen vor, und wir bleiben da, wo wir vorher waren. Mehr noch: Für diejenigen, die



Das Revanchistendenkmal hatte schon einmal seinen völkerrechtswidrigen Charakter verloren. Die erneute Herrichtung muß rückgängig gemacht werden und das Gemäuer endlich verschwinden.

die Niederlage des Nazifaschismus nicht anerkennen wollen, gibt es einen extra Haushaltsposten und damit harte Währung. Für den Heimatkreisausschuß Stargard und für die Dittchenbühne.

Die SPD sollte nach fünf Jahren Absichtserklärung doch einmal überprüfen, was denn das Papier wert ist. Wo der westdeutsche Imperialismus sich allmählich den Kopf mit der DDR füllt, die polnische Regierung unruhig wird, ist es langsam höchste Zeit, die tatsächliche politische Lage zu begreifen und mit der Anerkennung der Grenzziehung ernst zu machen. Bürgermeister Lutz handelte sich bei seinen „Bemühungen der Stadt, partnerschaftliche Kontakte zum heutigen Stargard zu knüpfen“, wie es der dritte Satz des Beschlusses von 1985 vorsah, schlussendlich folgende Antwort der Botschaft der Volksrepublik Polen ein: „... daß polnischerseits Kontakte mit denjenigen Städten der Bundesrepublik Deutschland, die die von den „Vertriebenen“-Verbänden geprägte sogenannte Patenschaften ausüben, aus Prinzip nicht in Erwägung gezogen werden. Es ist wohl bekannt, daß die Zielsetzung und Tätigkeit der „Vertriebenen“-Verbände und der ihnen untergeordneten Landsmannschaften im krassen Widerspruch zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland stehen.“

Wir sollten dem Stadtverordnetenkollegium eine Brücke bauen und ihm einen Maßnahmenkatalog, der sich aus der Überprüfung des 1985 gefassten Beschlusses ergibt, vorschlagen:

— Abschaffung aller Institutionen, Gegenstände, Einrichtungen und Haushaltstitel, die die Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze beinhalten und fordern! — (rua)

18. August 1990, 13.30 Uhr: Mobilisiert nach Wunsiedel!

München. Faschistische Gruppen mobilisieren inzwischen sehr massiv, bundesweit und aus „überseeischen Gebieten“ (?!). Aufgerufen wird von NL, NO (Nationale Offensive), Kameradschaft Rudolf Hess. Sie mobilisieren bereits für 16 Uhr (offiziell 16.30 Uhr) und wollen den „roten Horden Ordnung beibringen“. Bei solchen Drohungen scheint es nicht zu bleiben. Am 25. Juli ging im KOMM in Nürnberg eine Bombendrohung ein. Dort beschäftigen sich seit zwei Monaten einige Menschen mit dem Faschistenaufmarsch in Wunsiedel. Zur selben Zeit fand im KOMM eine Ausstellung über faschistische Organisationen statt. In der Nacht vom 21. auf den 22. Juli wurde das Reichsparteitagsgelände mit faschistischen Schmierereien übersät. Ferner liegen Informationen vor, nachdem die Faschisten anreisende Antifaschisten angegriffen wollen. — (chl)

Nach Protest in Moabit: bessere Haftbedingungen

Westberlin. Anfang des Jahres hatten die Untersuchungshaftlinge der JVA Moabit Aktionen zur Verbesserung der Haftbedingungen durchgeführt, die von außen mit Kundgebungen und Flugblättern unterstützt wurden. Die Justizsenatorin führt jetzt Reformen durch: Errichtung eines Beratungszentrums, das bei Drogenproblemen, bei Entlassungen und zu Zivilrechtsfragen die Gefangenen unterstützen soll. Gruppenarbeitsräume werden für Sprach- und Zeichenkurse eingerichtet. Zur Hauptforderung der Gefangenen, Abschaffung des 23-Stunden-Einzel Einschlusses, ist vorgesehen: 52 Hafräume werden zur Doppelbelegung eingerichtet. Häftlinge sollen jetzt bis zu zwei Stunden andere Gefangene besuchen können. In bestimmten Stationen sollen sie sich an zwei Tagen wöchentlich frei bewegen können. Alles ist aber an persönliche Voraussetzungen gebunden und bedarf der Zustimmung des Untersuchungsrichters. — (ard)

Aktionen am Anti-Kriegstag in der Innenstadt geplant

Essen. Zum 1.9. planen verschiedene Kräfte gemeinsame Aktionen zum Anti-Kriegstag in der Essener Innenstadt. An einem Treffen auf Einladung des Essener Friedensforums beteiligten sich u.a. DKP, Greenpeace, MLPD, Pax Christi, Volksfront. Vereinbart wurde, daß andere eingeladen werden, sich mit Info-Tischen u.ä. zu beteiligen. Es sind kurze Kundgebungsreden geplant, die die verschiedenen politischen und sozialen Interessen gegen Rüstung und Krieg zum Ausdruck bringen sollen. Außerdem soll zum 1.9. ein A3-Flugblatt erscheinen, an dem sich u.a. VVN/BdA, BWK, Volksfront, Feyka Kurdistan und die Antimperialistische Initiative Essen beteiligen werden. — (syb)

Asyl in NRW: Bleiberecht und Sammellager

Düsseldorf. Seit dem 19.6. 1990 ist in NRW die sog. Altfallregelung in Kraft. Sie soll ehemaligen Asylbewerbern, die bisher als sogenannte „de-facto-Flüchtlinge“ aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden, und Ausländern ohne Rückkehrmöglichkeit nach langjährigem Aufenthalt einen festgestellten Aufenthaltsstatus verschaffen. Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis wird ihnen nicht gegeben. Der Erlaß sieht vor, daß Familien, die sich seit mindestens fünf Jahren in NRW aufzuhalten (acht Jahre für Alleinstehende), eine Aufenthaltsauskunft erhalten können. Der Erlaß von Innenminister Schnoor (SPD) birgt jedoch zahlreiche Ausschlußbestände in sich, so im Regelfall bei Sozialhilfebezug. Da der Erlaß hier interpretationsfähig ist, wird es zunächst in den Kommunen zu unterschiedlichen Auslegungen kommen. So ließ die Stadt Gelsenkirchen über die Presse mitteilen, daß es in Gelsenkirchen angeblich keine Flüchtlinge mit einem Bleiberecht nach dem Runderlaß gibt. Im Gegensatz dazu gibt die AWO Essen an, in Essen würden 300–400 Personen, überwiegend libanesische Familien, von der Regelung erfaßt. Die AWO Essen hat in einer Stellungnahme den Erlaß als unzureichend kritisiert. Gleichzeitig fordert CDU und FDP von der Landesregierung die Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern und die weitere Beschleunigung der Asylverfahren. Ob die Landesregierung dem nicht doch nachkommt, ist nicht sicher. Auch die Sozialdezernenten der Ruhrgebietsstädte (SPD-regiert) verlangen zumindest die Einrichtung eines zentralen Aufnahmelagers, um die Kommunen zu entlasten. — (kro, syb)



Oskar Lafontaine hat eine von CDU-Bürgermeister und Einzelhandelsverband im saarländischen Lebach organisierte Kampagne gegen Roma („Wir sind gegen ein Zigeunerlager Lebach“) zum Anlaß genommen, eine Grundgesetzänderung beim Asylrecht zu verlangen. Durch Verordnung sollen Länder bestimmt werden können, deren Bürger keinen Asylantrag stellen dürfen. Bild: Lager Lebach. — (bab)

Roma besetzen niederländisches Generalkonsulat

Gegenwehr von asylsuchenden Roma gegen staatliche Verfolgung und rassistische Angriffe

Hamburg. Die Lage der asylsuchenden Roma in der BRD hat sich in den letzten Monaten drastisch zugespielt: Diffamierende, hetzerische Äußerungen von Gemeindevertretern in altbekannter rassistischer Manier, organisierte An-

griffe von Rechtsradikalen auf Wohnlager von Roma, Abschiebungen als Nacht- und Nebelaktionen — all das sind keine Einzelaktionen mehr, sondern brutaler Alltag für einige hundert Romfamilien in der BRD.

In der letzten Juniwoche hatte der Bremer Innensenator einen Roma, dessen Asylantrag abgelehnt worden war, aus Bremerhaven nach Jugoslawien abgeschoben. In Bremerhaven leben zur Zeit ca. 150 von Abschiebung bedrohte Roma. Diese Maßnahme ist besonders infam, da sie unter Umgehung des Anwalts des Roma vollzogen wurde. Außerdem hatte Bremen noch im Frühjahr einen Vorschlag für ein Bleiberecht der Roma in der BRD im Bundesrat eingebracht, war allerdings damit gescheitert. Jetzt erklärt die Innenbehörde lapidar, sie hätte schon bei etlichen Kurden Ausnahmen gemacht, das Maß sei voll.

Daraufhin machten sich etwa fünfzig Roma, überwiegend Frauen und Kinder, auf den Weg nach Hamburg und besetzten das niederländische Generalkonsulat. Mitglieder der Romagruppe aus Bremerhaven hatten sich im Juni an einer Blockade an der Grenze der BRD zu den Niederlanden beteiligt. Die niederländische Regierung hatte damals zugesagt, zu prüfen, ob sie weitere Roma aufnehmen könnten. Die Niederlande sind lange Zeit das einzige europäische Land

gehalten hat: Für nomadisierende Roma sind dort feste Plätze mit ausreichenden sanitären Anlagen eingerichtet, stationäre schulische Betreuung wird gesichert und das Wandern nicht diskriminiert. Zusätzlich werden Eingliederungsprogramme für Kinder und Erwachsene durchgeführt, um ihnen eine Niederlassung zu erleichtern. Die Aktion der Roma im niederländischen Generalkonsulat geht offensichtlich noch davon aus, daß es möglich ist, die Verfolgungspolitik der BRD in der Tradition der Nazis gegenüber den Roma im europäischen Ausland zu diskreditieren und antifaschistische Kräfte dort zu gewinnen. Allerdings ist der Erfolg dieser Taktik ziemlich ungewiß. Die BRD hat das neue Ausländergesetz gerade auch deswegen so vehement und schnell durchgezogen, um in den EG-Ländern Druck in die gleiche Richtung zu machen, auch in den Niederlanden soll die Ausländergesetzgebung verschärft werden.

Noch am gleichen Tag jedenfalls räumte nachmittags die Polizei unter Gewaltanwendung das niederländische Konsulat in Hamburg. Während der Ge-

AL: Verfassungsschutz unkontrollierbar

Westberlin. Die AL zog Bilanz über ihr Bemühen, die „bundesweit beste Form“ der parlamentarischen Kontrolle wahrzunehmen. Sie sieht sich bestätigt, daß Verfassungsschutz und Demokratie unvereinbar sind und er aufgelöst gehöre. Die anderen Parteien zeigten wenig Aufklärungsbedürfnis. So hat die AL von 39 behandelten Vorgängen 21 auf die Tagesordnung gesetzt. Neunmal gelang es ihr, die Aufhebung der Geheimhaltung durchzusetzen, während andere Parteien dies widerspruchslos hinnehmen. Die AL kritisiert außerdem mangelnde Fachauffassung durch den Innenminister, zögernde personelle Konsequenzen, mangelnde Mitarbeit der VS-Mitarbeiter bei der Aufdeckung von „Fehlentwicklungen“ und keine eindeutigen Regelungen zu Informationsbeschaffung und -austausch. — (ard)

Rassistische Hetze: Rücktrittsforderung bekräftigt

Hannover. Der CDU-Ratscherr, Rotermund, hat die Vertreibung von Sinti und Roma aus der Stadt gefordert. Der Rücktrittsforderung der GABL hat sich jetzt der Personalrat des Jugendamtes angeschlossen wegen Beleidigung einer ethnischen Minderheit und Schürung von Rassismus. Der Stadtjugendring hat sich gegen die Hetze verwahrt. Der stellvertretende SPD-Ratsvorsitzende hat eine Entschuldigung als „das mindeste“ bezeichnet. Ein Verwaltungssprecher hat die Vorwürfe, die Sinti und Roma beschmutzten den Platz, vor dem Bezirksrat zurückgewiesen. Rotermund will in einem Gespräch mit Sinti und Roma die Angelegenheit vom Tisch fegen. — (bec)

Erneut Friedhofsschändung

Demonstration in Tübingen/Schweigemarsch in Stuttgart

Stuttgart. Am 21.7. demonstrierten in Tübingen mehrere hundert Menschen gegen zunehmenden Naziterror. Die Stadt Tübingen hatte dazu aufgerufen. Im Aufruf der Fachschaften der Uni, von Antifa-Gruppen, Frauengruppen, VVN/BdA, DKP, Grüne-Kreisverband/Kreistagsfraktion, VSP u.a. heißt es:

„In der Nacht zum Sonntag wurden auf dem Tübinger Gräberfeld X Grabsteine der Opfer des Nationalsozialismus und Gedenktafeln, die ihrer erinnern, mit antisemitischen Parolen und Hakenkreuzen besprüht bzw. verwüstet. Dann wurden die Trümmer der Mahntafel vor den Eingang des „Schwäbischen Tagblattes“ gekippt und die antikommunistische Parole „Rotfront verrecke“ ans Nebengebäude gesprüht.“

Die faschistische Grabschändung, die sich gegen die Opfer des Nazi-Terrors richtet, reiht sich ein in die jüngsten nationalsozialistischen Exesse in Tübingen und anderswo, bei denen mittlerweile sogar gezielte Angriffe auf Menschen, bis hin zu deren Ermordung auf der Tagesordnung stehen. Der Faschismus gedeiht im Wettkampf der Parteien um das deutsch-nationale Volksempfinden und will »endlich aufräumen« mit der Schuld der deutschen Vergangenheit. Wer sich so in der Zurschaustellung deutsch-nationaler Gesinnung überbietet, bereitet den neuen und alten »großdeutschen« Träumern von der Vorherrschaft in Europa den Boden ... Ein nur allzu deutlicher Ausdruck dieser Entwicklung ist das neue Ausländergesetz ...“

Am 28.8. schändeten faschistische Verbrecher den jüdischen Friedhof in Stuttgart-Steinhaldenfeld: Auf 73 Grabsteine schmierten sie Hakenkreuze, meißelten Inschriften und Davidsterne weg, sprühten auf die Aussegnungshalle: „Juden raus“, „Jude verrecke“, „Bald fliegt alles auf — 6 Mill. Lügen“, „Sieg Heil“ und „Loge 750“. Der Polizei gibt das alles Rätsel auf. Sie behauptet, in Stuttgart gäbe es, „abgesehen von ein paar Jugendlichen, die sich rechtsradikal gebärden“, keine nennenswerte rechts-extremistische Szene.

Am Freitag darauf folgten fast 2000 Menschen dem Aufruf der Stadt und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit zu einem Schweigemarsch in Stuttgart. Auch DGB und VVN hatten zur Beteiligung aufgerufen. Einige Transparente waren: „Wir protestieren gegen die Schändung des jüdischen Friedhofs!“, das von den Lokalpolitikern an der Spitze getragen wurde, und: „Junge und alte Antifaschisten fordern: Nie wieder Faschismus — nie wieder Krieg!“ von der VVN. Eine junge Frau trug ein Schild: „Juda soll leben!“ Die Initiative „Nie wieder Deutschland“ verteilte ein Flugblatt. — (ulk)

Erst Konti-Schicht — jetzt dicht?

Kabelmetal Electro GmbH will Werk in Stuttgart schließen

Stuttgart. Mit einem Preisverfall bei Kabeln begründet Kabelmetal die Absicht, das Werk für Glasfaser- und Kupferkabel, früher SEL, zu schließen. Der Betriebsrat bestreitet diese Begründung: Zahlen seien bisher nicht vorgelegt worden, selbst die minimalsten Anforderungen des Betriebsverfassungsgesetzes seien umgangen worden.

In einer Pressemitteilung vom 25.7. bezeichnet die IG Metall den Aufkauf des Kabelwerks mit nachfolgender Schließung als eine von vorneherein geplante Maßnahme, mit der der Alcatel-Konzern einen Fertigungsstandort für Glasfasern in der Bundesrepublik aus dem Weg räume, um die Belieferung des Marktes durch Alcatel Frankreich abzusichern. Konkurrenz kommt in der BRD dann nur von Siemens.

Kaum drei Jahre alt ist das Werk für die Glasfaserfertigung, mit öffentlichen Mitteln subventioniert und von der Landesregierung als Musterbeispiel zukunftsrichtiger Hochtechnologie hingestellt. Mit der Schließungsabsicht schon im Auge wurde ein Teil der Belegschaft gegen heftigen betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstand in die Vollkontischicht einschließlich Wochenendarbeit hineingetrieben.

Alcatel bietet Ersatzarbeitsplätze innerhalb des Konzerns, u.a. in einem geplanten neuen Werk in Nordfrankreich.

DPG: Einigungsvertrag bedroht Tarifautonomie

Hannover. Der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), van Haaren, hat verfassungsrechtliche Bedenken gegen den geplanten zweiten Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR geltend gemacht. Die bisher bekanntgewordenen Bestimmungen zu den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst verstießen gegen die Tarifautonomie. Van Haaren betonte, in dem Staatsvertrag würden Möglichkeiten zur Entlassung aus dem öffentlichen Dienst wesentlich erweitert. Zugleich würden bestehende tarifvertragliche Regelungen beschränkt, die diesen Vertragsbestimmungen entgegenstünden. Die DPG in der DDR habe Tarifverträge mit weitgehendem Rationalisierungsschutz abgeschlossen. Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 2.8.1990 — (kar)

Erweiterung der Ausnahmen vom Ladenschluß geplant

Essen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung will für das Gebiet um den Baldeneysee und für Essen-Kettwig Ausnahmen vom Ladenschlußgesetz zulassen. Hier soll es künftig auch sonntags möglich sein, Badegegenstände, Früchte, alkoholfreie Getränke, Tabakwaren, Blumen, Zeitungen und „Waren, die für diese Orte kennzeichnend sind“, zu kaufen — insbesondere das letztere ist eine Gummiformulierung. Die Begründung des Verordnungsentwurfs: Ausflugs- und Erholungsverkehr. Von Gewerkschaftsseite wird dagegen gehalten, daß die zusätzlichen Öffnungszeiten zu noch stärkeren Belastungen vor allem des Verkaufspersonals in kleineren Geschäften führen wird. — (wof)



Eine Jahresarbeitszeit von 2000 Stunden pro Beschäftigtem haben die Arbeitgeber des privaten Rundfunks bei den Verhandlungen um den ersten Manteltarifvertrag mit der IG Medien gefordert. Die IG Medien lehnt dies ab. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten haben im MTV eine Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden. Weitere Verhandlungen sollen am 30.8. (Hamburg) und am 18.9. (München) sein. — (nir)

Stahl-Tarifverhandlungen beginnen noch im August

IG Metall fordert erneut Angleichung des Tariflohnlevels bei Stahl an das von Metall

Essen. Noch im August sollen die Tarifverhandlungen für die 160 000 Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie NRW und Bremen beginnen. Die Tarifkommission der IG Metall hat einen deutlichen Schwerpunkt auf den Lohn gelegt. Neben der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und anderen Forderungen will sie eine Vorwegan-

hebung des Ecklohns um 0,41 DM pro Stunde bzw. 60 DM im Monat, 10 % mehr Lohn und Gehalt und die Erhöhung der Jahressonderzahlungen. Äußerung der Kapitalisten machen deutlich, daß die angestrebte Angleichung im Tariflohniveau der Stahlindustrie an das der Metallindustrie ohne Kampf kaum zu haben sein wird.

Beim letzten Abschluß im Februar 1988 ist es den Stahlkapitalisten gelungen, ihr jahrelang verfolgtes Ziel einer Abkopplung der Stahltariflöhne von den Metalllöhnen weitgehend durchzusetzen. Durch zeitversetzte und niedrigere Erhöhungsraten liegt der tarifliche Ecklohn in der Stahlindustrie NRW inzwischen 1,23 DM oder 9,3 % niedriger als der Ecklohn der metallverarbeitenden Industrie NRW. In der vergleichbaren Angestelltengruppe 6 gibt es nach Angaben der IG Metall sogar Unterschiede von bis zu 1 142 DM oder 25 %.

Wie eng die finanziellen Verhältnisse vieler Stahlarbeiter sind, machen die derzeit hohen Überstundenanteile deutlich. Auch die Einmalzahlungen, die die Stahlkonzerne in den letzten Jahren gezahlt haben, haben die Lohnsituation nicht verbessern können. Sie fielen unterschiedlich hoch aus, waren mehr oder weniger „gewinnorientiert“ und es gab sie längst nicht in allen Betrieben.

Doch nicht nur deswegen steht die Lohnforderung für die Stahl-Belegschaften in diesem Jahr an vorderster

Stelle. Um 13,4 % stieg die Produktion in den letzten beiden Jahren des Stahlbooms, auch 1990 wollen die Stahlkonzerne erneut die Spitzleistung von 41 Mio. Jahrestonnen erreichen. Die Belegschaften wurden im gleichen Zeitraum jedoch um weitere 11 600 Beschäftigte abgebaut. Die Produktivität stieg in den letzten zwei Jahren um 20 %, und sie soll weiter steigen: Ein „Strategiekonzept“ von Thyssen peilt bereits das Ziel von drei statt bisher 4,4 Arbeitsstunden pro Tonne Rohstahl.

Die Stahlkapitalisten haben die Forderungen der IG Metall schroff abgelehnt. Sie ließen „jeglichen realistischen Bezug“ vermissen, zumal sich die Stahlindustrie in einer „Abschwungphase“ befände, erklärte ein Sprecher des Kapitalistenverbands. Tatsächlich hatte insbesondere Thyssen Anfang Juli in einigen Bereichen Kurzarbeit angemeldet. Der Grund war jedoch kein „Abschwung“, sondern nach Aussage des Vorstands das übliche Sommer-Auftragsloch, außerdem sollten die Preise für einige Stahlsorten höher getrieben

werden. Inzwischen sind die Aufträge eingänge ungewöhnlich stark gestiegen, die für August angemeldete Kurzarbeit wurde praktisch nicht umgesetzt und auch offiziell wieder zurückgenommen.

Die Kapitalisten werden in dieser Situation einen Streik vermeiden wollen. Bedingungen, die von den Kapitalisten betriebene Lohndifferenzierung zwischen Stahl- und Metallindustrie rückgängig zu machen, sind also vorhanden, und dies wäre schon ein Erfolg. Die zuständigen Bezirksleitungen der IG Metall und der Hauptvorstand treffen bisher allerdings keine ernsten Vorbereitungen, dieses Ziel durchzusetzen. Dringend nötig wäre Kritik an der Expansionspolitik der Stahlkonzerne, die inzwischen fast alle dabei sind, den Aufkauf ganzer Betriebe in der DDR vorzubereiten. Die Position der IG Metall ist in dieser Frage jedoch schwach, solange sie gegenüber der IG Metall der DDR selbst Einverleibungspolitik betreibt.

Quellenhinweis: „Metall“ 29.6.; „WAZ“ 67; „Der Gewerkschafter“, 8/90; „Nachrichten Stahl- und Metallindustrie“, 17/1990 — (wof)

DIW zum Großraum Berlin

Arbeitsmarkt und Städtebau konzerngerecht

Westberlin. In seinem Wochenbericht 29/90 vom 19.7. fordert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung den Abbau der Berlinhilfe bereits ab 1991. Die Unternehmersubventionierung in Höhe von ca. 6 Mrd. DM soll bis 1993 ganz enden, die Arbeitnehmerzulage von 8 % plus 49,50 DM Kindergeld soll bis 1996 auslaufen.

Bereits im Wochenbericht 18/90 hatte das Institut Argumente für die Streichung geliefert: Zwar konnte nicht gelehnt werden, daß die Löhne in vergleichbaren Ballungsgebieten wesentlich höher liegen, z.B. in Hamburg um 10,1 %, aber durch einen Strukturvergleich wird der Unterschied weggerechnet. Noch im Vorjahr hatte eine Analyse der Daten für 1986 (jetzt waren Zahlen von 1988 verwendet worden) trotz Strukturvergleich einen die Berlinzulage rechtfertigenden Unterschied ergeben. Die Vermutung liegt nahe, daß die Zulage entfallen kann, weil die Lohnabhängigen in der jetzigen Lage sich nur schwer einen Ausgleich von den Unternehmen holen können.

Die DIW-Analyse „Großraum Berlin Strukturen, Chancen, Risiken“ im Wochenbericht 22/90 untersucht das Gebiet um Berlin mit einem Radius von 60 km von der Stadtmitte als entstehende künftige Wirtschaftsregion. Für dies Gebiet erwarten die Wirtschaftsforscher ca. 300 000 Arbeitslose bei einer Gesamtbeschäftigungszahl von 2,2 Millionen. Auf das DDR-Gebiet sollen davon über 200 000 entfallen. Insbesondere erfordere der bürokratische Wasserkopf aus staatlicher Verwaltung (37 % der Beschäftigten) und der Leitung von 18 Kombinaten drastische Reduzierungen. Ein Gutteil werden wohl Säuberungen sein. Zum anderen wird die vor allem industrielle Struktur für veraltet gehalten. 38 % der Industriebeschäftigten sind in der Elektroindustrie tätig. Mit 27,7 % (Berlin/DDR) und 34,2 % (DDR-Umland) liegt der Anteil der Industriebeschäftigten erheblich über dem in Westberlin mit 21,3 %. „So ist zu erwarten, daß in den Betrieben Ost-Berlins und des Berliner Umlandes Arbeitskräfte in erheblichem Umfang freigesetzt werden. Ein erheblicher Teil davon wird — soweit andere (neue) Arbeitsplätze noch nicht zur Verfügung stehen — auf den West-Berliner Arbeitsmarkt drängen“, stellt der Bericht fest. Entsprechende Folgen sind seit der Währungsunion bekannt: Die Hälfte der 4000 Beschäftigten der Elektronik GmbH Teltow tritt Kurzarbeit an ohne Beschäftigung, nur für 265 gibt es Umschulungen. 900 von 1600 Beschäftigten des Zentrums für Forschung und Technologie sind bereits entlassen. Die Forschungs- und Entwicklungskräfte des ehemaligen Kombinats Nachrichten-Elektronik werden von SEL nicht mehr

benötigt. Daß sich bereits jetzt auf fast alle freien Stellen in Westberlin DDR-Bürger bewerben ist die zwangsläufige Folge ebenso wie eine Hochkonjunktur der Zeitarbeitsfirmen.

Weiter stellt das DIW fest, daß selbst in der Hauptstadt die Pendlerverflechtung sehr gering ist: Von 1,1 Mio. Arbeitsplätzen waren nur 80 000 mit Pendlern besetzt, während in Hamburg auf weniger als eine Million Arbeitsplätze 175 000 Pendler kommen.

Weiter wird die Westberliner Produktionsstruktur ebenfalls als ungünstig angesehen. Durch die Berlinförderung haben sich Produktionen angesiedelt, die sich normalerweise in Ballungsgebieten nicht ansiedeln: z.B. die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, in der Elektroindustrie vor allem Massenfertigungen mit geringer Fertigungstiefe. Dagegen fehlen die produktionsnahen Dienstleistungen, für die gerade die großen Universitäten und Forschungseinrichtungen in der Stadt geeignete Ansiedlungsvoraussetzungen bieten.

Für die neue Struktur der Erwerbstätigkeit soll der Großraum Berlin nach den Vorstellungen der DIW-Planer den Suburbanisierungsprozeß anderer Ballungsgebiete nachholen: „Die Nachfrage nach Büroflächen im Kern führt ... zur Verdrängung wenig rentabler Wohnnutzung durch rentable Gewerbenutzung ... Betriebe des produzierenden Gewerbes werden an den Rand des Ballungsraums verlagert; dadurch werden Flächen im Kerngebiet für Dienstleistungsunternehmen mit hoher Flächenproduktivität verfügbar ... Städtebauliche Quartiere, die aufgrund der Teilung bisher eine Randposition innehaben (z.B. Kreuzberg, Prenzlauer Berg), erhalten eine neue Attraktivität für gewerbliche Nutzung (Dienstleister) und für Wohnnutzung. Für sozial schwache Bevölkerungsgruppen in diesen Gebieten besteht die Gefahr, daß sie aus ihrem angestammten Wohnquartieren verdrängt werden. Insgesamt muß mit einer stärkeren räumlichen Trennung der Funktionen Wohnen und Arbeiten, mit einer erheblichen Zunahme der im Berliner Raum bisher schwach ausgeprägten Pendlerverflechtungen ... einer Steigerung des Verkehrsaufkommens ... gerechnet werden.“

Um dies Programm für die Unternehmer attraktiv zu machen, muß die Infrastruktur des Großerliner Raums ausgebaut werden. Deshalb hat das DIW gleichzeitig mit dem Vorschlag der Subventionsstreichung und Wegfall der Berlinzulage gefordert, daß über die 13 Mrd. DM Haushaltsszuschuß hinaus die eingesparte Berlinhilfe zur Infrastrukturanierung an Berlin vergeben wird. Die Daimler-Ansiedlung ist erst der Beginn konzerngerechter Umstrukturierung. — (chk)

Giftige Holzschutzmittel sind „keine Körpervorbelastung“

Karlsruhe. Die Umweltschutzkammer Frankfurt hat die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen die Geschäftsführer zweier Hersteller von Holzschutzmitteln abgelehnt. Einige 100 000 Menschen waren in den siebziger Jahren nach Anwendung der Mittel mit dem Pilzvernichter Pentachlorphenol sowie dem Insektizid Lindan erkrankt. Folgen: Entzündungen im Atmungstrakt, ständige Magenschmerzen und Depressionen. Das Gericht urteilte, der Nachweis der Ursächlichkeit sei nicht mit der erforderlichen „Sicherheit“ zu erbringen. Auch gelte der § 330a StGB nur dann, „wenn Gift unkontrolliert freigesetzt“ werde. Dies sei bei Holzschutzmitteln aber nicht der Fall. — (wjj)



Hildesheim. Am 9.7. beteiligten sich 1500 Eltern, Kinder, Erzieherinnen und Erzieher an einer Demonstration der ÖTV, die von den Elternbeiräten der Städtischen Kindertagesstätten unterstützt wurde. Die Elternbeiräte fordern: Für jedes Kind einen Kita-Platz, Abschaffung der Elternteilbeiträge, einen Sitz im Jugendwohlfahrtsausschuß. Mit 3700 Unterschriften wurde die Verbesserung der Kitas gefordert. — (anp)

Aus Ländern und Gemeinden

Industrie- und Handelskammer beobachtet „Daimler-Effekt“

Stuttgart. Die Industrie- und Handelskammer hat eine Auswertung der Gewerbesteuereinnahmen der 24 größeren Städte in der Region Mittlerer Neckar vorgelegt. Danach steigt im Durchschnitt die Pro-Kopf-Verschuldung um 13 %, die Bauinvestitionen gehen zurück — in den gewerbesteuerstärksten Gemeinden Stuttgart, Sindelfingen, Böblingen und Esslingen ist das eine Folge sinkender Gewerbesteuereinnahmen durch die Umstrukturierung des Daimler-Konzerns. Nur Winnenden habe als AEG-Standort aus dem „Daimler-Effekt“ profitiert. Der IHK-Geschäftsführer Schober polemisiert aber heftig gegen eine ausgleichende Erhöhung der Gewerbesteuer, wie sie von einigen Gemeinden (Stuttgart, Sindelfingen, Böblingen) vorgenommen oder angekündigt wurde. Die Kommunen sollten lieber ihre „Ausgaben auf das Notwendigste beschränken“, sonst drohe eine Abwanderung von Industrie und Gewerbe. Der Raum Stuttgart verliere seine I-A-Qualität, sowohl die mangelnde Ausweisung von neuen Gewerbfächern als auch Steuererhöhung schreckten Investoren ab. — (AGK, alk)

Teilerfolg nach Schulstreik gegen Klassenzusammenlegung

Lüneburg. In einem Informationsblatt berichtet der Schulelternrat der Christiani-Realschule über das Ergebnis seines Gesprächs mit der Bezirksregierung und dem Schulaufsichtsamt, das kurz nach dem Schulstreik stattgefunden hatte (wir berichteten). Demnach gibt es keine Klassenzusammenlegungen. Es bleibt bei der Klassenstärke von 22 bis 24 Schülern. Statt 115 Lehrerstunden müssen 50 abgegeben werden, die vorgesehene Abordnung von vier Lehrern ist auf zwei verringert worden. Die angedrohten Sanktionen wegen der Teilnahme am Schulstreik sind zurückgezogen worden. Der Elternrat will die Folgen der jetzigen Beschlüsse kritisch beobachten und behält sich weitere Protestaktionen vor. — (ulb/gka)

Demonstration gegen Prototyp Projekt Stadthalle

Bielefeld. Etwa 3500 demonstrierten am 10. August gegen Bielefelds neuen Stadthallenbau, der stolze 70 Mio. DM verschlungen hat und zu dessen Einweihung die Stadt 270000 DM locker gemacht hat — um damit Bielefelds Industriemagnaten plus Anhang gratis zu bewirten. Der Prototyp muß im Zusammenhang damit gesehen werden, daß Bielefelds neue rechte Ratsmehrheit (CDU, FDP und die Oetker-Liste Bürgergemeinschaft) Anfang des Jahres einen neuen Haushalt beschlossen hat, in dem annähernd 250000 DM gekürzt wurden: Überall dort, wo es Ausländer, Arbeitslose, sozial Schwache, Jugendliche und alternative Projekte betraf. Fast zeitgleich mit der Bewilligung des Etats für die Stadthallenöffnung beschloß der Rat, statt Geld für den völlig darniederliegenden Wohnungsbau auszugeben, Flüchtlinge zukünftig irgendwo in der Heide in Containern zusammenzupferchen. Es paßt, daß unter anderem auf Betreiben des Stadthallengastronomen Mövenpick der Platz des Widerstands (zum Gedenken an die Nazi-Opfer) noch rechtzeitig zum Bahnhofplatz umbe-

Quelle: Wohnungswirtschaft und Mietrecht 7/90, S. 309 — (kuh, AGK)

Obdachlosigkeit — unter der Brücke und anderswo

München. Nach der Räumung eines Obdachlosencamps unter der Wittelsbacherbrücke dürfen die von dort vertriebenen Obdachlosen wieder zurück, bis sich „bessere Lösungen auftun“. Allerdings dürfen keine Möbel mehr aufgestellt werden, und es darf kein offenes Feuer mehr gemacht werden. Ihr bisheriger „Hausrat“ und ihre Möbel waren von der städtischen Müllabfuhr abtransportiert worden. Die Stadt München sah sich zu diesem Zuge standnis gezwungen: „Solange Obdachlosigkeit besteht und nicht mit sozialpolitischen Maßnahmen bewältigt werden kann, darf sie auch nicht mit dem Ziel eines „sauberen Stadtbilds“ verdrängt werden.“ Wie die Obdachlosen auf diese Weise über den Winter kommen sollen, bleibt aber offen. — (chl)

Fahrpreiserhöhung bei der KVAG

Kiel. Die Kieler Verkehrs Aktiengesellschaft hat wieder einmal vor, die Fahrpreise zu erhöhen und zwar wie folgt: — regelmäßige Erhöhungen etwa im Zwei-Jahres-Rhythmus; — Erhöhung der Einzelfahrt von 2,30 auf 2,50 DM; Erhöhung Fahrt auf Stadt-karte von 1,40 auf 1,50 DM; — Erhöhung des Superticket-Preises von 55 auf 60 Mark; — Erhöhung des Preises für ein Junior-ticket von 42 auf 45 Mark; Als Argument dafür werden Mehrkosten durch Lohnerhöhungen und Neueinstellungen (20) in Folge der Arbeitszeitverkürzung ins Feld geführt. — (rn)

Vermietungsprämien an Hausbesitzer sind rechtwidrig

Freiburg. Zu den Räubersitten des gegenwärtigen Wohnungsmarktes gehört es, daß Vermieter sich von potentiellen Miethaltern eine Prämie versprechen lassen, wenn sie sich bereit erklären, ihre Wohnung an ihn zu vermieten. Oft sind diese Prämien unter allerlei anderen Titeln getarnt („Gebühr für Vertragsschluss“ u.ä.). Viele Wohnungssuchende gehen wegen des knappen Angebots sogar selbst soweit, Vermietern „freiwillig“ solche Prämien anzubieten: „Biete 3000 DM für Vermietung einer 3-Zi.-Wohnung“, so lauten die entsprechenden Anzeigen in den Tageszeitungen. Alle diese Vereinbarungen von Vermietungsprämien sind nichtig und brauchen nicht gezahlt zu werden. Nach einem Urteil des Freiburger Amtsgerichts vom Januar dieses Jahres verstößt die Forderung solcher Prämien durch den Vermieter gegen § 2 Abs. 2 Nr. 2 Wohnungsvermittlungsgesetz, wonach dem Eigentümer der Wohnung kein Vermittlungsentgelt zusteht und widersprechende Vereinbarungen nach § 2 Abs. 5 nichtig sind. Das Urteil stellt darüber hinaus fest, daß dies auch für solche Fälle gilt, in denen der Mieter (durch Zeitungsanzeige, Aushänge o.ä.) die Zahlung einer solchen Prämie verspreche. Zwar sei dies eine Auslobung im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs (§ 657), die grundsätzlich auch die Verpflichtung zur Zahlung nach sich ziehe, doch sei auch auf solche Auslobungen das Vermittlungsgesetz anwendbar und müsse auch in diesen Fällen der Vermieter leer ausgehen.

In den Stellungnahmen von CDU und FWV wurde das Hearing in den Ruch eines Verfassungsbruchs gebracht. Die CDU: „Sie betrachtet dieses Hearing, wie es von SPD und Grünen gefordert ist, als eine politische Eimmischung in die Autonomie der Universität. Nach der totalitären Nazizeit wurde Freiheit

Quelle: Wohnungswirtschaft und Mietrecht 7/90, S. 309 — (kuh, AGK)

Soziale Ansprüche — Rechte an Staat

Westberliner Senat tritt gegen Verfassungsvorstellungen aus der DDR auf

Westberlin. Der Berliner Magistrat (DDR) hat am 11. Juli eine neue Verfassung angenommen. Die Übergangsverfassung soll ausdrücklich auch Grundlage für die Erarbeitung einer Gesamtberliner Verfassung sein. Den hier dokumentierten Auszügen ist zu entnehmen, daß darin soziale Rechte und persönliche Ansprüche an den Staat formuliert sind, die hierzulande von der Reaktion bekämpft werden und keinesfalls Verfassungsrang haben sollen. So ist es als Angriff zu verstehen, daß unmittelbar danach der „Einheitsausschuß“ des Westberliner Abgeordnetenhauses seinen Gesamtberliner Verfassungsentwurf vorstellt, der nur formale Veränderungen an der gültigen Westberliner Verfassung beinhaltet. Der Ostberliner Ausschuß bekam darüber Kenntnis aus der Presse. Die AL ist in den Westberliner Verfassungskomplott einbezogen. Mit Verweis auf Zeitdruck stellt sie keine Forderungen zu inhaltlichen Bestimmungen der Verfassung. Mit öffentlicher Unterstützung Ostberliner Vorstellungen hätte die AL klarstellen können, daß sie mehr will als schnell die DDR-Hauptstadt anzugliedern.

Die Konzerne planen ihre neue Metropole Großberlin. Einige Ostberliner Vorstellungen vertragen sich schlecht mit einem zentralisierten Berliner Staatsapparat, der alles günstigen Profitbedingungen und ihrem Sicherheitsbedürfnis unterordnen soll.

Beim DDR-Anschluß bricht Bundesrecht Landesverfassungen. Trotzdem bietet die Verfassungsdebatte Bezugspunkte für Ansprüche, hinter denen sich viele „Gesamtberliner“ sammeln können. Ein Punkt wird früh akut: das Einwohnerwahlrecht, Wahlbarkeit und Wahlberechtigung nichtdeutscher Berliner. Dem Ostberliner Verfassungsanspruch steht der „faule Kompromiß“ von SPD/AL entgegen, der eine Anwendung zu den Gesamtberliner Wahlen verhindern soll.

Andere Fragen werden akut. Wie soll es mit der kommunalen Versorgung aussehen? Die westlichen Experten der „DDR-Treuhändgesellschaft“ privatisieren bereits fleißig ehemaliges Volksvermögen, die der Berliner Magistrat als sozialgebundene Eigenbetriebe übernehmen will. Wie können in dem Kolossum Gesamtberlin kommunale, bezirkliche Ansprüche der Einwohner zur Geltung gebracht werden? AL und SPD beschäftigen sich nur damit, wie der Einfluß der PDS auf Bezirksparlamente und -ämter beschränkt werden kann. — (ard)

Berliner Verfassung (DDR) vom 11. Juli 1990

Art. 2 (1) Träger der öffentlichen Gewalt ist die Gesamtheit der Deutschen und Ausländer, die in Berlin ihren Wohnsitz haben.

Art. 3 (1) Die gesetzgebende Gewalt steht allein der Stadtverordnetenversammlung und durch Volksentscheid dem Volke zu ...

Art. 6 (3) Frauen und Männer sind

gleichberechtigt. Der Staat ist verpflichtet, auf die Gleichstellung der Frau in Beruf und öffentlichem Leben, in Bildung und Ausbildung, in der Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung hinzuwirken.

Art. 7 (4) Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, insbesondere das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch entsprechend einer Fristlösung, wird gesichert.

Art. 8 (1) Jeder hat Anspruch auf Schutz seiner persönlichen Daten, auf Einsicht in Akten und Dateien, soweit sie ihn betreffen und Rechte Dritter nicht berührt werden, und auf Auskunft über zu seiner Person gespeicherte Daten. Personenbezogene Daten dürfen nur mit freiwilliger und ausdrücklicher Zustimmung des Berechtigten im Rahmen gesetzlicher Zwecke und unter Beachtung des Grundsatzes der Erforderlichkeit erhoben, gespeichert, weitergegeben oder sonst verwendet werden ...

Art. 15 (3) Jeder Einwohner Berlins hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Es ist Aufgabe des Staates, die Verwirklichung dieses Anspruchs zu fördern. Eine Räumung darf nur vollzogen werden, wenn Ersatzwohnraum

zur Verfügung steht ...

Art. 17 (2) Frauen und Männern ist Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf zu gewährleisten. Der Staat fordert die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit und der beruflichen Bildung Erziehender, insbesondere durch Arbeitszeitregelungen sowie durch Einrichtung und Unterhaltung von Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorten im Interesse des Wohls und des Schutzes der Kinder.

Art. 19 (2) Vereinigungen, die sich öffentlichen Aufgaben widmen und dabei auf die öffentliche Meinungsbildung einwirken (Bürgerbewegungen), genießen als Träger freier gesellschaftlicher Gestaltung, Kritik und Kontrolle den besonderen Schutz der Verfassung. Bürgerbewegungen haben nach Maßgabe der Geschäftsordnung das Recht des Vorbringens und der sachlichen Behandlung ihrer Anliegen in den zuständigen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung bei überbezirklichen und der Stadtbezirksversammlungen bei bezirklichen Angelegenheiten ...

Art. 20 (1) Jeder hat das Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung.

(6) Das Streikrecht der Gewerkschaften ist gewährleistet.



Forderung in der Verfassung: „Selbstbestimmter Schwangerschaftsabbruch“

Anhörung im Gemeinderat — CDU und Freie Wähler behaupten: Verfassungsbruch

Freiburg. Am 17.7. fand im Freiburger Gemeinderat eine Anhörung über die von der Universität geplante 15. Fakultät für „angewandte Wissenschaft“ statt. Der Gemeinderat hat bereits beschlossen, ein Grundstück dafür zur Verfügung zu stellen. SPD und Grüne hatten das Hearing beantragt, um die kommunalpolitischen Folgen des Projekts, auch wegen zu erwartender weiterer Anforderungen an die Stadt, besser beurteilen zu können. Über die Planung ist der Gemeinderat in keinem Stadium unterrichtet worden, geschweige daß er Einfluß darauf hätte nehmen können.

Das Hearing wurde von CDU und der Freien Wählervereinigung (FWV) mit einer Geschätzungsdebatte eröffnet, die mit dem Auszug beider Fraktionen aus der Sitzung endete.

In den Stellungnahmen von CDU und FWV wurde das Hearing in den Ruch eines Verfassungsbruchs gebracht. Die CDU: „Sie betrachtet dieses Hearing, wie es von SPD und Grünen gefordert ist, als eine politische Eimmischung in die Autonomie der Universität. Nach der totalitären Nazizeit wurde Freiheit

forschung und Lehre in unserer demokratischen Gesellschaft fest verankert ... Die Stellungnahme zu Bildungszielen, zu Lehrinhalten der Universität in einer ordentlichen Gemeinderatssitzung, sind für uns Versuche, Freiheit von Forschung und Lehre und die Autonomie der Universität zu untergraben.“

Ins gleiche Horn tuteten die Freien Wähler: „Wir Freien Wähler haben zwar nichts gegen eine Information zu diesem Thema ... jedoch gehört dieses unserer Meinung nach nicht in den Rahmen einer Gemeinderatssitzung. Die Universität ist eine Landesinstitution und inhaltliche Fragen, die hier heute angesprochen werden sollen, sind sicherlich interessant und wahrscheinlich (!) in den zuständigen Gremien auch nötig.“ Das Rektorat der Universität hat nicht einmal die Diskussion „in den zu zuständigen Gremien“ der Universität für erforderlich gehalten und jeweils im Senat nur die Zustimmung herbeigefordert.

Die Sprecherin der FWV fuhr fort mit einer für ein Stadtratsmitglied beispiel-

losen Selbsterniedrigung: „Wir als Gemeinderäte haben aber in diesem Bereich keinerlei Kompetenzen. Lediglich die Standortfrage kann und muß uns interessieren, hierzu aber liegt ein Mehrheitsbeschuß vor ... In dieser Situation steht es der Stadt und dem Gemeinderat nicht an, inhaltliche Themen dieser Universität zu diskutieren, wohl aber die Bereitstellung von geeignetem Gelände“ Die Herabwürdigung des Gemeinderats zum Exekutivorgan der Universität, die das Projekt fieberhaft betreibt, ist da zur Maxime der Kommunalvertretung gemacht.

Das Argument der Untergrabung von Forschung und Lehre ist rechtlich hältlos, denn der Gemeinderat nimmt nicht Einfluß auf Studienpläne oder ähnliches. Die Autonomie der Universität bei der Planung dieser Fakultät beweist im übrigen die Liste der Mitglieder der von der Landesregierung eingesetzten „Gründungskommission“: vier von zehn, darunter der Vorsitzende, stammen aus den Vorständen bzw. der Geschäftsführung der Siemens AG, der SAP AG, Walldorf und der Robert Bosch GmbH. — (chf)

Prozeß gegen zwei irische politische Gefangene

Erneuter Versuch, „antiterroristische“ Rechtsnormen gegen Befreiungsbewegungen europaweit festzuschreiben

1. Einleitung

Der unter großer internationaler Anteilnahme am 16. August 1990 begonnene Prozeß gegen die beiden Iren Gerry Hanratty und Gerry McGeough stellt, wie auch der aktuelle Prozeß gegen die Kurden, ein Pilotverfahren dar. Dergestalt, daß auch hier eine ausländische Befreiungsbewegung in der BRD kriminalisiert werden soll. Der Prozeß richtet sich gegen den irisch-republikanischen Befreiungskampf gegen die britische Besetzung Nordostirlands, und konkret gegen die IRA. Der Unterschied zum Prozeß gegen die Kurden liegt hier darin, daß die IRA auf bundesdeutschem Boden Angriffe gegen Personen und Einrichtungen der hier stationierten britischen Rheinarmee verübt. Dazu sei erklärt, daß Soldaten der britischen Rheinarmee in der BRD speziell für den Kampf in Nordostirland ausgebildet werden, was zum Beispiel im Aufbau ganzer naturgetreuer Straßenzüge West-Belfasts zwecks Aufstandsbekämpfung übung in der sog. „Tin City“ in der BRD gipfelt.

Da wir hier nicht das Hintergrundwissen über die gesamten Knastkämpfe der Iren und über die Kämpfe gegen die britische Besatzungsmacht liefern können, geben wir Euch eine kurze Liste interessanter Zeitschriften und Bücher zum Krieg im Nordosten der grünen Insel (siehe Kasten; eine genauere Liste könnt Ihr beim „Angehörigen-Info“, c/o GNN-Verlag, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76, bestellen). — (A.)

2. Chronologie der Ereignisse

Am 30.8.88 wurden an der deutsch/niederländischen Grenze zwei Iren, Gerry McGeough und Gerry Hanratty, festgenommen. In ihrem Auto befanden sich angeblich mehrere Waffen, gefälschte Papiere und Nummernschilder.

In einer einen Tag später veröffentlichten Mitteilung der Generalbundesanwaltschaft (GBA) wird beiden pauschal vorgeworfen, an allen IRA-Aktionen des Jahres '88 in den Niederlanden, Belgien und vor allen Dingen der BRD beteiligt gewesen zu sein.

1987 begann auf dem europäischen Festland eine großangelegte Offensive der IRA gegen die hier stationierten Truppen der britischen Rheinarmee, und mit jeder erfolgreichen Aktion gerieten die Behörden unter einen immer größer werdenden Erfolgsdruck. Die IRA avancierte in den Medien und Statements der BRD-Sicherheitsbehörden zu einer der größten Bedrohungen für die innere Sicherheit der BRD (neben der PKK).

Die zufällige Festnahme der beiden wurde sofort als Erfolg im Kampf gegen den „internationalen

Terrorismus“ und wesentlicher Schlag gegen die IRA dargestellt.

Im ersten Haftbefehl lauten die konkreten Vorwürfe dann unerlaubter Waffenbesitz, Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, Mordversuch an westdeutschen Polizeibeamten, Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf eine britische Kaserne in Duisburg und Besitz gefälschter Papiere. Außerdem sollen beide Mitglieder der IRA sein, was allerdings an sich kein Straftatbestand ist.

Auch wenn die Aktionen in Belgien und den Niederlanden nicht mehr im Haftbefehl und später auch nicht mehr als Vorwürfe in der Anklageschrift auftauchten, war doch deutlich zu erkennen, daß wegen der gesamten Offensive der IRA in weiten Teilen Europas ermittelt wurde und die Strukturen der IRA für die GBA im Vordergrund standen.

Im Februar '89 wurde der Haftbefehl für Gerry McGeough noch um die Beteiligung an einem Angriff auf das Headquarter der Rheinarmee im März '87 erweitert, obwohl es dazu immer hieß, die Ermittlungen seien ohne Ergebnis eingestellt worden.

Die Anklageschrift erschien im Mai '89, und der Prozeß soll jetzt nach ständigen Verschiebungen im Herbst vor dem neu eingerichteten 6. Senat im Bunker in Düsseldorf beginnen.

Wesentliche Strategie der Bundesanwaltschaft wird sein, den beiden erstmal ihre Mitgliedschaft nachzuweisen, denn wer als IRA-Mitglied mit Waffen im Auto festgenommen wird, ist in den Augen der BAW natürlich leichter pauschal für jede Aktion der IRA zu verurteilen, auch ohne § 129a.

Das ganze Verfahren läuft nach dem 1987 eingeführten § 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes, der besagt, daß die Ermittlungen von der GBA und die Prozesse von Oberlandesgerichten geführt werden, wenn „ein Zusammenhang mit der Tätigkeit einer nicht oder nicht nur im Inland bestehenden Vereinigung besteht, deren Zweck oder Tätigkeit die Begehung von Straftaten dieser Art (Mord, Totgeschlag oder Straftaten nach § 129a — Verf.) zum Gegenstand hat . . .“, oder die Sicherheit der in der BRD stationierten Truppen der NATO betroffen ist.

Hier wird das erste Mal ein Verfahren gegen eine ausländische revolutionäre Gruppe nach diesem Paragraphen geführt, der es der GBA abnimmt, beweisen zu müssen, daß die IRA eine Organisationsstruktur in der BRD aufgebaut hat oder eine Mindestzahl von Mitgliedern besitzt.

3. Einschätzung

Am 16. August 1990 begann vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) in Düsseldorf der Prozeß gegen die beiden Iren Gerry Hanratty und Gerry McGeough. Nach einigem Hin und Her stehen nun die Anklagepunkte fest: bei beiden „Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz“ und Beteiligung an dem Angriff auf Einrichtungen der britischen Rheinarmee in Duisburg und Beteiligung am Angriff auf die „Joint Headquarters“ der britischen Rheinarmee und Nato-Hauptquartier in Rheindahlen/Mönchengladbach bei Gerry McGeough.

Im Zuge des Eröffnungsverfahrens hatte ursprünglich der 6. Strafsenat alle Anklagepunkte im Zusammenhang mit dem Angriff in Duisburg nicht zum Hauptverfahren zugelassen. Dadurch wäre das Anklagekartenhaus schon vor Prozeßbeginn drastisch zusammengefallen und hätte so der Bundesanwaltschaft (BAW) erschwert, ihre politische Absicht im Prozeß durchzukriegen.

Daher war es nur logisch, daß die BAW umgehend Einspruch gegen diese Entscheidung einlegte. Ihr ging — und geht — es schließlich darum, die zwei Genossen wegen militärischer Aktionen gegen die britische Rheinarmee auf dem Gebiet der BRD stellvertretend zu verurteilen. Damit sollen prototypisch künftige „antiterroristische“ Rechtsnormen gegen nationale Befreiungsbewegungen — in diesem Fall die IRA — europaweit festgeschrieben werden. Diese Absicht der BAW wurde bereits im Vorfeld des Prozesses zum einen dadurch deutlich, daß sie die beiden Gerrys von Anfang an in den Medien als die „terroristischen Drahtzieher der IRA“ in der BRD hat aufbauen lassen, zum anderen aber auch durch gezielte Vorverurteilung mittels der BAW-Pressemittel vom 14.6.1989 und des letzjährigen Verfassungsschutzberichtes.

Wie das Nichtzulassen des — für die BAW zentralen — Anklagepunktes durch den 6. Strafsenat deutlich macht, bestehen bei den Justizbehörden durchaus unterschiedliche Einschätzungen über die faktisch-formalrechtliche Durchsetzbarkeit ihrer politischen Absicht: Die Richter des Eröffnungsverfahrens sind zu der Einsicht gelangt, daß sie damit nicht offen durchkommen werden. Die BAW hingegen beharrt weiterhin darauf, ihre politische Absicht offen mit diesem Prozeß durchzusetzen.

Letztendlich wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe dem Einspruch der BAW stattgegeben. Ohne müßig spekulieren zu wollen, legt dieser Vorgang den Schlüß nahe, daß es momentan gewisse Interessenunterschiede betrifft der Prozeßführung zwischen Gericht und BAW gibt. Ob oder inwieweit sie zum Tragen kommen, bleibt abzuwarten.

Fest steht jedoch, daß, wie auch immer sich das Erscheinungsbild geändert hat und weiterhin ändern mag, der politische Kern des Verfahrens gleichbleibt:

Die Verwendung von angeblichen Asylanträgen („schwedische Papiere“) als Beweismittel der Anklage im Verfahren gegen Gerry McGeough und die Absicht, die IRA als „terroristisch“ festzuschreiben — und somit den irischen Befreiungskampf auch auf dem Kontinent zu kriminalisieren —, stehen weiterhin auf ihrer Tagesordnung.

Das sind die politischen Ziele, die die BRD über eine Verurteilung der beiden Gerrys mit diesem Verfahren erreichen will und wird, wenn sie es unbehindert durchführen kann.

Mit dem Beginn des Prozesses in Düsseldorf rückt auch die gefürchtete Auslieferung von Gerry Hanratty in den britisch besetzten Norden Irlands näher.

Was aber kommt im Falle seiner Auslieferung an den britisch besetzten Norden Irlands auf Gerry zu?

In der Untersuchungshaft erwarten ihn grausame Verhörmethoden und Folter, die er schon einmal zu erdulden hatte. Von einem rassistischen Diplock-Gericht, das nur aus einem Richter ohne Geschworene besteht und nur im britisch besetzten Norden Irlands existiert, wird er voraussichtlich zu einer hohen Haftstrafe verurteilt werden. In vergleichbaren Fällen bedeutete dies bis zu 20 Jahren Haft im berüchtigten Hochsicherheitsknast Long Kesh.

1988 wurde die Wohnung in Malmö, Schweden, in der Gerry McGeough bis 1987 lebte, auf Verlangen eines belgischen Untersuchungsrichters zweimal durchsucht. Ermittelt wurde wegen der Erschießung eines britischen Soldaten in Ostende 1988. Dabei soll angeblich eine der Waffen, die in dem Auto gefunden wurden, in dem Gerry McGeough und Gerry Hanratty bei der Festnahme saßen, verwendet worden sein. Der Richter wollte angeblich herausfinden, ob Gerry McGeough sich in Schweden aufgehalten habe, nachdem sein Asylantrag 1987 abgelehnt wurde.

Bei der zweiten Durchsuchung wurden zahlreiche Kleidungsstücke, persönliche Aufzeichnungen und Papiere beschlagnahmt. Bei diesen Papieren soll es sich angeblich um Kopien von Flüchtlingsprotokollen und anderen Unterlagen handeln, die vermutlich Gerrys Asylantrag aus dem Jahr 1983/84 betreffen.

Im Januar 1989 wurden die beschlagnahmten Gegenstände an die belgische Polizei weitergeleitet. Zwar besagt das schwedische Datenschutzgesetz, daß die Behörden keine Informationen über nicht-schwedische BürgerInnen weitergeben dürfen, falls diese Informationen bekannt werden. Doch existieren auch im schwedischen Datenschutzgesetz die allzu bekannten „übergeordneten Interessen“. Im Fall von Gerry wurde nicht einmal geprüft, ob die Papiere unter den Datenschutz fallen, wie die zuständige Beamte im Justizministerium offen angab. Kaum waren die Papiere in Belgien angelangt, landeten auch schon Kopien bei den holländischen, britischen und bundesdeutschen Behörden.

Die Anklage gegen Gerry McGeough beruht zum Großteil auf diesen angeblichen Asylpapieren.

Gerry McGeough selbst schreibt dazu:

„Ich glaube mit all meiner Überzeugung, daß für Asylpapiere und andere Flüchtlingsunterlagen die Regeln größter Vertraulichkeit gelten. Es gibt Millionen unsicherer, verängstigter Flüchtlinge aus aller Welt, die Asyl und Schutz vor despatischen und tyrannischen Regimen suchen; Hunderttausende davon sind nach Europa geflüchtet, Zehntausende nach Schweden. Von ihren persönlichen Akten, ihren Asylpapieren und der Diskretion und Vertraulichkeit, mit der diese behandelt werden, hängt oft genug ihr nacktes Leben ab.“

Wenn erst einmal, und um diese Frage scheint es hier zu gehen, ein Präzedenzfall geschaffen worden ist und vermutlich vertrauliche Akten, die auf geheimer Weise und mit unakzeptablen Methoden beschafft wurden, als Beweis vor Gericht verwendet werden, ist das Schicksal von Millionen hilflosen, angstfüllten Menschen besiegelt. Ihre Schreie nach Hilfe und Schutz vor Verfolgung werden dann benutzt, um sie in die Hände ihrer Folterer zu geben.“

Geraade an den Flüchtlingen kann in der jetzigen Situation ohne größere und nennenswerte Widerstände politische Diskriminierung und Ausgrenzung exemplarisch vorgeführt und dann auf andere Bereiche des staatlichen Repressionsinstrumentariums erweitert werden.

4. Prozeß

Der Prozeß gegen die beiden Iren begann am 16. August dieses Jahres, im Anschluß an das Verfahren gegen Thomas Kilpper, Gefangener aus dem Widerstand. Für das Verfahren gegen die beiden Iren wurde eigens ein neuer Strafsenat am OLG Düsseldorf eingerichtet; der Prozeß gegen Thomas Kilpper wurde jedoch vorgezogen. Dieser 6. Strafsenat „ist ein juristisches Novum, gibt es doch bis dato nur einen Staatschutzenat pro Bundesland am OLG“. Offener ist die Einrichtung von Sondergerichten kaum vorstellbar!

Auch wenn die beiden Gerrys nicht nach § 129a angeklagt sind, ist unserer Einschätzung nach die Hauptfunktion des Prozesses die gerichtliche Feststellung der IRA als „terroristisch“.

Diese gerade auch von der BRD forcierte Kriminalisierungspolitik dem irischen Befreiungskampf gegenüber hat bereits eine lange Geschichte: Als Mitte der siebziger Jahre den irisch-republikanischen Kriegsgefangenen von Britanniens der politische Status aberkannt wurde, war dies faktische Umsetzung der Nato-Doktrin, daß es keine politischen Gefangenen in Westeuropa mehr geben dürfe. Die Durchführung war als Vergabedingung an EG-Kredite geknüpft. Beim Bau von Long Kesh, dem berüchtigten Hochsicherheitsknast im britisch besetzten Norden Irlands, leistete die BRD aktive Hilfe: Die leitenden Architekten waren dieselben, die kurz zuvor Stammheim entworfen hatten.

Durch die Angriffe auf die britische Rheinarmee ist der einst regional begrenzte Konflikt im britisch besetzten Norden Irlands auf den westeuropäischen Kontinent getragen worden.

Gleichzeitig wird auch von den Imperialisten die regional begrenzte Dimension der Aufstandsbegehung, in der hauptsächlich die Briten für die Zerschlagung des irischen Befreiungskampfes „zuständig“ waren, zunehmend auf juristischer und politischer Ebene und in Ansätzen bereits auf der Ebene offener Repression von einem vereinheitlichten Vorgehen in Westeuropa abgelöst. Dieses vereinheitlichte Vorgehen ist mehr oder weniger in allen westeuropäischen Ländern erkennbar.

Wir sehen die Absicht, die die BRD mit dem Prozeß gegen die beiden Gerrys — wie auch mit dem gegen die Kurden — verfolgt, als einen weiteren Schritt hin zur Vereinheitlichung der Repression im „europäischen Rechtsraum“.

5. Gerry McGeough am 24.4.1990 über seine Situation

Im Laufe meines Lebens befand ich mich verschiedene Male in ziemlich lächerlichen Situationen, aber die gegenwärtige muß ich als eine der schlimmsten und empörendsten bezeichnen. Ich bin in der wenig beneidenswerten Position eines Sündenbocks, eines Opfers, einer Schachfigur in einer auf hoher internationaler Ebene laufenden politischen Zusammenarbeit und nichts als ein Mittel zum Zweck.

Mein Alpträum begann am 30.8.1988, als ich in Begleitung meines Landsmannes Gerry Hanratty an der westdeutschen/niederländischen Grenze festgenommen wurde.

Was direkt nach der Festnahme passierte, war ein Vorgeschnack auf das, was noch kommen sollte. Mit Handschellen gefesselt wurde ich von mehreren Polizisten und Grenzbeamten getreten und geschlagen, in ein Auto geworfen und mit einer automatischen Pistole auf den Rippen zur Polizeistation Heinsberg gefahren.

Dort angekommen wurde ich wieder mißhandelt, halb ausgezogen und mit auf dem Rücken gefesselten Armen für die Nacht in eine leere Zelle gesteckt. Willkommen in West-Deutschland! Einmal sagte ich auf englisch, daß ich zur Toilette müßte. Als ich keine Antwort bekam, sagte ich daselbe nochmal, diesmal auf deutsch, nur um von einem auf deutsch informiert zu werden, daß er nur holländisch spräche und mich konsequenterweise nicht verstehen würde.

Diese Art von Logik setzte sich auch bei den Vorwürfen fort, die mir am nächsten Tag am Bundesgerichtshof in Karlsruhe, wo wir mit einem BGS-Hubschrauber hingeflogen wurden, präsentiert wurden. Mir wurde praktisch jeder IRA-Angriff gegen britische militärische Ziele zugerechnet, der in den vergangenen Jahren auf dem Kontinent stattgefunden hatte, und wurde als „gefährlicher Terrorist“ eingestuft und deswegen für würdig und geeignet befunden, unter strikten Hochsicherheitsbedingungen inhaftiert zu werden.

Ich habe schon verschiedentlich meine Haftbedingungen hier in Frankenthal, wo ich seit dem 31.8.1988 festgehalten werde, detailliert beschrieben. Die fünf Monate Totalisolation, Arme während des Hofgangs auf dem Rücken gefesselt (16 Tage lang), trotz der Anwesenheit von schwerbewaffnetem „Sicherheitspersonal“, das Verbot, an Gottesdiensten oder Fortbildungsmaßnahmen teilzunehmen, genauso wie das Verbot von Sportveranstaltungen.

Kurz, ich war grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Maßnahmen unterworfen, die vom „Sicherheitsstandpunkt“ völlig überflüssig und indiskutabel waren und absolut offensichtlich einen Teil der Taktik darstellten, mich zu brechen.

Überflüssig zu sagen, daß ich ungebrochen bin, obwohl ich trotzdem über die westdeutschen Behörden empört bin, die mich (möglicherweise auf Druck der Briten), einen nicht für schuldig befindenen ausländischen Häfling, zwingen, diese Bedingungen auszuhalten.

Mittlerweile gab es zwar einige Lockerungen, aber eigentlich hat sich nichts geändert. Nach dem Haftstatut sitze ich in einer Hochsicherheitszelle in einem Sondertrakt und bin, abgesehen von einer Stunde Hofgang am frühen Morgen, den ganzen Tag eingesperrt.

Zeitungen und Zeitschriften

Die Mächtigen erscheinen nur mächtig, solange wir auf unseren Knieen leben — ERHEBEN WIR UNS — Broschüre zum Prozeß gegen die beiden Iren. Bei: Irland Solidarität Westberlin, c/o ASTA FU, Kiebitzweg 23, 1000 Berlin (West) 33.

Angehörigen-Info Nr. 47 — mit achtseitiger Beilage zum Prozeß und zur Situation in den irischen und britischen Knästen.

An Phoblacht / Republican News — Zeitung der Partei Sinn Féin. Bei AP/RN, 58 Parnell Square, Dublin 1.

Irland Solidarität Info — Bei: Irland Solidarität Gießen, c/o Infoladen, Südallee 20, 6300 Gießen.

An Glòr Gafa / The Captive Voice — herausgegeben von den irischen Gefangenen selbst, über ihre Situation in den Knästen. Bei: The POW Department, 51/55 Falls Road, Belfast.

Außerdem: Labour and Ireland (c/o LCI BM Box 5355, London WC1N 3XX); The Irish Worker (AP/RN Print, 58 Parnell Square, Dublin 1; Iris Bheag (veröffentlicht Diskussionspapiere, bei: Education Department, 44 Parnell Square, Dublin 1); Ireland International News Briefing (Sinn Féin Foreign Affairs Bureau, 51/55 Falls Road, Belfast, BT 12); Ireland Information Fact File (AP/RN Print, s.o.); Iris — The Republican Magazine (The Editor, IRIS, 51/55 Falls Road, Belfast).

Bücher über Knastkämpfe und die Kämpfe in Nordostirland

(Verlage in Klammern) Ten Men Dead (Über den Hungerstreik '81, Grafton Books / Collins Publishing Group); The Irish Hungerstrike (White Island); Inside an English Jail (Borderline Publications); Internment (Anvil); Bobby Sands: One day in my life und Skylark sing your lonely song (beide bei Mercier); Out of the Maze (Über den Knastausbruch '83); Sisters in Cells (FNT); Belagert, eingesperrt und nicht mehr aufzuhalten (Frauenbuchverlag GmbH, c/o Weismann Verlag); Falls Memories (Brandon Book Publishers LTD.); Das kurze Leben des Brian Stewart (Elefant-Press-Verlag); Ireland: Why Britain must get out (Chatto & Windus); Die irische Krise (Promedia).

Diese Art von Mentalität, die diese jämmerlichen Haftbedingungen erfunden hat, setzt sich fort bei den ganzen „Ermittlungen“. In diesem Bereich scheinen die Gesetze des Handelns von Machiavelli persönlich aufgestellt zu sein. In den Monaten nach unserer Festnahme steckten schließlich sechs internationale Polizeibehörden eine wahnsinnige Energie in den Versuch, die Vorwürfe gegen uns zu erheben. Unter anderem wurde auf die schwedische Regierung massiver diplomatischer Druck ausgeübt, um sie dazu zu bringen, ihre eigenen Gesetze zu mißachten und hochvertrauliche angebliche Asylunterlagen zur Verfügung zu stellen, die die Behörden hier für ihre „Ermittlungen“ brauchten.

Diese Papiere betreffen angeblich mein Asylverfahren in Schweden im Jahr 1983. Die Schweden, die sich selbst so gern als Hüter der internationalen Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenrechte verkaufen, gaben diesem Druck nach, und die normalerweise schwerbewegliche, langsame schwedische Bürokratie schaffte in Windeseile die Grundlagen, um mutmaßliche Asylunterlagen weitergeben zu können, die gesetzlich geregelt einer fünfzigjährigen Vertraulichkeit unterliegen.



Gerry Hanratty

Das Ergebnis des Ganzen war, daß diese Asylpapiere nun 90 % der „Beweise“ in einem Strafverfahren in der BRD ausmachen — sieben Jahre nachdem sie ursprünglich geschrieben wurden. In der Zwischenzeit wurde ein weiterer Vorwurf gegen mich zu den schon bestehenden hinzugefügt. Und wie es dazu kam, ist es wert, erzählt zu werden.

Im September '88, ungefähr eine Woche nach unserer Festnahme, wurde ich aus meiner Totalisationshochsicherheitszelle geholt, gefesselt und zum BKA nach Wiesbaden gefahren.

Dort stand ich — desorientiert, ungeduscht, zerzaust — in einer Reihe neben vier schmucken, ordentlichen BKA-Männern (— das Spiel hieß: Erkenne den Iren —), während wir durch einen Einwegspiegel von mehreren Leuten, die ich nie zu Gesicht bekam, betrachtet wurden.

Es scheint so, als ob mich einer von ihnen, ein holländischer Gebrauchtwagenhändler, als den Mann identifizierte, der 18 Monate vorher ein Auto bei ihm gekauft hatte. Dieses Auto wurde danach offenbar bei einem Angriff auf das britische bzw. NATO-Hauptquartier in Mönchengladbach / Rheindalen benutzt. Eine Woche nach diesem Spielchen in Wiesbaden wurde ich informiert, daß mir dieser Angriff nun auch vorgeworfen wird. Für die Akten: In Irland ist allgemein bekannt, daß ich völlig zu Unrecht beschuldigt werde.

Als sich die Monate in U-Haft zu Jahren entwickelten, verschwanden die meisten ernsten Vorwürfe, bis dann nur noch der Angriff in Mönchengladbach und eine ähnliche Aktion in Duisburg „übrigblieben“. Duisburg wurde vor kurzem schließlich auch noch fallengelassen, nachdem das zuständige Gericht entschied, daß die „Beweise“ doch zu dürfsig seien.

Und jetzt befindet sich mich in der absurdensituation, einen Prozeß durchmachen zu müssen, eine langjährige Haftstrafe vor Augen zu haben ... alles auf die Aussage eines Menschen hin, den ich

nicht kenne, mit dem ich nie etwas zu tun hatte. Und die erhärtenden „Beweise“ sind mutmaßliche Asylunterlagen einer anderen, nicht der westdeutschen, Justiz und stammen aus dem Jahr 1983!

Die BAW hat sich einen unendlichen absurdens Kreislauf geschaffen, als sie zu den Schweden sagten: „Das ist der Mann, der die Bomben in Mönchengladbach und Duisburg gelegt hat ... äh, nein ... Duisburg nun doch nicht ... wir, äh, wir brauchen diese Papiere, um ihn verurteilen zu können.“ Und dann sagen die Richter: „Er muß der Mann sein, der die Bombe in Mönchengladbach gelegt hat. Nach dem, was in diesen Papieren über seinen Hintergrund steht, kann es gar nicht anders sein.“

Meine persönliche Haltung zu all dem ging von Widerwillen und Ärger zu Überraschung, Unglauben und Verzweiflung, schließlich wieder zu Wut und Ärger.

Das alles wird nicht nur durch die Haftbedingungen verstärkt, sondern auch durch die Tatsache, daß alle juristischen Unterlagen, selbst die kleinsten Beschlüsse etc., auf deutsch sind, ich sie also nicht verstehe. Ich halte es für mein Recht als „Angeklagter“, in der Lage zu sein, mich selbst verteidigen zu können, und dazu muß ich das ganze Material im Zusammenhang mit der Anklage verstehen können. Wiederholte Anträge, die offiziellen Papiere übersetzen zu lassen, stießen auf taube Ohren.

Das alles benachteiligt mich in bemerkenswerter Weise. Die BAW (zweifellos in Zusammenarbeit mit den Briten, um ein Exempel für alle irischen Republikaner zu statuieren, die sie kriegen können) hat sich selbst einmal mehr als moralisch bankrott erwiesen. Diesmal durch den Versuch, mutmaßliche Asylpapiere als „Beweismittel“ nutzen zu wollen. Außerdem sind die Ermittlungen unter dem Aspekt, daß nach fast zwei Jahren der einzige bemerkenswerte Vorwurf ein völlig falscher ist, höchstens als Sherlock Holmes-Varieté zu bezeichnen.

Das Verhalten der schwedischen Regierungsbehörden entbehrt jeden Kommentars. Mit der Herausgabe der Papiere haben sie ihre eigene Flüchtlings- und Asylgesetzgebung auf den Kopf gestellt. Das wird weitreichende und langfristige Konsequenzen für den Status von politischen Flüchtlingen haben, und zwar weltweit. Wer kann sich jetzt noch sicher fühlen, wenn er im Zusammenhang mit einem Asylantrag bestimmte Informationen gibt ... ? Das Verhalten des 6. Senats in Düsseldorf bleibt abzuwarten.

In der Zwischenzeit genießt die britische Regierung den ganzen Zirkus, und britische Truppen besetzen weiter Nordostirland, töten, foltern, vergewaltigen und schikanieren irische Zivilisten; ungestraft und ohne ein Wort internationalen Protestes.

Gute alte westliche kapitalistische Demokratie — in Bestform!

Gerry McGeough, 24. 4. 1990, JVA Frankenthal

6. Gerry Hanratty am 25. 2. 1990 über seine Haftbedingungen in der BRD

Nachfolgend ist eine Zusammenstellung der Bedingungen, mit denen ich seit meiner Verhaftung und in der Untersuchungshaft innerhalb der BRD konfrontiert wurde.

Verhaftung am 30. August 1988. Eine Nacht im Polizeibüro in Heinsberg. Hubraubertransport nach Wiesbaden und dann nach Karlsruhe zur Richtervorführung. Von einem Bundesrichter in die U-Haft ins Gefängnis nach Frankenthal geschickt. Mein Landsmann Gerry McGeough wurde dann vom BKA gegen ungefähr 1 Uhr nachts nach Frankenthal transportiert. Die drei Wochen, die ich in Frankenthal war, bekam ich überhaupt niemanden zu Gesicht. Es war die typische Isolation im Extremen. Eine Stunde Hofgang. Zwei Duschen die Woche. Davon abgesehen war ich 23 Stunden am Tag eingeschlossen. Die Hofgangsstunde war der Höhepunkt sinnloser offener Aggression seitens der Knastführung. Und zwar, indem nach dem Öffnen der Zellentüren mich zwei oder drei Schließer alleine zu einem eingeschlossenen Hof eskortierten, nachdem sie mir die Hände auf den Rücken fesselten. Der Hof war vollständig eingeschlossen. Ich war allein mit Schliefern, die an den Fenstern oberhalb mit Radios Wache schoben. Der Umstand, daß ich zwischen Verlassen und Wiederbetreten meiner Zelle keine Möglichkeit eines Kontaktes hatte und daß ich von mindestens zwei Schliefern eskortiert wurde und daß der Hof vollständig sicher war, läßt mich glauben, daß die



Gerry McGeough

Handscheinen eine Taktik waren, mich zu „brechen“. Mein Landsmann hatte diesen Typ der Praxis des 19. Jahrhunderts letztendlich monatelang zu erdulden. Ein oder zwei Schließer waren offen feindlich mir gegenüber während meines kurzen Aufenthaltes dort, aber im allgemeinen wurde ich mir selbst überlassen und trainierte jeden Tag so viel wie möglich. Der Umstand, daß die Zelle von allen Gegenständen total geleert war, war eine gute Motivation zum Trainieren. Der Gefangenladen wurde mir die ersten zwei Wochen verweigert, bzw. die Art, wie sie's machen, war: „Sie haben gerade den Einkaufstag verpaßt.“

Mitte September wurde ich ins Kaisheim-Gefängnis in Bayern verlegt. Ich hatte keine Ahnung, wo ich ankam, denn der Anwalt war informiert worden, daß ich zu einem nördlicheren Knast in Deutschland verlegt werden würde ... Düsseldorf, Bochum usw. Warum sie das erste Mal einen Untersuchungsgefangen zu einem totalen Strafhaftgefängnis schickten, ist eigenartig. Bei meiner Ankunft in Kaisheim wurde ich in einer Art abgefertigt, die man nur als Freak-Show charakterisieren kann. Alle Gefangenen in den Korridoren und bei der Rezeption wurden zwangsweise weggeschafft. Ich wurde überall nackt durchsucht, Haare, Hände, Fußsohlen, und es wurde verlangt, daß ich mich vornüber beuge für eine Anal durchsuchung oder -besichtigung.

Die nächsten fünf Monate war ich in Totalisolation, indem jeder Kontakt zu oder mit irgendeinem Gefangen verboten war, sogar in dem Umfang, daß mir der Gottesdienst verboten wurde, im Falle, daß ich ihn gewünscht hätte. Einzelhof, zwei Duschen die Woche, waren die Norm. So ist das. Kein Ärger im allgemeinen, nur ein massiver Einschluß.

Nach fünf Monaten wurde ich in eine kleine Einheit von sechs Zellen verlegt, die ausgewählte Gefangene beinhalteten, vor denen der Knast keinerlei Furcht hatte. Einige waren zu ihrem eigenen Schutz da (ernste Vergewaltigungssache), und andere waren da, weil sie in Schlüsselgebieten des Knastes arbeiteten. Die Zellen dort waren doppelt so groß wie normal und hatten fließend warmes Wasser. Ich war immer noch in der 23-Stunden-Einschluß-Situation, bis ein Befehl vom BGH kam, daß einige Restriktionen gelockert werden könnten ... Ich konnte jetzt zur Sonntagsmesse gehen, wenn ich wollte, und konnte mit den ausgewählten Gefangenen einige Stunden am Tag reden, wenn ich wollte. Einmal die Woche Fernsehen und einmal im Monat ein Film. Dies erlaubte mir eingeschränkte soziale Interaktionen, über die ich froh war und die ich ergriff.

Es gab eine Anordnung des GBA, mich bei Besuchern zweimal nackt zu durchsuchen und zweimal die Klamotten zu wechseln. Die Besuche werden immer noch vom LKA aus München, einem staatlichen Dolmetscher und einem Dolmetscher des Knastes sowie einem Gefängniswärter begleitet. Viele Probleme kleiner, aber ärgerlicher Natur wurden in den Besuchen geschaffen. Z.B.: Ich hatte einen Besuch von einer Frau aus Frankfurt und war dabei, den Mord an drei irischen Genossen und Genossinnen in Gibraltar im März 88 zu diskutieren, und die Diskussion wurde gestoppt, und mir wurde gesagt, daß es mir nicht gestattet sei, über solche Dinge zu reden. Ein anderes Beispiel bei einem anderen Besuch war, als das LKA den Raum betrat, informierten sie mich gleich am Anfang, daß es mir nicht gestattet sei, irgend einen der kürzlichen IRA-Angriffe innerhalb der BRD zu diskutieren oder zu verherrlichen. Bei einem dritten Besuch wurde das LKA am Punkt der Zensur zur Rede gestellt, und ich erzählte ihnen, daß, wenn sie es wünschten zu zensieren, dann können sie den Besuch insgesamt stoppen, und wir können wegen diesem Punkt vor Gericht gehen, um zu sehen, was illegal ist und was nicht, und worüber ich reden kann und worüber nicht. Dies half, die Fronten klarzustellen, und seitdem sind keine Unterbrechungen mehr aufgetreten. Aber die mit dieser Handvoll unwillkommener Leute ausgetragenen Konflikte hinterließen nur Frustration und Ärger bei den Besuchern, und die Interaktion ist sehr gestört, wenn jedes Wort mitgeschrieben wird. Bei vielen Besuchern wurde ein verrücktes System installiert, das so aussah, daß nur ein Blatt Papier zum Notieren benutzt wurde, dann wurde der Besuch gestoppt und das Blatt überprüft, dann

wurde der Besuch fortgesetzt für die Länge eines weiteren Blattes, dann wieder gestoppt für's Überprüfen und so weiter die ganze Dauer des Besuches. Bei einigen Besuchern merkte ich, daß das LKA sich eine offene Konfrontation wünschte, und manchmal waren sie nahe dran, sie zu bekommen, denn diese Art Besuch kann zu einem aggressiven Gefühl runden führen.

Das Nackt-Durchsuchen ist ein anderes Feld, das einfach danach schmeckt, den Geist zu brechen zu versuchen. Es wurde vom GBA für jeden Besuch angeordnet, obwohl es nur zu bekannt ist, daß ich bei einem Besuch hier alleine von meiner Zelle zum Rezeptionsgebiet eskortiert werde, nackt durchsucht, meine Klamotten werden gewechselt, und dann werde ich allein zum Besucherraum eskortiert. Wenn ich da ankomme, ist die oben erwähnte Menge an Leuten plus meinem Besucher schon dort. Zu keiner Zeit wird mir irgend ein langer Kontakt erlaubt. Sogar mit engen Familienangehörigen ist es eine Sache von schneller Umarmung und Kuß und Handschütteln. Während des Besuches gibt es keinen Kontakt, weil da immer Tische sind mit dem LKA & Co. dazwischen, die mich von meinen Besuchern trennen. Nach dem Besuch wieder das Nackt-Durchsuchen und das Wechseln der Klamotten, obwohl es allen Betroffenen klar ist, daß jeder kleine Kontakt genau gefilmt wird, so daß es kein aktuelles Sicherheitsrisiko gibt. Deshalb sehe ich dies letztendlich als eine urale Taktik an, die versucht, den Gefangenen klein zu machen und den Widerstand zu zerstören. Viele Gefangene handeln mit dieser widerlichen Praxis auf viele Weisen. Ich fühle mich zu diesen Zeiten auf vielfältige Weise erniedrigt, aber kann nur reagieren, indem ich das Ausziehen, so lange ich kann, in die Länge ziehe und währenddessen genau in die Gesichter der Schließer starre, während sie meine Klamotten durchsuchen, was gewöhnlich bei ihnen den Effekt hervorruft, daß sie sich abwenden. Letztendlich bricht dies weder meinen Willen noch meine Stärke, und meine mittlerweile rituelle Frage jedesmal an die Schließer: „Gefällt Euch das?“ macht sie verlegener als mich.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 64 42.
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Tel. 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 439 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Verstandsstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzter; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Küstler. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront; AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagehinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken. Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenheft, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie: 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S. 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S. 1,20 DM
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S. 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S. 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Döwustr. 55, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 11 0822, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD. Feyda Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo: 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe
der Politischen Berichte
(zutreffendes bitte ankreuzen)

- o 10 Ausgaben für 10 Mark
(Schein belegen) zum Kennenlernen.
- o im Jahresabonnement
(52.— DM bei Einzelabo).
- o im Halbjahresabonnement
(26.— DM bei Einzelabo).
- o Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
Bank
Unterschrift:

Vorbereitungen auf die Wahl am 2. Dezember

Dokumentiert: Beschlüsse von DKP, PDS, VSP, Programmentwurf der „Linke Liste/PDS“, Beschlüsse der „Roten Tische“, Entwurf des Wahlgesetzes

Eine Kommentierung der Entwicklung der Linken Liste/PDS ist für unsere Zeitung schwierig. Der Gründerkreis verhält sich uns gegenüber nicht kooperativ, und es bedarf eines beträchtlichen Aufwandes, überhaupt etwas zu erfahren. Das Statut der Linken Liste/PDS haben wir immer noch nicht kriegen können. Andererseits ergibt sich, daß die Landesverbände bzw. Kreisverbände der PDS ganz offensichtlich an einer vorurteilsfreien und solidarischen Zusammenarbeit mit BRD-Linken interessiert sind. Ohne Zweifel werden die Angriffe der Reaktionäre auf die DDR-Linke, und besonders auf die PDS, immer schärfer werden. Die Solidarität mit der DDR-Linken wird ein Hauptinhalt des Wahlkampfes sein. Wir rufen dazu auf, auch der PDS jede Möglichkeit zu geben, ihren Standpunkt in der BRD-Öffentlichkeit zu vertreten.

Die Entwicklung der Linken Liste/PDS in der BRD ist aus dem Stadium der Vorklärungen noch nicht herausgekommen. Der Gründerkreis begreift erst langsam, daß sich die BRD-Linke nicht in irgendein Huckepack der PDS begeben kann, sondern sich in diesem Wahlkampf schon selber ziemlich breit organisieren muß. Wenn das nicht gelingt, werden sich weder die Medien noch die Wähler für die Linke Liste/PDS interessieren. So wie sich die wahlrechtliche Situation entwickelt hat, müssen Unterschriften

gesammelt werden, in den Flächenstaaten 2000. Es ist nicht mehr uferlos viel Zeit für die Aufstellung von Landeslisten übrig.

Wie stellt sich die wahlrechtliche Situation dar? Der Bundeswahlleiter gibt uns folgende Auskünfte:

Gegenwärtig ist das Wahlrecht noch weiter offen. Der Bundestag hat nach dem Scheitern der Abstimmung in der Volkskammer seine Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes ausgesetzt. Lediglich der Termin 2. Dezember ist von der Bundesregierung nunmehr offiziell beim Bundespräsidenten beantragt. Der hat noch nicht entschieden. Von den Grünen ist eine Verfassungsklage gegen das Wahlgesetz, sollte es in der jetzt vorliegenden und in 1. Lesung im Bundestag gebilligten Fassung verabschiedet werden, angekündigt. Unter all diesen Vorbehalten teilt der Bundeswahlleiter folgendes mit:

a) Eine neue Beratung und Entscheidung der DDR-Volkskammer ist für den 22. August angesetzt. Für den folgenden Tag, den 23. August, ist eine erneute Sondersitzung des Bundestags einberufen. Diese soll nach Passieren des Wahlrechts in der Volkskammer das vorliegende Gesetz unverändert in 2. und 3. Lesung verabschieden. Danach ist für den 24. August der Bundesrat einberufen, ebenfalls zu einer Sondersitzung. Der würde das Gesetz auch

verabschieden, so daß es zur Gegenzeichnung und Veröffentlichung zum Bundespräsidenten geht.

b) Sollte all dies gelingen und das jetzt vorliegende Wahlgesetz unverändert in Kraft treten und auch vom BVerfG nicht beanstandet werden, so gelten folgende Fristen, Termine etc.:

a) Bis zum 47. Tag vor der Wahl, d.h. dem 16. Oktober, müssen Kandidaturen beim Bundeswahlleiter angezeigt sein.

b) Bis zum 34. Tag vor den Wahlen, d.h. bis zum 29. Oktober, müssen die Landeslisten, Kreiswahlvorschläge und sämtliche erforderlichen Unterschriften bei den Kreis- und Landeswahlleitern angezeigt und vorgelegt werden. Im Fall des Bündnisses Linke Liste/PDS wären das 1 Promille der Wahlberechtigten je Bundesland der BRD als Unterstützungsunterschriften, maximal 2000 Unterschriften je Land, und evtl. 200 Unterstützungsunterschriften für jeden Kreiswahlvorschlag, also Direktkandidaten.

c) Listenverbindungen (Huckepack) von Landeslisten müssen beim Bundeswahlleiter spätestens am 20. Tag vor den Wahlen, d.h. am 12. November, mitgeteilt sein.

Wir hoffen, in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte über die Bildung von Landesverbänden berichten zu können und auch über die Vorbereitung zu dem Programm Kongress, zu dem der Gründerkreis am 15. 9. einladet. — (rül, maf)

2. Konferenz des „Roten Tisches“

Festigung der Zusammenarbeit sozialistischer Kräfte

Der Teilnehmerkreis der 2. Konferenz des „Roten Tisches“ in Leverkusen am 4./5. August 1990 war gegenüber der letzten Konferenz im wesentlichen unverändert. Die PDS war durch zwei regionale Vertreter aus Sachsen und einen Beauftragten des Parteivorstandes, Eckhard Heinze, vertreten, der laut eigener Aussage ausdrücklich beauftragt war, der Konferenz über die Pläne der PDS mit dem Wahlbündnis PDS/Linke Liste zu berichten und die Meinung des „Roten Tisches“ einzuhören und noch in der Nacht von Samstag auf Sonntag nach Berlin zurückzukehren, um zu berichten, bevor das Wahlbündnis in Berlin gegründet wird. Der KB war nicht mehr anwesend. Die Volksfront war erstmal anwesend.

II. Die Konferenz verabschiedete einmütig einen Brief mit folgendem Wortlaut:

„Vorlage für das Arbeitstreffen Linke Liste / PDS in Berlin, 5. 8. 90“

Vorbemerkung: Der zentrale Rote Tisch kritisiert das Vorgehen bei der Bildung der Linken Liste/PDS, weil es linke Organisationen und Realitäten außen vorgelassen hat, und formuliert gleichzeitig inhaltliche Positionen zur Teilnahme an dem am 5. 8. zu bildenden Wahlbündnis, bei dem die inhaltlichen Positionen bei der Erstellung des Minimalprogrammes berücksichtigt werden sollen.

1. Der zentrale Rote Tisch (Leverkusen, 4. 8.) gibt die bisher vorliegenden Ergebnisse der regionalen Roten Tische und Bündnisse in der BRD der Linken Liste/PDS zur Kenntnis mit der Aufforderung, diese Ergebnisse bei der Erstellung der Wahlplattform eines linken Wahlbündnisses zu den kommenden Wahlen zu berücksichtigen. Es handelt sich um die Ergebnisse des Roten Tisches Hamburg, der Linken Liste Berlin-West, des Bündnisses für eine sozialistische Kandidatur München, des Bündnisses für eine Linke Liste/PDS Baden-Württemberg und des Bündnistreffens Niedersachsens.

2. In gleicher Weise müssen die Ergebnisse regionaler linker Bündnisse in der DDR berücksichtigt werden (Kontaktbüros und linke Plattformen).

3. Die zentrale Wahlplattform sollte u.E. so knapp und bündig wie möglich formuliert sein. Die Landesverbände der Wahlpartei müssen die Möglichkeit haben, einzelne Punkte selber auszuformulieren bzw. zu ergänzen und ihre inneren Verhältnisse selbstständig zu gestalten.

4. Bei der Formulierung einer zentralen Wahlplattform kommt es uns insbesondere auf folgende Punkte an:

Das Wahlbündnis wendet sich gegen die Einverleibung der DDR, ihre politischen und sozialen Konsequenzen und gegen die Gefahren, die von einem imperialistischen Großdeutschland ausgehen;

— gegen den Militarismus — für einen radikalen Antimilitarismus

— Verteidigung und Ausweitung sozialer und politischer Rechte. Abwehr aller Versuche des Kapitals, die Arbeiterbewegung zu spalten und gegeneinander auszuspielen

— gegen Rassismus und Nationalismus: uneingeschränkte Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Menschen, die hier leben und arbeiten

— Ächtung aller faschistischen und rassistischen Organisationen und Propaganda

— Beseitigung aller Gesetze und Bestimmungen, die Frauen und sexuelle Minderheiten diskriminieren. Weg mit dem § 218

— Für Völkerfreundschaft und internationale Solidarität

— Umweltschutz muß vor allem gegen die Profitinteressen des Kapitals durchgesetzt werden

— Das Wahlbündnis hat die Aufgabe, im Sinne der o.g. Punkte Widerstand zu organisieren und sich an außerparlamentarischen Aktivitäten zu beteiligen.

5. Einbeziehung und gleichberechtigtes Mitwir-

ken der regionalen Roten Tische, des zentralen Roten Tisches, der linken Wahlbündnisse und der darin vertretenen Organisationen und aller linken Kräfte, die es wünschen, bei der Einladung zu den Gründungsversammlungen der Landesverbände und zur zentralen Wahlkonferenz.

6. Die Sitzungen der Wahlpartei sind bündnisöffentlich und angekündigt.

7. Die beteiligten Parteien/Gruppierungen/Organisationen etc. behalten ihre volle organisatorische Selbständigkeit.

8. Wir sind der Auffassung, daß die Wahlpartei bei der Namensgebung die Situation in der DDR berücksichtigen muß.

Zentraler Roter Tisch
Leverkusen, 4. 8. 90“

III. Das Ergebnis der gesamten Konferenz wurde dann am Sonntag in einer — diesmal von allen beteiligten Organisationen getragenen — Abschlußerklärung zusammengefaßt. Diese lautet:

„Am 4./5. August 1990 fand in Leverkusen das 2. zentrale Treffen des „Roten Tisches“ von sozialistischen und kommunistischen Organisationen und Personen aus der BRD und der DDR statt.

An der Konferenz nahmen teil (in alphabetischer Reihenfolge):

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Bund Westdeutscher Kommunisten, Deutsche Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Deutschlands (DDR), Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands, parteilose Gewerkschafter/innen, Partei des Demokratischen Sozialismus, Vereinigte Sozialistische Partei, Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

Themen der Konferenz waren:

1. Beratung über die kommenden Wahlen und die Möglichkeiten eines Wahlbündnisses sozialistischer Kräfte aus der BRD und der DDR

2. Beratung über eine Sozialcharta der Linken

3. Beratung über eine Zusammenarbeit auf pribalistischem Gebiet

4. Beratung über gemeinsame Seminare

Zu 1: Seit dem 1. Treffen des Roten Tisches haben mehrere regionale und lokale Rote Tische oder ähnliche Bündnistreffen stattgefunden. Die Ergebnisse dieser Treffen wurden auf der Konferenz dargestellt. Ein Vertreter des PDS-Parteivorstandes berichtete über das Wahlbündnis Linke Liste/PDS. Die Konferenz verabschiedete einen Brief an das „Arbeitstreffen“ der Vorbereitungsgruppe dieses Wahlbündnisses am 5. 8. 90 in Berlin und beauftragte den Vertreter der PDS, diesen Brief zu übergeben und mündlich zu erläutern.

Zu 2: Es wurde die Einrichtung einer bundesweiten Arbeitsgruppe beschlossen, zu der am 24. August auf einem ersten Treffen in Leverkusen öffentlich eingeladen werden soll.

Zu 3: Ein erstes Treffen interessanter Redaktionen findet am 18. 8. 90 statt. Alle Organisationen äußerten Interesse an einer engeren Zusammenarbeit der Redaktionen und an einer Vertiefung der theoretischen Diskussion.

Zu 4: Als ein erster Schritt wurde vorgeschlagen, die Seminare/Seminarvorhaben und Seminar-einrichtungen der einzelnen Organisationen gegenseitig mitzuteilen und zugänglich zu machen.

Das nächste Treffen des „Roten Tisches“ soll am 20./21. 10. stattfinden. Zu seiner Vorbereitung wurde eine Vorbereitungsgruppe gebildet.

Anlagen:

— Brief des 2. Roten Tisches an das Arbeitstreffen in Berlin, Ergebnisse der regionalen Bündnistreffen

— Überlegungen zur Zeitungsarbeit

— Thesen zur Sozialcharta

Die Teilnehmer des Roten Tisches laden alle sozialistischen und linken Kräfte ein, sich am „Roten Tisch“ zu beteiligen.“

— (rül)

Vorbereitungen auf die Wahl am 2. Dezember

Dokumentiert: Beschlüsse von DKP, PDS, VSP, Programmentwurf der „Linke Liste/PDS“, Beschlüsse der „Roten Tische“, Entwurf des Wahlgesetzes

verabschiedet, so daß es zur Gegenzeichnung und Veröffentlichung zum Bundespräsidenten geht.

b) Sollte all dies gelingen und das jetzt vorliegende Wahlgesetz unverändert in Kraft treten und auch vom BVerfG nicht beanstandet werden, so gelten folgende Fristen, Termine etc.:

a) Bis zum 47. Tag vor der Wahl, d.h. dem 16. Oktober, müssen Kandidaturen beim Bundeswahlleiter angezeigt sein.

b) Bis zum 34. Tag vor den Wahlen, d.h. bis zum 29. Oktober, müssen die Landeslisten, Kreiswahlvorschläge und sämtliche erforderlichen Unterschriften bei den Kreis- und Landeswahlleitern angezeigt und vorgelegt werden. Im Fall des Bündnisses Linke Liste/PDS wären das 1 Promille der Wahlberechtigten je Bundesland der BRD als Unterstützungsunterschriften, maximal 2000 Unterschriften je Land, und evtl. 200 Unterstützungsunterschriften für jeden Kreiswahlvorschlag, also Direktkandidaten.

c) Listenverbindungen (Huckepack) von Landeslisten müssen beim Bundeswahlleiter spätestens am 20. Tag vor den Wahlen, d.h. am 12. November, mitgeteilt sein.

Wir hoffen, in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte über die Bildung von Landesverbänden berichten zu können und auch über die Vorbereitung zu dem Programm Kongress, zu dem der Gründerkreis am 15. 9. einladet. — (rül, maf)

Beschlüsse der PDS zu Deutschen Wahlen

Dokumentation der Beschlüsse des PDS-PV vom 21. 7. und 9. 8. 90

Beschluß des Parteivorstandes vom 21. 7. 1990 zur Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen

Nach dem Willen der Regierungskoalitionen in Bonn und Berlin sollen noch in diesem Jahr Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament stattfinden.

Obwohl bisher weder Regierungsbeschlüsse noch gesetzliche Regelungen vorliegen, ist es notwendig, daß der Parteivorstand seine Position zu gesamtdeutschen Wahlen näher bestimmt.

I. In den Regierungsparteien in Ost und West ist der Streit um den Wahlmodus und die Festlegung des Wahlgebietes entbrannt.

Die PDS tritt grundsätzlich für Wahlen ohne Sperrklausel ein. Die nach Bundeswahlgesetz vorgeschriebene Fünfprozentklausel und die ausschließliche Ausschreibung für Parteien sind weder demokratisch noch bieten sie Chancengleichheit. Sie richtet sich vor allem gegen die gleichberechtigte Teilnahme der Bürgerbewegungen an der parlamentarischen Arbeit.

Wir erklären unsere Absicht, unabhängig von den noch zu verabschiedenden Sperrklauseln und Einschränkungen durch die Herrschenden, uns in einem einheitlichen Wahlgebiet im Bündnis mit linken Kräften und Bewegungen aus der BRD und der DDR bzw. als Partei mit offenen Listen an den Wahlen zu beteiligen. Da nach bisher geltendem Recht ein einheitliches Wahlgebiet den bereits vollzogenen Schritt der Vereinigung voraussetzen würde, ist auch die Festlegung von zwei getrennten Wahlgebieten (DDR und BRD) möglich.

Die PDS stellt sich deshalb auch darauf ein, daß in der BRD und in der DDR gesondert gewählt werden könnte. In diesem Falle würde die PDS auf dem Gebiet der DDR mit offenen Listen antreten. Die linken Kräfte in der BRD müßten selbst entscheiden, ob sie dann auf Bundesgebiet in einer „Linke Liste“ zur Wahl antreten. Der Parteivorstand erklärt seine Bereitschaft, den Wahlkampf einer linken Liste oder PDS (BRD) mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen und bietet linken Kräften aus der BRD die Möglichkeit an, auf Landeslisten der PDS in der DDR zu kandidieren.

Im Interesse der Chancengleichheit für alle Parteien beantragt die PDS offiziell bei den Präsidenten der Volkskammer und des Bundestages, baldigst über den Termin des Wahltages, die Verkürzung der für Wahlmodalitäten nach dem Bundeswahlgesetz festgesetzten Fristen und die zur Anwendung kommenden wahlrechtlichen Regelungen zu entscheiden.

II. Der Parteivorstand spricht sich für das Zustandekommen einer „Linke Liste“ im Falle eines einheitlichen Wahlgebietes für die Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament aus.

Da nach bisher gültigem Bundeswahlgesetz § 18, Absatz 2, diese linke Liste als neue Wahlpartei bis zum 3. September beim Bundeswahlleiter angezeigt werden müßte, stellt sich der Parteivorstand darauf ein, kurzfristig im Falle des Zustandekommens einer gesamtdeutschen „Linke Liste“ für Ende August einen Sonderparteitag einzuberufen. Dieser Parteitag müßte am 2. Tag gemeinsam mit den gewählten Vertretern der linken Liste aus der BRD ein gemeinsames Wahlprogramm und eine Satzung verabschieden.

Der Parteivorstand beauftragt das Präsidium, wenn es notwendig wird, sofort einen Sonderparteitag vorzubereiten bzw. alle Voraussetzungen für die Beteiligung der PDS an gesamtdeutschen Wahlen mit offenen Listen zu schaffen. Der Parteivorstand erklärt seine Bereitschaft, mit allen Parteien, Organisationen und Bewegungen ein Bündnis einzugehen, die mit uns in wesentlichen programmativen Zielstellungen übereinstimmen. Wichtigste Grundsätze eines solchen Programms können nach unserer Auffassung sein:

1. Umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, Ergänzung und Weiterentwicklung par-

lamentarischer Demokratie durch basisdemokratische und außerparlamentarische Möglichkeiten und eine effektive Wirtschaftsdemokratie, Ausbau gewerkschaftlicher Rechte und der Rechte der Werktagen auf Mitbestimmung, Verbot der Aussperrung.

2. Soziale Gleichberechtigung beim Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Wissenschaft, gegen deren Unterordnung unter den kapitalistischen Markt und gegen politische Einschränkungen außer im Falle von Rassismus, Völkerhaß, Friedens und Menschenfeindlichkeit.

3. Ökologisierung von Produktions und Lebensweise der gesamten Gesellschaft, vorsorgende Umweltpolitik statt ökologische Reparaturen, konsequente Anwendung des Verursacherprinzips.

4. Gleichstellung von Frau und Mann, das Durchbrechen patriarchalischer Strukturen sowie Quotierungen in allen gesellschaftlich wichtigen Bereichen.

5. Durchsetzung des Prinzips der Freiheit des Zugangs zu Informationen und des demokratischen Umgangs mit ihnen sowie der Demokratisierung der Medien.

</



DDR: Protest gegen „Anschluß“-Folgen

getrennten Wahlgebieten) verbinden wir zwei entscheidende Ziele:

Erstens den Einzug ins gesamtdeutsche Parlament,

zweitens die Nutzung der Wahlen für die Formierung einer linken/sozialistischen Partei/Bewegung in ganz Deutschland.

Der Parteivorstand läßt sich in seinen Entscheidungen über die Art und Weise der Wahlbeteiligung und des Wahlkampfes auf dem Gebiet der bisherigen BRD deshalb zuerst davon leiten, was der Zukunft einer linken/sozialistischen Partei/Bewegung in Gesamtdeutschland am meisten dient.

Wir wenden uns an alle PDS-Initiativen und -Freundeskreise, alle Sympathisanten unserer Partei in der BRD.

Das Ziel, den Einzug ins gesamtdeutsche Parlament zu sichern, ist realistisch. Dabei richtet die PDS bei einem einheitlichen Wahlgebiet mit möglicher Fünfprozentsperrklausel alle ihre Kraft drauf, in einigen PDS-Hochburgen im Norden der DDR mindestens drei Direktmandate mit den Erststimmen der Wähler zu erhalten. (Bei Erreichen von drei Direktmandaten entfällt die Fünfprozentsperrklausel, die entsprechende Partei erhält also anteilmäßig so viele Mandate, wie sie Zweitstimmen auf den Landeslisten erhalten hat.)

IV. Der Wahlkampf zum gesamtdeutschen Parlament erfordert von der PDS, die Interessen der Werktätigen beider deutscher Staaten zu berücksichtigen.

Zum einen ist die PDS bestrebt, konsequenter Interessenvertreter all der DDR-Bürger zu sein, die mit aufrechtem Gang in die deutsche Einheit gehen wollen oder die Benachteiligten des überreichten Zusammengehens der beiden deutschen Staaten sind. Zum anderen wendet sie sich entschieden dagegen, die Interessen der Werktätigen der beiden deutschen Staaten gegeneinander auszuspielen und wird sich bemühen, daß linkskritische und sozialistische Wählerpotential der BRD zu gewinnen.

Beide Orientierungen dieser Wahlstrategie müssen sich nicht widersprechen, sondern können einander bedingen, wenn der Wahlkampf (schon bei den Landtagswahlen) immer mit Blick auf die Neuformierung der Linken in Gesamtdeutschland geführt wird.

Diese Neuformierung erfordert vor allem, für folgende Forderungen einzutreten:

Ringen um neue gesellschaftliche Prioritäten, die nicht am Maß des kapitalistischen Profits,

Programm Linke Liste/PDS

Präambel

Die deutsche Vereinigung rollt. Die Bundesrepublik verlebt sich die DDR ein. Nicht nur denjenigen, die unter der im Westen gefeierten Parole „Wir sind das Volk“ diese Entwicklung in Gang setzen, sondern der gesamten Bevölkerung bleibt nur die Statistenrolle. Gegen den nationalen Tau-mel steht allerdings die Wirklichkeit des „neuen“ Deutschland: Die enormen Kosten des Anschlusses werden von Lohn- und GehaltsempfängerInnen durch Einkommensbegrenzungen, Verdichtung/Verlängerung der Arbeitszeiten und durch erzwungene Mobilität aufzubringen sein, während den Unternehmen und Banken für 1991 weitere Steuersenkungen in Aussicht gestellt sind. Millionenfache Erwerbslosigkeit in Ost wie West; Absenkung sozialer und demokratischer Standards in der BRD auf der einen und Konzentration der ökonomischen Macht in Gesamtdeutschland auf der anderen Seite; reaktionäres Roll-Back gegen Fraueninteressen und feministische Ideen; Nato-Mitgliedschaft, AusländerInnenfeindlichkeit und Berufsverbote: Das ist das soziale und politische Profil der Adenauer-Ära, nur größer, stärker, mächtiger. Es verbindet sich mit einem auch von anderen Völkern mit Sorge wahrgenommenen Trend zum neuen na-

tionalen Triumphalismus in der deutschen Politik.

Die Übernahme der kapitalistischen Marktwirtschaft in der DDR wird zweifelsohne Reichtum für neue (Ost) und alte (West) UnternehmerInnen bringen. Auch ein Teil der „einfachen Bevölkerung“ wird mit einem hohen Lebensstandard rechnen können. Aber die feierliche Beschwörung des Endes der Nachkriegsordnung kündigt auch an: Die Neu-Durchsetzung und Effektivierung von gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen, die täglich neue Opfer produzieren, ist nicht einfach Begleiterscheinung, sondern Voraussetzung von Verhältnissen, die Menschen zur Arbeit in schädlichen Produktionen zwingen, weil ansonsten das psychische und soziale Elend der Erwerbslosigkeit droht; von einer Ordnung, in der die systematische Vernutzung und Verseuchung der Natur genauso Erfolg verspricht wie die Ausplünderung der „Dritten Welt“; von Strukturen, die Frauen in eine mehrfach aussaugende Arbeitsteilung pressen und Gewaltverhältnisse erneuern. Unabhängig vom (berechtigten) Scheitern des „realen Sozialismus“ und entgegen dem Überlegenheitsgedanke der westlichen Welt halten wir daran fest: Jeder der oben genannten Gründe ist weiterhin gut genug, gegen Strukturen dieser Gesellschaftsordnung zu oppo-

nieren.

Die politische Linke steht vor zwei Aufgaben: Zum einen werden wir mit einem Vernichtungsfeldzug gegen die sozialistische Idee konfrontiert sein. Dagegen werden sich alle, die an den Zielen und Idealen einer demokratischen, herrschafts- und ausbeutungsfreien Gesellschaft festhalten wollen, wehren müssen. Zum anderen handelt es sich darum, ein Gegengewicht zum Nationalismus zu bilden. Darum, den von dieser Entwicklung hauptsächlich Betroffenen, den Erwerbslosen, Frauen, AusländerInnen und weiteren, Mut zu machen, Rückhalt zu geben und mit ihnen gemeinsam den politischen und sozialen Protest zu organisieren. Das ist nicht wenig. Aber an diesen Aufgaben erweist sich die Existenzberechtigung der Linken. Wir sind der Meinung, daß dafür ein Zusammenschluß von Teilen der Linken notwendig ist, der diese Opposition auch auf der Ebene eines gesamtdeutschen Parlaments vertreten kann.

Programm

Die Linke Liste / Partei des Demokratischen Sozialismus (Linke Liste / PDS) ist ein Zusammenschluß von BürgerInnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, die mit der PDS und anderen Linken in der Deutschen Demokratischen Republik im entstehenden Gesamtdeutschland gemeinsam eine Politik verwirklichen wollen, eine Politik, die zugleich demokratisch und sozialistisch ist.

Bedingung einer solchen Politik ist: Der Zusammenbruch des „Realsozialismus“ und die umfassende Krise jedweder sozialdemokratischer und sozialistischer Politik in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften muß schonungslos und selbstkritisch aufgearbeitet werden.

Der sozialstaatliche Kompromiß, wie er in der Bundesrepublik erkämpft wurde, bildet den Ausgangspunkt unserer Politik. Er hat jedoch nichts Grundsätzliches an den sozialen Antagonismen in der heutigen Gesellschaft geändert. Davon zeugen unter anderem: die Zerstörung der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen, Massenerwerbslosigkeit, die immer größer werdende Schere zwischen arm und reich, Disziplinierung und Demütigung durch staatliche „Wohlfahrtsämter“.

Die Linke Liste / PDS verteidigt die bestehenden Freiheiten einer parlamentarischen Demokratie gegenüber jeder Form diktatorischer Herrschaft als unverzichtbaren gesellschaftlichen Fortschritt und setzt sich dafür ein, die individuellen Freiheiten der BürgerInnen in einer Weise auszuweiten, die im Einklang mit den Überlebensforderungen der Menschheit, der Natur und einer gerechten Weltordnung steht.

Die Hoffnung vieler Menschen, das entstehende Gesamtdeutschland zu einem Ausbau der Demokratie zu nutzen, wurde von anderen politischen Parteien bisher zerstört. Solange es keinen demokratisierten Wirtschaftsbereich gibt, bleiben die Rechte von Individuen und Bürgerbewegungen begrenzt und stets gefährdet. Die Linke Liste / PDS fordert daher eine neue Verfassung, in der die Menschen- und Bürgerrechte erweitert werden, und auch gesellschaftliche Gruppen, Verbände und Bürgerbewegungen Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte erhalten. In der Verfassung sollen als einklagbare Rechte insbesondere das Recht auf den Schutz der Umwelt, auf qualifizierte Erwerbsarbeit, auf bezahlbare Wohnung sowie das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ebenso verankert werden wie das Aussperrungsverbot und die Pflicht zur Entmilitarisierung und Abrüstung. Wir treten für die Entwicklung einer multikulturellen Gesellschaft ein. Wir wenden uns gegen das diskriminierende und ausgrenzende Ausländergesetz der BRD. Wir wenden uns gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen.

Die rechtlichen, materiellen und städtebaulichen Bedingungen für Menschen mit Behinderungen sind so zu gestalten, daß sie entsprechend ihren Möglichkeiten selbstbestimmt leben können.

Beratung mit der „Linke Liste / PDS“

Bericht von dem Treffen mit der „Initiatorengruppe“ am 10.8. in Hamburg

An dem Treffen nahmen Vertreter der „Initiatorengruppe“, für die Heinrich Eckhoff (KB) und Joachim Bischoff (Zeitschrift „Sozialismus“) sprachen, und einem Vertreter der PDS Leute aus folgenden Organisationen teil: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, BWK, DKP, MLPD, PDS-Initiativen und -Freundeskreise (Hamburg, Nürnberg), Volksfront Hamburg und VSP. Sie kamen aus folgenden regionalen und örtlichen Zusammenschlüssen: Roter Tisch Hamburg; Koordinationsgruppe „Linke, sozialistische Kandidatur in Nds. zur gesamtdeutschen Wahl“; Freunde des Kommunismus in Oberhausen; Initiative für eine Linke Liste / PDS in Baden-Württemberg; Initiativen ähnlichen Namens in Nürnberg. Ob ev. Leute aus weiteren Organisationen oder Zusammenschlüssen im weiteren Verlauf hinzugekommen sind, wurde nicht festgestellt.

Das Treffen wurde mit Berichten von Bischoff und Eckhoff über den gegenwärtigen Stand der Linken Liste / PDS eröffnet. Demzufolge hatten sich bei der Gründung am 5.8. zwei Probleme ergeben: Erstens habe es in Bürgerbewegungen in der DDR die Überlegung gegeben, angesichts der verschärften Situation ein breites Personenbündnis (linksliberale Protestliste) zu bilden unter Einbeziehung von Personen aus der PDS. Deshalb habe

Die Linke Liste / PDS tritt für Abrüstung und Entmilitarisierung in allen Bereichen der Gesellschaft ein. Das neue entstehende Gesamtdeutschland darf nicht Mitglied der NATO sein. Wir setzen uns für eine europäische Wirtschafts- und Friedensordnung ein, die jeden Anspruch auf Vorherrschaft ausschließt.

Auch wirtschaftliche Strukturen und Macht können eine Form von Gewalt sein. Die Ausplünderung der unterentwickelten gehaltenen Länder kann nur durch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine neue internationale Arbeitsteilung abgeschafft werden. Eine Voraussetzung dafür ist ein Schuldenerlaß für die armen Länder. Wir solidarisieren uns mit allen um ihre ökonomische, soziale, politische und kulturelle Unabhängigkeit kämpfenden Völkern.

Für die Linke Liste / PDS stellen die Forderungen von Frauenbewegungen und Feministinnen eine wesentliche Erneuerung der Politik dar. Sie wendet sich mit allen politischen Mitteln gegen jede Form der Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen. Sie setzt sich für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Frauen ein; sie fordert die ersatzlose Streichung des § 218, wendet sich gegen jede Zwangsberatung und verlangt soziale und medizinisch akzeptable Bedingungen zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs. Auch innerparteilich bemüht sie sich, die Herrschaftsstrukturen zwischen Männern und Frauen aufzubrechen. Dazu gehört die Durchsetzung der Quotierung.

Das neue politische Denken erstreckt sich für uns auch auf den Bereich von Technologie und Produktivkraftentwicklung. Die staatlichen Wirtschaftswachstumskonzepte sichern keinen Übergang zu einer ökologisch verträglichen Lebensweise; der ökologische Umbau der Industrie, das Energie- und Verkehrssystem, eine ökologische Landwirtschaft erfordern neue technologische und gesellschaftliche Lösungen. Dies schließt den Abbau von umweltschädlichen Produktionsbereichen ein. Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie.

Das entstehende Gesamtdeutschland ist für viele soziale Schichten, nicht nur in der DDR, mit großen ökonomischen und sozialen Problemen verbunden. Nach unserer Auffassung sind aber die Ausgrenzung von ganzen Bevölkerungsgruppen aus dem Arbeitsleben, der Konkurrenzkampf unter den Werktätern und die krassen Gegensätze in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums kein Naturschicksal, sondern Folge kapitalistischen Wirtschafts.

Wir treten für eine Wirtschaftsordnung ein, in der jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit und die Bedingungen für eine qualifizierte Erwerbstätigkeit erhalten.

Wir setzen uns für weitere Arbeitszeitverkürzungen ohne Erhöhung des Leistungsdrucks in der verbleibenden Arbeitszeit bei gleichzeitiger Humanisierung der Arbeitswelt ein.

Die Linke Liste / PDS tritt für Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Wissenschaft ein. Wissenschaft, Kunst, Kultur und Journalismus sollen politisch und ökonomisch unabhängig sein. Die Informationsfreiheit muß für alle Mitglieder der Gesellschaft gelten, und nicht nur für die wirtschaftlich und politisch Mächtigen.

Die Linke Liste / PDS setzt sich kritisch mit jenen Kräften auseinander, die den Vorrang der Gewinnsteuerung bejahen. Wir fordern alle politischen Kräfte zum produktiven Streit über die weitere Demokratisierung aller Lebensbereiche auf. Die Linke Liste / PDS setzt sich für alle Formen einer konstruktiven Zusammenarbeit für die Verwirklichung dieser Ziele ein.

Die Linke Liste / PDS möchte ihre Politik gemeinsam mit BürgerInnen- und Bürgerbewegungen entwickeln und diese parlamentarisch und außerparlamentarisch vertreten.

Beratung mit der „Linke Liste / PDS“

Bericht von dem Treffen mit der „Initiatorengruppe“ am 10.8. in Hamburg

die Gründungssitzung am Montag früh unterbrochen werden müssen. Der Parteivorstand der PDS hätte einem solchen Projekt mehrheitlich den Vorrang gegeben. Diejenigen, die diese Überlegung angestellt hatten, hätten dann jedoch davon Abstand genommen, da eine solche Initiative vier Jahre zu früh käme und die zu erwartende Diskriminierungskampagne nicht auszuhalten sei. Zweitens war erst während der Gründungsversammlung aufgefallen, daß das PDS-Statut die Mitgliedschaft in einer anderen Partei verbiete. Deshalb habe die Linke Liste / PDS nicht wie vorgesehen aus 22 Persönlichkeiten aus der DDR und der BRD gegründet werden können. In der DDR kandidierte die PDS jetzt mit offenen Listen, unterstützt von der Vereinigten Linken und den Nelken. In der BRD kandidierte die Linke Liste / PDS. Es seien gemeinsame, paritätisch besetzte Gremien gebildet worden.

Auf der Gründungsversammlung seien ein Programm mit Präambel sowie ein Statut beschlossen worden. Diese Dokumente stellen die Geschäftsgrundlage dar, sie werden beim Bundeswahlleiter eingereicht. Von dieser Geschäftsgrundlage würde ausgegangen.

An der außerplanmäßigen PDS-Parteivorstandssitzung am 9.8. hätten 400 Personen teilgenommen. Die Stimmberichtigten hätten den Beschuß

für die Linke Liste/PDS einstimmig gefaßt. Am 12.8. sollten notwendige Abschlußarbeiten getätig (so am Statut) und Länderbeauftragte benannt werden, die mit der Bildung von Gründungskomitees für Landesverbände beauftragt seien. In der darauffolgenden Woche sollte die Linke Liste/PDS beim Bundeswahlleiter angemeldet werden. Ab sofort sollte ein Prozeß der Erarbeitung eines Wahlprogramms eingeleitet werden. Am 15.9. finde eine erste Wahlkonferenz statt, zu der Entwürfe vorgelegt würden. Anfang Oktober sollte das endgültige Wahlprogramm fertig sein. Auch sollten zentrale Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Verschiedene Kongresse fänden zu bestimmten Fragen statt.

Die PDS habe zwei Möglichkeiten einer Bündniswahl gesehen, einmal ein Organisations-Bündnis, wie dies angeblich die Roten Tische darstellten und von ihnen vertreten worden sei; zum anderen ein Personenbündnis. Aus Gründen der Erfolgsrichtigkeit habe sie sich gegen die Roten Tische entschieden und für die Personengruppe. Nur auf diese Weise könnten die notwendigen Wählerstimmen gewonnen werden. Bleibe man auf die traditionelle Linke beschränkt, käme die PDS nicht ins Parlament.

Es sei nicht beabsichtigt, jemanden auszugrenzen. Aber es werde auf keinen Fall geduldet, daß sich die Roten Tische jetzt in Landesverbände der Linke Liste/PDS umbenannten. Man suche ein anderes Profil. So sollten die zu bildenden Komitees und dann wahrscheinlich auch die Kandidaten geprägt sein durch die Bereiche „Frauen, Gewerkschaften, Kultur und Wissenschaft“. Man wolle auf jeden Fall einen Personenkreis außerhalb der kommunistischen Organisationen zusammenkriegen; dies sei bei den Roten Tischen ausgeschlossen. Vorschläge für die Kandidaten könne jeder machen, aber die schlüsselnde Entscheidung liege bei dem gesamtdeutschen Gremium. Der Wahlkampf werde über die Personen gemacht, die das repräsentieren sollten, was an Politik „rüberkommen“ solle. Solche Personen sind bisher, wie auch Nachfrage gesagt wurde, noch nicht gefunden.

Das Vorgehen der westdeutschen „Initiatorengruppe“ und im Zusammenhang damit auch der PDS wurde einmütig scharf kritisiert. Die Mehrheit der Anwesenden war nicht gewillt, den Putsch

einer nicht legitimierten Zentralclique hinzunehmen und sich aus den Auseinandersetzungen rund um die gesamtdeutschen Wahlen herauszuhalten. Fast alle äußerten eine große Bereitschaft, trotz des Putsches zu einer Zusammenarbeit zu kommen und die PDS im Wahlkampf zu unterstützen. Grundlage dafür war die — unter den Eingeladenen — weitreichende Übereinstimmung, daß Widerstand gegen die Anschlußpolitik geleistet werden muß und daß man in der scharfen Konfrontation zwischen Reaktion und Sozialismus Partei sei. Da das Programm kurzfristig verteilt worden war und keine Zeit bestand, es zu lesen, spielte die Auseinandersetzung um programmatische Fragen kaum eine Rolle. Die Auseinandersetzung konzentrierte sich auf die Frage, ob die bestehenden Initiativen und interessierten Organisationen und Personen, die auf örtlicher und Landesebene eine Zusammenarbeit in Sachen Wahlen begonnen haben, die Möglichkeit zur Einflußnahme haben werden oder nicht. In dieser Auseinandersetzung machten die Sprecher der „Initiatorengruppe“ folgende Zusagen:

Die Linke Liste/PDS wird, obwohl die Initiatoren dies eigentlich verhindern wollten, Mitglieder aufnehmen. Ansonsten geriete sie auch in Konflikt mit dem Parteiengesetz. Die Landesversammlungen und örtlichen Versammlungen der Linke Liste/PDS werden offen sein und nicht nur Mitgliedern der Linke Liste/PDS, sondern auch Nichtmitgliedern Einflußmöglichkeiten geben. Es ist allerdings nicht ganz klar geworden, welche Rechte die Landesversammlungen schlussendlich haben werden. In der ersten Phase der Diskussion hatten die Vertreter der „Initiatorengruppe“ den zentralen Gremien, die sie nicht halten wollen, vorbehalten, letzte Entscheidungen z.B. über die Kandidaten oder auch über die Vereinbarkeit programmatischer Aussagen zu treffen. Diesen Vorbehalt haben sie gegen Ende der Auseinandersetzung nicht mehr aufrechterhalten können.

Sie kündigten an, daß sich die zu benennenden Landesbeauftragten in einem Zeitraum von maximal zehn bis zwölf Tagen an die verschiedenen Initiativen und Organisationen auf Landesebene wenden würden und daß die Einberufung der Landesversammlung mit ihnen und ev. anderen gemeinsam geschehen werde. — (scc)

DKP unterstützt Wahlbündnis

Beschluß des Parteivorstands vom 11.8.1990

Auf seiner 4. (außerordentlichen) Tagung am 11.8.1990 befaßte sich der Parteivorstand der DKP mit den gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 und faßte dazu den folgenden Beschuß:
„Der Parteivorstand der DKP begrüßt auf seiner 4. (außerordentlichen) Tagung das Zustandekommen der Listenverbindung Linke Liste/PDS und Offene Liste/PDS.“

Wir unterstützen das Personenbündnis zu den Wahlen am 2. Dezember. Es bietet die Chance, daß eine linke Kraft im gesamtdeutschen Parlament sein wird. Gleichzeitig sehen wir in dem Bündnis die Möglichkeit, eine neue politische Kultur im Umgang miteinander zu fördern. Dazu gehört u. E.

die Gleichberechtigung aller am Bündnis beteiligten Kräfte und Personen.

Die DKP und ihre Mitglieder werden ihre Wahlkampfaktivitäten mit eigenständigem Profil in das Ringen um parlamentarische Positionen der Linken einbringen. Zugleich werden sie den Prozeß der Erneuerung der DKP fortsetzen und einen Beitrag zur Neuformierung der sozialistischen Linken in Deutschland leisten.

Eine Beschußfassung über Wahlausagen der DKP und Formen des Eingreifens in den Wahlkampf wird auf der Parteivorstandstagung am 25.8.1990 vorgenommen.“

Quelle: DKP-Presseinst vom 11.8.1990

VSP-ZK zu den Wahlen

ZK-Beschluß vom 12.8. zur „Reichstagswahl“

1. Wir wenden uns gegen alle Wahlmanipulationen und Wahlbehinderungen im alten und im geplanten neuen Wahlgesetz, die Kandidaturen treffen sollen, die den Herrschenden nicht passen. Dies gilt insbesondere für die undemokratische 5-Prozent-Klausel und die sogenannte „Huckepackregelung“ zugunsten der DSU und gegen die PDS und Teile der Bürgerbewegung der DDR.

2. Wir stellen fest, daß beim gegenwärtigen Stand des Projekts Linke Liste/PDS die Chance für eine breite, sozialistische Kandidatur nicht optimal genutzt wird. Dies gilt vor allem für die programmatische und politische Ebene: Die Linke Liste/PDS

— strebt bisher keine Plattform an, die die Kritik an der DDR-Annexion und die Folgen des Anschlusses in den Mittelpunkt stellt;

— sie beinhaltet keine ernsthafte Auseinandersetzung mit der SED- und DDR-Vergangenheit;

— sie kritisiert nicht die Begrenztheit bürgerlich-parlamentarischer Demokratie;

— und sie verzerrt in ihrer Einschätzung des real existierenden Kapitalismus eine völlig illusionäre Position, wenn sie den „sozialstaatlichen Kompro miß“, wie er in der Bundesrepublik erkämpft wurde“ zum „Ausgangspunkt unserer Politik“ machen will (Programm).

Wir bedauern, daß es nicht gelang, mit den linken Kräften in den Bürgerbewegungen der DDR, die einen wesentlichen Beitrag zum Sturz des Honecker-Regimes leisteten, ein Bündnis zustande zu bringen.

3. Die VSP hat sich von Anfang an an den Diskussionen zur Bildung eines linken Bündnisses beteiligt. Auch wenn wir die genannten programmatischen und politischen Rückschritte sehen, auch wenn wir die wenig demokratische Art und Weise, wie linke Gruppen und Positionen ausgegrenzt werden, kritisieren, werden wir uns weiter an ent-

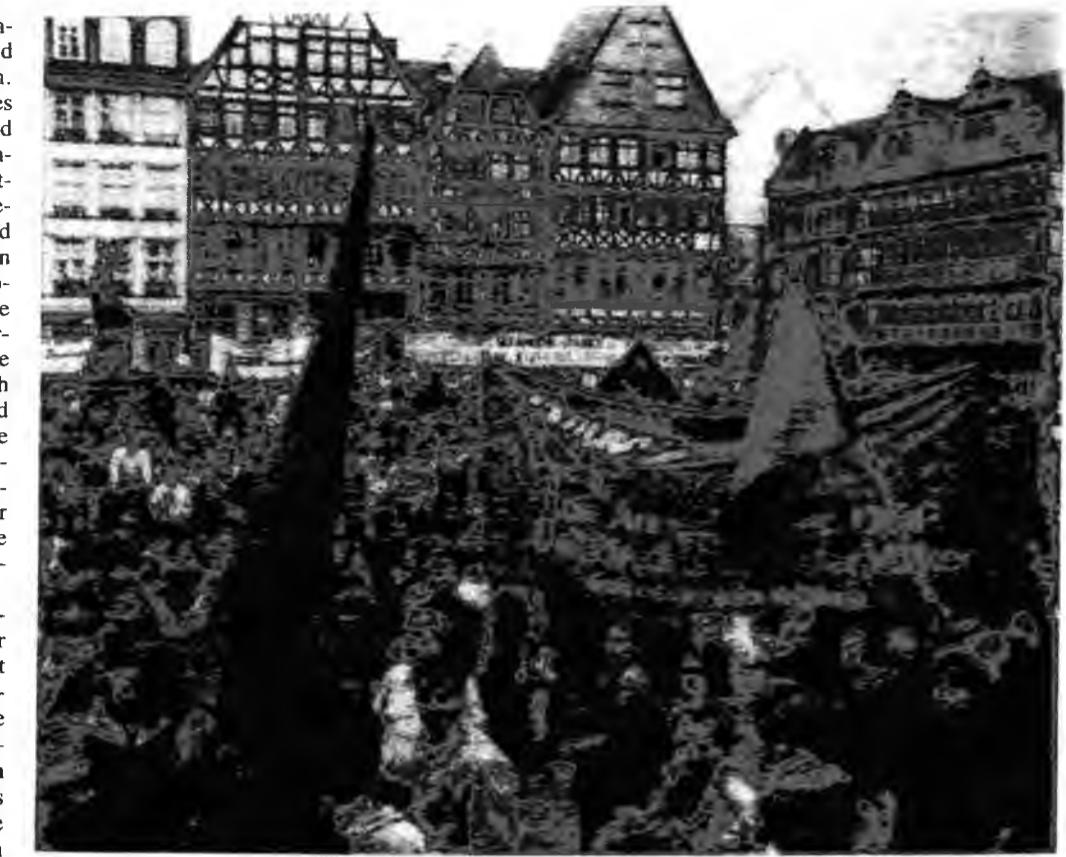
sprechenden Diskussionen beteiligen und in diese und das Projekt Linke Liste unsere politischen Positionen einbringen. Es liegt an den Betreibern des Projekts Linke Liste/PDS, diese Kritik und diese Vorschläge aufzugreifen.

4. Die VSP wird auf ihrer außerordentlichen Delegiertenkonferenz im September ihre endgültige Haltung zur Linken Liste/PDS diskutieren und festlegen.

5. Die Bildung der Linken Liste/PDS kann die notwendigen Diskussions- und Vernetzungsprozesse in der linken und sozialistischen Bewegung nicht vorwegnehmen; ob sie sie begünstigt, bleibt offen. Gerade angesichts des Zusammenbruchs der bürokratischen Diktaturen Osteuropas und des Rollback kapitalistischer Verhältnisse ist eine gründliche, solidarische und selbstbewußte Debatte über sozialistische Zielsetzungen notweniger denn je. Weder im Rahmen der Radikalen Linken noch im Spektrum von PDS und DKP noch bei den linken Grünen ist ein solcher sozialistischer Neuorientierungsprozeß abgeschlossen, er hat erst vorsichtig begonnen.

Die gemeinsame theoretische Debatte um sozialistische Ziele und Wege und die gemeinsamen praktischen Ansätze werden durch organisatorische Vereinnahmungen belastet. Gegenseitige Respektierung verschiedener Ansätze und Strömungen der Linken darf nicht zum propagandistischen Notnagel einer Wahlpartei verkommen, sondern muß in den konkreten Auseinandersetzungen zur Arbeitsgrundlage werden.

6. Ebenfalls unabhängig von unserer konkreten Haltung zur Linken Liste/PDS werden wir unsere konkreten gemeinsamen Aktivitäten und Diskussionen mit anderen Strömungen der sozialistischen Linken weiterführen, unabhängig von ihren Positionen zum Verhalten bei der Reichstagswahl und



12. Mai 1990: Demonstration gegen DDR-Annexion in Frankfurt

zum Projekt Linke Liste/PDS. Dies gilt insbesondere für die Mobilisierungen im November gegen den Anschluß. Wir treten dafür ein, daß das Wahlbündnis solche Mobilisierungen mitträgt. Dies gilt insbesondere auch für unsere Mitarbeit in der Radi-

kalen Linken. Weiterhin wird die VSP ihre Bemühungen um möglichst enge Kooperation und mit der Vereinigten Linken der DDR fortführen und verstärken.

Verabschiedet vom Zentralkomitee der VSP am 12.8.1990

Verschiedene Initiativen zusammenführen

Treffen kommunaler Wahlbündnisse in Baden-Württemberg vom 12. August

Am 12. August traf sich in Stuttgart erneut der aus kommunalen Wahlbündnissen hervorgegangene Initiativkreis für eine Linke Liste/PDS in Baden-Württemberg. Rund 70 Teilnehmer aus 15 Orten sowie Vertreter der PDS Sachsen und (inoffiziell) ein Mitglied der VL aus Halle nahmen an der Versammlung teil. In die Anwesenheitsliste trugen sich neben den bisher schon vertretenen Organisationen (BWK, DKP, MLPD, Volksfront, VSP) erstmals einige Jusos ein; auch die Zahl von Leuten, die sich nicht Parteien zurechnen, war größer als bei den vorigen Treffen.

Zunächst wurde über die schwierigen Versuche berichtet, mit der zentral gebildeten Initiative für eine Linke Liste/PDS sich darüber zu verständigen, wie sich das Projekt unter Einschluß möglichst vieler schwungvoll entwickeln kann. Lothar Letsche, PDS-Freundeskreis Tübingen, berichtete über das Treffen vom 10.8. in Hamburg: Es sei dort trotz aller Skepsis und Vorbehalte wenigstens in dem Sinne Konsens erreicht worden, daß keine Strömung ausgegrenzt werden soll und am Aufbau der Landeslisten alle beteiligt werden sollen.

Gisela Sprenger-Schoch berichtete von der Tagung des Parteivorstands der DKP am 11.8., der sich für eine Beteiligung an dem Projekt Linke Liste/PDS ausgesprochen hat.

Nach längerer Diskussion — von einigen Teilnehmern wurde vertreten, man dürfe, um überhaupt die erwünschte parlamentarische Vertretung der PDS zu erreichen, keine Ansprüche an Verfahren und Mitwirkung stellen, von MLPD-Seite wurde eine Verurteilung des undemokratischen Verfahrens verlangt — kam schließlich folgende Erklärung zu Stande:

„Am 12. August trafen sich zum vierten Mal über 70 Vertreterinnen und Vertreter kommunaler Wahlbündnisse, Mitglieder verschiedener linker Organisationen und Personen aus Baden-Württemberg, um die Diskussion um das Projekt Linke Liste/PDS fortzusetzen und weitere konkrete Schritte einzuleiten. An der Versammlung nahmen als Gäste Vertreter des PDS Landesverbandes Sachsen und des PDS-Kontaktbüros in Baden-Württemberg teil. Die Anwesenden bekräftigten die am 29. Juli beschlossenen inhaltlichen Positionen. Sie waren sich einig, daß alle bislang in Baden-Württemberg entwickelten Initiativen für die Bildung einer Linken Liste/PDS zusammengeführt werden müssen. Denn im Zusammenführen der unterschiedlichsten Kräfte und Einzelpersonen

kann die Ausstrahlungskraft des Personenbündnisses Linke Liste/PDS wachsen und kann eine neue Dynamik für linke Politik entfaltet werden. Wir wollen das schädliche Prinzip der Ab- und Ausgrenzung unter den Linken überwinden und für ein gleichberechtigtes Zusammenwirken aller an diesem Projekt Interessierten eintreten. Ausgehend von dem auch in Hamburg bei dem Treffen von Initiativkreis Linke Liste PDS und regionalen Initiativen erreichten Konsens sollten wir jetzt daran gehen, gemeinsam konkrete Strukturen der Linken Liste/PDS zu bilden.“

(mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen beschlossen)

In der Versammlung war der Wunsch stark, daß eine von den verschiedenen Initiativen gemeinsam einzuberufende Gründungsversammlung für eine Landesliste rasch stattfinden sollte, eher innerhalb von vierzehn Tagen als von drei Wochen. Weiter wurde angeregt, daß relativ bald regionale Treffen auf Ebene der Regierungsbezirke stattfinden sollten, da von der Belastung und den zu diskutierenden Problemen landesweite Treffen in kurzen Abständen nicht sinnvoll sind, und zu viele vom Diskussionsprozeß ausschließen. Angesprochen wurde, daß die zu gründende Liste eine demokratisch verfaßte Mitgliederorganisation sein soll, so wie es das Parteiengesetz verlangt und so weitgehend wie es das Parteiengesetz erlaubt, aber auch Nicht-Mitgliedern Einflußmöglichkeiten eröffnen sollte.

Der Vertreter der PDS Sachsen, Uwe Grün, der auch das in Tübingen eröffnete Kontaktbüro der PDS in Baden-Württemberg betreibt, berichtete, daß die PDS in Sachsen gemeinsam mit Vereinigter Linken und Nelken als Linke Liste/PDS zu den Landtagswahlen kandidiert. Für die Unterstützung des Wahlkampfs rief er dazu auf, auf örtlicher Ebene über die bereits bestehenden oder noch zu belebenden Partnerstadtbeziehungen Vereinbarungen zu treffen. Neben öffentlichen Auftritten sei die PDS auch an Fachgesprächen über parlamentarische Arbeit, Wahlrecht usw. interessiert und habe an einzelnen Orten auch schon Vereinbarungen getroffen. — (alk)

Der Initiativkreis Baden-Württemberg ist über folgende Personen ansprechbar:
Alfred Küstler c/o GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/624701
Gisela Sprenger-Schoch, Burgfelder Str. 13, 7000 Stuttgart 80
Bernhard Strasdeit, Frischlinstr. 7, 7400 Tübingen

Niedersachsen: Bündnistreffen am 25.8.

Sozialistische und antifaschistische Kräfte beraten Zusammenarbeit

Am 23. Juli hatten sich in Hannover 50 Leute aus 15 Städten und Gemeinden Niedersachsens und aus verschiedenen sozialistischen und antifaschistischen Organisationen und Zusammenhängen getroffen. Dabei ebenso Vertreter der PDS Magdeburg.

Die Teilnehmer verständigten sich darauf, eine

gemeinsame linke, sozialistische Kandidatur in Niedersachsen zu den gesamtdeutschen Wahlen anzustreben. Eine Koordinationsgruppe wurde eingesetzt zur Vorbereitung einer nächsten Konferenz. Die Koordinationsgruppe lädt jetzt ein zu einer Veranstaltung am 25. August. Dort soll in Arbeitsgruppen eine gemeinsame Wahlerklärung

- verabschiedet werden. Arbeitsgruppen sind vorgehen zu den Themen:
- Gegen den Ostexpansionismus des deutschen Imperialismus
 - Gegen weitere Militarisierung, für Frieden und Abrüstung
 - Soziale und politische Rechte der arbeitenden Bevölkerung
 - Gegen patriarchalische Strukturen
 - Kein Platz für Faschismus und Rassismus
 - Für ökologisches Wirtschaften
 - Für eine sozialistische Perspektive.

Aus der Presse wurde inzwischen bekannt, daß Bernd Henn, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Salzgitter, in Niedersachsen für die Gründung „Linke Liste/PDS“ stehen soll. Die Koordinationsgruppe hat ihn zu ihren Sitzungen eingeladen, über den Stand der Vorbereitungen informiert und um Absprache für ein gemeinsames Vorgehen gebeten.

Veranstaltung am 25. 8.: Hannover, Haus der Jugend, Maschstr. 22, Beginn um 10.30 Uhr

— (gka)

NRW: Roter Tisch vorbereitet

Ein erstes Treffen findet am 19. August statt

Am Sonntag, den 5. 8., fand in Leverkusen ein Vorbereitungstreffen für den ersten „Roten Tisch“ Nordrhein-Westfalen statt. Daran teil nahmen 16 Leute aus 10 Städten in NRW, darunter Vertreterinnen und Vertreter von (in alphabetischer Reihenfolge): AntifaZ Recklinghausen, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Bezirk Rheinland, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) und Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

Übereinstimmung bestand darüber, daß ein „Roter Tisch“ NRW gebildet werden soll, um die Zusammenarbeit linker und sozialistischer Kräfte zu fördern. Der erste „Rote Tisch“ NRW findet statt am Sonntag, 19. 8. 1990 um 11 Uhr in Leverkusen, Karl-Liebknecht-Schule der DKP, Am Stadtpark 68.

Als Tagesordnung schlägt das Vorbereitungstreffen vor:

1. Aufgaben des „Roten Tisches“ NRW — Programmfpunkte des Widerstands
2. Stellung des „Roten Tisches“ NRW zu den kommenden Wahlen und Wahlbündnissen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sollten interessierte Gruppen und Organisationen ihre Vorstellungen in kurzen, möglichst schriftlichen Vorträgen formulieren. Diese Vorträge sollen auch als Grundlage für die Diskussion von Anforderungen an Wahlauflagen bzw. „Wahlprüfsteine“ dienen. Insbesondere zum zweiten Punkt werden Vertreter der „Linke Liste/PDS“ eingeladen.

Alle Interessierten sind hiermit zum „Roten Tisch“ NRW eingeladen, nicht zuletzt antifaschistische Bündnisse und ausländische Organisationen.

Anmeldungen, u.a. wegen der Vorbereitung des Mittagsessens, sind erbeten an: DKP Bezirk Rheinland-Pfalz, Am Stadtpark 68, 5090 Leverkusen, Tel. 0214/49323.

Rechtsbestimmungen für die Wahl

Dokumentiert: Wahlvertrag BRD-DDR (mit Erläuterungen)

Im folgenden dokumentieren wir den zwischen der BRD und der DDR ausgehandelten Wahlvertrag sowie den für die BRD geltenden Anhang I des Vertrags. Nach den Planungen der Bundesregierung und der DDR-Regierung soll das damit verbundene Wahlgesetz auf einer erneuten Sondersitzung der DDR-Volkskammer am 22. August verabschiedet werden. Für den folgenden Tag ist dann der Bundestag zu einer erneuten Sondersitzung einberufen, um das BRD-Wahlgesetz und den Vertrag in 2. und 3. Lesung endgültig zu verabschieden. Tags drauf, d.h. am 24. August, soll der Bundesrat das Gesetz ebenfalls verabschieden. Dann liegt das Gesetz beim Bundespräsidenten, der das Gesetz unterzeichnet und veröffentlicht muß, damit es in Kraft tritt, und der auch noch den offiziellen Wahltermin verkünden muß. Erläuterungen in der folgenden Dokumentation sind von uns kursiv eingefügt.

Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik,

eingedenkt des bei der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum Ausdruck gebrachten Wunsches zur Herstellung der staatlichen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, in dem Willen, als wichtigen Schritt zur Herstellung der deutschen Einheit die Wahl des Deutschen Bundestages durch das ganze deutsche Volk vorzubereiten,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Wahl des Deutschen Bundestages in dem nach Artikel 39 Abs. 1 Satz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (1) festgelegten Zeitraum stattzufinden hat,

in dem Wunsch, daß die bevorstehende Wahl als gesamtdeutsche Wahl aufgrund eines einheitlichen Wahlrechts durchgeführt wird und deshalb der Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erstreckt werden sollte,

in den Bewußtsein, daß hierbei Änderungen und Anpassungen des Bundeswahlgesetzes erforderlich sind,

sind übereingekommen, einen Vertrag über die Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestags mit den nachfolgenden Bestimmungen zu schließen:



Faschisten dürfen jetzt in der DDR kandidieren

Artikel 1

(1) Für die erste gesamtdeutsche Wahl wird der Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juni 1990 (BGBl. I S. 1015), und des Wahlprüfungsge setzes vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593), auf das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf das Gebiet von Berlin (Ost) erstreckt. Das Bundeswahlgesetz gilt mit den in der Anlage bezeichneten Änderungen und Maßgaben.

(2) Im Hinblick auf die erste gesamtdeutsche Wahl werden in dem vorbezeichneten Gebiet ferner § 2 Abs. 1, § 5, §§ 18 bis 21 und § 39 Abs. 2 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 1989 (BGBl. I S. 327) angewendet. § 20 wird mit der Maßgabe angewendet, daß auch die Wahlergebnisse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 zugrundegelegt werden.

(3) Politische Vereinigungen im Sinne des Gesetzes über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990 vom 20. Februar 1990 (GBl. I S. 60) werden den Parteien im Sinne des § 2 Abs. 1 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt.

Artikel 2

Die zur Durchführung des Bundeswahlgesetzes erlassene Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1989 (BGBl. 1990 I S. 1, 142), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Juni 1990 (BGBl. I S. 1199), sowie die Bundeswahlgeräteverordnung vom 3. September 1975 (BGBl. I S. 2459), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 15. November 1989 (BGBl. I S. 1981), gelten auch für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie für Berlin (Ost). Der Bundesminister des Innern nimmt die mit Rücksicht auf die in Artikel 1 getroffene Regelung notwendigen Änderungen vor und erläßt im Benehmen mit dem Minister des Innern der Deutschen Demokratischen Republik erforderlichenfalls Anpassungsvorschriften für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie für Berlin (Ost).

Artikel 3

Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl wird Berlin als ein Land behandelt.

Artikel 4

Die Zuständigkeit des Bundeswahlleiters und des Bundeswahlausschusses nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung erstreckt sich auch auf das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf Berlin (Ost). Der Bundeswahlleiter beruft zwei zusätzliche Mitglieder mit Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik in den Bundeswahlausschuß.

Artikel 5

Die Parteien genießen bei der Wahlvorbereitung volle Betätigungs freiheit im Rahmen der Gesetze, soweit sie nicht vom Bundesverfassungsgericht nach Artikel 21 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland für verfassungswidrig erklärt oder gemäß § 21 des Parteiengesetzes der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Februar 1990 (GBl. I S. 66), geändert durch Gesetz vom 31. Mai 1990 (GBl. I S. 275), vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages vom Großen Senat des Obersten Gerichts im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verboten worden sind.

Artikel 6

Die im bisherigen Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes bereits vorgenommenen Wahlvorbereitungshandlungen, insbesondere die Aufstellung der Bewerber, bleiben unberührt, soweit nicht die Regelung des Artikels 3 eine Neuordnung erfordert.

Artikel 7

Entsprechend dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971 wird dieser Vertrag in Übereinstimmung mit dem festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 8

Dieser Vertrag einschließlich der Anlage tritt an

dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen verfassungsrechtlichen und sonstigen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Geschehen in Berlin am ... August 1990 in zwei Unterschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Für
die Deutsche Demokratische
Republik

Anlage

I.

Das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juni 1990 (BGBl. I S. 1015), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 wird die Zahl „518“ durch die Zahl „656“ ersetzt; in § 1 Abs. 2 wird die Zahl „259“ durch die Zahl „328“ ersetzt. (Anm. der Redaktion: Im künftigen Bundestag sitzen danach 656 Abgeordnete statt bisher 518, von denen die Hälfte in 328 statt bisher 259 Wahlkreisen direkt gewählt wird.)
2. § 53 wird wie folgt gefaßt:

§ 53

Übergangsregelungen für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag

(1) Der Bundeswahlaußchuß besteht abweichend von § 9 Abs. 2 Satz 1 aus dem Bundeswahlleiter und acht von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern.

(2) Landeslisten verschiedener Parteien, die in keinem Land — ausgenommen Berlin — nebeneinander Listenwahlvorschläge einreichen, können durch Erklärung gegenüber dem Bundeswahlleiter verbunden werden. Die Erklärung ist gemeinsam von den Vertrauenspersonen und den stellvertretenden Vertrauenspersonen aller beteiligten Landeslisten spätestens am 20. Tag vor der Wahl (Anm. d. Red.: Das bedeutet bei einem Wahltermin 2. Dezember spätestens am 12. November) schriftlich bis 18 Uhr abzugeben. Für das weitere Verfahren gilt § 29 Abs. 2 und 3 entsprechend. § 6 Abs. 6 und § 7 Abs. 2 und 3 gelten für verbundene Landeslisten verschiedener Parteien entsprechend.

(3) Die in den nachstehend benannten Bestimmungen dieses Gesetzes werden für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag wie folgt abgekürzt:

1. In § 18 tritt
 - a) in Absatz 2 Satz 1 an Stelle des neunzigsten Tages der siebenundvierzigsten Tag (Anm. d. Red.: Bis zu diesem Termin, d.h. konkret bis zum 16. Oktober, muß die Wahlanzeige kandidierender Parteien beim Bundeswahlleiter eingegangen sein.)
 - b) in Absatz 4 des siebenundsiebzigsten Tages der siebenunddreißigsten Tag.
2. In § 19 tritt an Stelle des sechsundsechzigsten Tages der vierunddreißigsten Tag (Anm. d. Red.: Bis zu diesem Tag, d.h. dem 29. Oktober, müssen Landes- und Kreiswahlvorschläge samt der erforderlichen Unterstützungsunterschriften — bei Kreiswahlvorschlägen 200 Unterschriften je Kreiskandidat, bei Landeslisten 1 Promille der Wahlberechtigten im Land, höchstens jedoch 2000 Unterschriften, bei den Kreis- bzw. Landeswahlleitern hinterlegt sein.)

3. In § 26 tritt
 - a) in Absatz 1 Satz 1 an Stelle des achtundfünfzigsten Tages der dreißigsten Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 5 an Stelle des zweifundfünfzigsten Tages der vierundzwanzigsten Tag,
 - c) in Absatz 3 an Stelle des achtundvierzigsten Tages der zwanzigsten Tag.

4. In § 28 tritt
 - a) in Absatz 1 Satz 1 an Stelle des achtundfünfzigsten Tages der dreißigsten Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 5 an Stelle des zweifundfünfzigsten Tages der vierundzwanzigsten Tag,
 - c) in Absatz 3 an Stelle des achtundvierzigsten Tages der zwanzigsten Tag.

5. In § 29 tritt a) in Absatz 3 an Stelle des vierunddreißigsten Tages der zwanzigsten Tag,
- b) in Absatz 2 Satz 1 an Stelle des dreißigsten Tages der sechzehnten Tag,
- c) in Absatz 3 an Stelle des sechsundzwanzigsten Tages der fünfzehnten Tag.

6. In § 28 Absatz 2 Satz 1 gilt mit der Maßgabe, daß auch die Vertretung in der Volkskammer zu berücksichtigen ist und die Wörter und die Wörter „mit mindestens fünf Abgeordneten“ entfallen.

3. Die Anlage zu dem Gesetz wird durch die im Anhang genannten und beschriebenen Wahlkreise 257 bis 328 ergänzt.

(Folgt: Anhang II. Dieser regelt die Anwendung des Bundeswahlgesetzes auf die DDR, die Bestellung der Wahlleiter und Wahlausschüsse in der DDR, die erforderlichen Unterschriften für kleine Parteien entsprechend den in der BRD geltenden Bestimmungen.)

(I) Artikel 39 Abs. 1 Satz 3 GG lautet: „Die Neuwahl findet frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt.“



Die Kinder trauern über die von der Rassistenpolizei Ermordeten.



Tanzender Chor zum Beginn der Schulabschlußfeier



Das Stammestanzritual am Ende der Aufführung

Musical über den Befreiungskampf in Südafrika/Azania

Ein Versuch mit Pop und Stammestänzen auch Betuchtere zu interessieren

„Sarafina — Die Musik der Befreiung“ nennen die Produzenten ein Musical, das zur Zeit in der BRD und Westeuropa auf Tournee ist. Es soll, wenn möglich, auch in anderen Teilen der Welt aufgeführt werden. Das Stück spielt im rassistischen Südafrika, einheimische Afrikaner haben es geschrieben, produziert und aufgeführt. Autor ist Mbongeni Ngema, die Musik stammt von Hugh Masekela. Die Schauspieler sind weitgehend junge und sehr junge Schauspieler, Tänzer, Sänger und Musiker aus Südafrika.

Der Anspruch, der im Titel zum Ausdruck kommt, ist hoch. Die Eintrittspreise für die Besichtigung des Musicals ebenfalls: In Köln lagen sie zwischen 25 und 80 Mark. Die Aufführungen fanden in der „Philharmonie“ statt, einer Aufführungshalle, die zumeist vom interessierten Bildungsbürgertum und Angehörigen der betuchteren und reichereren Gesellschaftsschichten besucht wird.

Diese Art der Aufführung war bisher auch in anderen Städten üblich und ist auch weiterhin geplant. Sie ist ein Ausdruck dessen, was die Veranstalter mit der Aufführung beabsichtigen. Es sind dies in der BRD die Musical Management Co in Zusammenarbeit mit Wolfgang Bocksch Concerts und dem Art Bureau München, die Produktion des Stücks wird getragen vom New Yorker Lincoln Center Theater gemeinsam mit den Committed Artists aus Johannesburg. In einer Fernsehsendung im WDR III erläuterte ein Vertreter der Veranstalter, es gehe darum, gerade dem Publikum, das gewöhnlich solche Aufführungen besucht, den Kampf gegen Apartheid in Südafrika nahezubringen. Das Anliegen ist also, über ein populäres Musical die Gerechtigkeit eines seit bitteren und seit Jahrzehnten dauernden Befreiungskampfes zu verbreiten unter einem Publikum, das zumindest in Teilen seit ebensoviel Jahren ein strenger und bärlicher Gegner dieses Kampfes ist. Die Aufführung ist entsprechend weitgehend in englischer Sprache, einige Lieder werden in der Zulu vorgetragen, die Veranstalter verlassen sich also darauf, daß das Publikum wenigstens Englisch weitgehend versteht.

Die Erstfassung des Musicals ist 1986 in Südafrika entstanden, aufgeführt an einem liberalen, weißen Theater für ein ebensolches Publikum. Die jetzt in

Europa gezeigte Fassung ist die für die Tournee in den USA leicht geänderte Version.

„Sarafina“ erzählt die Geschichte einer Gruppe von Schülern an der Morris Isaacson High School im Township Soweto in Johannesburg zur Zeit der Ausrufung des Ausnahmezustandes Mitte der achtziger Jahre. Der erste Akt beginnt mit einer Vorstellung der Schüler. Im Begleitheft ist das erste Lied übersetzt:

Zibuyelle Emasisweni:
Ich bin im Dorf geboren
Wo die Kühe grasen
Wo die Schafe mit den Menschen leben
Wo die Menschen Wermarne rufen
Wenn ihr mich so reden hört
Ich kommen von dem Land
Von dem Land der Schönheit
Ich sehe sie von dem Berg heruntersteigen.

Ein Schüler hat die Rolle des Erzählers und erklärt, daß seine Schule bekannt ist für die von ihr ausgehenden politischen Aktivitäten. Die Morris Isaacson High School war 1976 zu Beginn der Juni-Aufstände ein Zentrum des Widerstandes gegen die Einführung von Africaans als allgemeine Unterrichtssprache. Der Schüler stellt die mitwirkenden Mitschülerinnen und Schüler und die Lehrerin vor. Und er berichtet von Sarafina, ein Mädchen, die alle in der Schule mögen. Sie wird als gute Schülerin und als politische Aktivistin, die an den Versammlungen teilnimmt, vorgestellt. Das Musical erzählt vom Schulalltag der Schüler. Sie planen einen Beitrag für das Jahresabschlußfest.

Der Schultag bildet das Zentrum der ersten Szene. Zunächst das gesungene, leicht ironisch verzerrte Vaterunser. In der Englischstunde wird der englische Schriftsteller Wordsworth besprochen. Im Geschichtsunterricht schließlich erzählt Sarafina, daß und wie die Lehrerin ihnen „die Geschichte, die nicht in den Büchern“, nämlich in den Schulbüchern, steht, beibringt. Die Lehrerin erzählt ihnen von dem langdauernden Befreiungskampf, von den Kämpfen der Ureinwohner gegen die Kolonisatoren, von den Führern des Befreiungskampfes, von den Siegen und Niederlagen.

In der nächsten Szene wird Sarafina wegen Unruhestiftung verhaftet. Die Schülerinnen und Schüler besprechen, wie Sarafina wohl im Gefängnis behandelt wird, sie berichten, welche

Erfahrungen andere Jugendliche im Gefängnis mit Folter und anderen Grausamkeiten gemacht haben. Zwei Monate später kommt Sarafina aus der Haft frei. Sie zeigt der Lehrerin und der Klasse die Narben von den Mißhandlungen im Gefängnis. Aber der Erzähler stellt fest, daß Sarafina nicht gebrochen ist. Sie ist „mit größerer Entschlossenheit und Stärke“ wiedergekommen. Der Unterricht geht weiter.

In einer Stunde über Ölförderländer läßt die Lehrerin einige Länder aufzählen: Angola, Algerien, Venezuela, Nigeria, Texas, Irak, Saudi-Arabien. Dann fällt der Name Libyen. Ein auf dem Gang patrouillierender Polizist stürzt in die Klasse, fuchtelt mit dem Gewehr herum und fragt die Schüler: „Was heißt hier Libyen?“ „Das ist das Land, wo Gaddafi regiert“ antworten Schüler. „Sie indoktrinieren hier die Schüler mit kommunistischem Gedankengut,“ brüllt der Polizist die Lehrerin an und schlägt sie. „Wie können Sie den Namen Gaddafi in Soweto auch nur erwähnen? Wissen Sie nicht, daß das ungesetzlich ist?“ Sarafina mischt sich ein: „Wir nehmen gerade ölpproduzierende Länder durch, und dazu gehört Libyen.“ Der Polizist zielt auf die Schüler, die in Panik davonlaufen, ihn mit allen möglichen greifbaren Gegenständen bewerfen. Der Polizist erschießt einige Schüler.

Am Begräbnis singt die Klasse ein Trauerlied für ihre toten Freunde. Aber sie singen auch ein Lied, das inzwischen zwischen Popmusik und Schlager in westdeutschen Radiosendern gespielt wird: „Freedom is coming“ (Die Freiheit kommt). Der Priester erklärt in der Trauerrede: „Gott hat's gegeben, und die Polizei hat's genommen. Was diesen Kindern geschehen ist, ist nichts Außergewöhnliches.“ Die Trauergäste singen:

Die jungen Männer sind tot
Oh Gott, die Kinder weinen
Unsere Väter sind im Gefängnis
Unsere Mütter sind alleine
Wo ist Mandela, Mxenge und Sobukwe?
Wo ist Mandela, Mbeki und Sisulu?
Antworte mir doch,
wenn Du kannst
Es gibt keine Hoffnung mehr
für den Frieden!
Die Menschen sterben,
die Menschen weinen
Den Menschen wird es nicht
leicht gemacht.

Zu Beginn des zweiten Aktes geben die Schüler bekannt, daß sie eine Protestveranstaltung gegen den Ausnahmezustand organisieren. Sie sind entschlossen, für ihre Rechte einzutreten. Am nächsten Tag fragt die Lehrerin, was sie auf der Abschlußfeier aufführen wollen. Sie entscheiden sich für eine Musikaufführung, die mit einem Lied endet, in dem Mandela aus dem Gefängnis kommt und die Menschen am Tag der Befreiung begrüßt (das Stück ist einige Jahre vor der Freilassung Mandelas entstanden). Die Rolle Mandelas erhält Sarafina, weil sie sich am stärksten für den Befreiungskampf eingesetzt hat. Die Schüler singen „Wir werden um unser Land kämpfen, bis wir es wiederhaben.“

Sarafina erzählt eine Episode aus ihrer Kindheit, von der schwarzen Rechtsanwältin Victoria Mxenge. Die Anwältin ist während eines Hochverratsprozesses, in dem sie Befreiungskämpfer verteidigt, zu Hause von Weißen mit Axten, Messern und Gewehren niedergemacht worden. Sarafina schreit ihre Trauer verzweifelt heraus: „Mama, Mama, Mama“.

Einige Tage später sprechen die Schüler über die letzten Verhaftungen. Die Polizei erscheint, jagt die Klasse, schlägt mit Knüppeln auf die Kinder ein und verhaftet sie.

In einer Einzelszene rezitiert

ein bis dahin nicht einzeln auftretender Schauspieler das Gesetz über den Ausnahmezustand und die Befugnisse der Polizei, untermauert von leiser Schlagzeugbegleitung. Die Szene könnte äußerst eindrucksvoll sein, wenn sie vom ganzen Publikum verstanden werden könnte, nämlich in der jeweiligen Landessprache vorgetragen würde.

Kurz vor Aufführung des Konzerts auf der Schulabschlußfeier verabschiedet sich die Lehrerin:

Goodbye, alles Gute, Kinder
Es ist schade, daß wir
Adieu sagen müssen
Draußen wartet die Welt
Es ist schade, daß manche in den
Untergrund mußten
Schreibt doch manchmal
Laßt uns wissen,
wie es Euch geht
Wenn die Welt Euch schlecht
behandelt
Wir halten immer zu Euch
Bleibt nicht zu lange fort,
kommt nach Hause
Bleibt nicht fort,
bleibt nicht zu lange fort
Es ist ein Jammer, wenn man
Goodbye sagen muß.

Das Konzert der Schüler beginnt zunächst mit einer Reihe von Liedern, in denen sich Chor und Einzelgesänge abwechseln. Die Lieder handeln von den Schönheiten des afrikanischen Kontinents, von der Liebe und den Lebensumständen, vom

Schüleraufstand 1976, der in Soweto begann, und endet mit einem Chorgesang „Bring Nelson Mandela heim“. Sarafina spielt Mandela und hält eine — in der Aufführung auf die aktuelle Situation anspielende Rede — anlässlich seiner Freilassung. Alle singen gemeinsam erneut das Lied „Freedom is coming tomorrow“ (Morgen kommt Freiheit).

Bis zu dieser Stelle wechselten sich erzählender Vortrag, balladenhafte Lieder, die von einzelnen vorgetragen wurden, sprechgesangähnliche A-Capella-Chorgesänge ohne Instrumentenbegleitung, Chorgesänge mit moderner Instrumentierung ab. Die Bewegungen dienten zur Unterstützung der Erzählung — Prügelsonnen mit der Polizei, Schaukel im Gefängnisbus, Unruhe im Schulunterricht und ähnliches —, teilweise gemischt mit üblicher Musical-Choreografie. Die Kleidung der Auftretenden war die Schuluniform oder Alltagskleidung. Bei der Abschlußfeier erscheinen die Schülerinnen und Schüler in festlicher, an den Befreiungskampf erinnernder Kleidung.

Die Hauptrichtung der Kritik an den Verhältnissen in Südafrika richtet sich gegen die umfassende Willkür und die Brutalität der Unterdrückung. Grundlegende und bestimmende soziale Fragen — z.B. die Forderung „Gebt uns unser Land zurück“ — kommen nur am Rande vor.

Nach dieser Gesangsszene folgt jedoch eine im bisherigen Ablauf der Geschichte völlig unverständliche, etwa 30 Minuten dauernde Tanzeinlage, die auch den Abschluß des Musicals bildet. Die gesamte Truppe führt Tänze auf, wie sie heutzutage wohl vor allem dem gut zahlenden Safari-Publikum als „Stammestänze“ vorgeführt werden. Sie tritt auf in Fellkleidung, die im heutigen Befreiungskampf höchstens noch den Erinnerungswert an die Kämpfer hat, die im 18. und 19. Jahrhundert gegen die eindringenden Kolonialisten kämpften. Der Beifall für diese Szene war mit Abstand am größten.

Besteht schon eine Schwierigkeit des Musicals darin, daß fast die gesamte Handlung nur aus den Erzählungen des Sprechers klar wird und in sich — trotz der dramatischen Elementen — wenig Spannung enthält, so wird mit dieser Schlusscene eine künstliche Aktionsszene geschaffen, die viele der vorher dargestellten Anliegen und Inhalte vernichtet, weil die Behauptung im Raum stehen bleibt, Anliegen der Befreiungsbewegung sei die Rückkehr zur längst durch den Befreiungskampf überwundenen alten Stammestradition.

Alle Zitate, Lieder und Illustrationen sind dem deutschsprachigen Programmheft „Sarafina — The Music Of Liberation“ entnommen. — (u.d. m.k.)

Anzeige

Preiswerte Bücher zum Thema Faschismus

Rosemarie Schuder Rudolf Hirsch: **Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte.** Ln. 752 S. mit zahlr. Abb. Früher 48,00 jetzt 24,80 Nr. 854-6

Heinz Bergschicker: **Der zweite Weltkrieg. Eine Chronik in Bildern.** Ln. im Schuber. 520 S. Früher 68,- jetzt 29,80 Nr. 1174-9

Mit rund 150 authentischen Bild dokumenten, mit informierenden und kommentierenden Texten berichtet diese Chronik umfassend über das Geschehen auf allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges - an den Fronten in Europa wie denen im Pazifik und in Afrika, im Luft- und Seekrieg, an der „Heimatfront“ und im Kampf der unterdrückten Völker gegen den Faschismus.

Emil Carlebach: **Buchenwald - Ein Konzentrationslager.** 2. A. Ln. 192 S. Früher 19,80 jetzt 8,80 Nr. 786-8

Herry Naujoks: **Mein Leben im KZ Sachsenhausen.** Kl. 344 S. mll Abb Früher 24,80 jetzt 9,80 Nr. 836-8

Der erste Bericht eines Lagerältesten aus einem der großen KZ's. Diese Funktion nutzte Naujoks zusammen mit anderen zur Organisierung des Widerstands im Lager.

Kurt Gossweiler: **Aufsätze zum Faschismus.** 2 Bände. Kl. 750 S. Früher 29,80 jetzt 9,80 Nr. 1124-2

Ausgewählte Arbeiten, die thematisch den Untergang der Weimarer Republik und den Machtaufstieg des Faschismus sowie dessen Wesensbestimmung beleuchten. Die Arbeiten zeigen die Fortschritte der marxistischen Faschismusforschung in den letzten fünf Jahrzehnten auf.

Wolfgang Schumann Ludwig Nestler (Hrsg.): **Nacht über Europa. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1933-1945).**

Bd. 1: **Österreich und die Tschechoslowakei.** Ln. 286 S. mit 24 Bildseiten. Früher 36,00 jetzt 14,80 Nr. 1211-7

Bd. 2: **Polen.** Ln. 286 S. mit 24 Bildseiten. Früher 48,- jetzt 16,80 Nr. 1260-5

Eichholz: **Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935-36 bis 1939).** Ln. 563 S. Früher 68,- jetzt 34,- Nr. 1309-1

Hanna Elling: **Frauen im deutschen Widerstand 1933-1945.** 4. Auf. 264 S. Früher 18,- jetzt 9,80 Nr. 024-3

Der zweite Weltkrieg 1939-1945. Kurze Geschichte. Ln. 765 S. mit 242 Abb u. 14 Karten. Früher 29,80 jetzt 12,80 Nr. 0953-1

Willi Beitz: **Soldat gegen Hitler.** Kl. 208 S. Früher 19,80 jetzt 8,80 Nr. 831-7

Hans Peter Klausch: **Die 999er. Die Bewährungsbatallone.** Kl. 376 S. Früher 25,- jetzt 9,80 Nr. 818-X

Herward Beschorn: **Centralino 3 x Klingeln. Ein Deserteur erzählt.** Kl. 107 S. mit Abb. Früher 16,80 jetzt 7,80. Nr. 855-4

O ... Bitte schick mir einen Gesamtkatalog

Bestellungen gegen Verrechnungsscheck oder Vorausrechnung beim

Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH

Breite Str. 47 5300 Bonn 1 Tel 0228/632306 und Fax 0228/63 49 68